

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsseitige Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Leitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vergleichende Socialpolitik.

II.

In keinem Lande ist die socialpolitische Gesetzgebung im verflochtenen Jahre besonders fruchtbar gewesen. Allüberall hat man sich mit dem Ausbau des Vorhandenen begnügt und mit den „besonnen Fortschritten“, deren Richtungslinie durch Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-Gesetze früherer Zeit bestimmt ist. Es handelt sich bei in erster Linie um Erneuerung und Erweiterung des Frauen- oder Arbeiterschutzes und um Vorschriften für den Betrieb gesundheitsgefährlicher Industrien. Als eine größere Aktion spielt aus dem Vorjahre das französische Zehnstundentags-Gesetz hinüber, das am 1. April 1904 in Kraft tritt.

Deutschland erreicht den Höhepunkt seiner Kraftanstrengung im Arbeiterschutzes. Auch dieses bedeutet nur die weitere Anerkennung und den dürftigen Ausbau eines schon durch die Gewerbeordnung festgelegten Princips, wonach der Ausbeutung kindlicher Arbeitskräfte gewisse gesetzliche Schranken gezogen werden. Das neue Gesetz dehnt das Schutzzgebiet auch auf die Hausindustrie, nicht aber auf die Landwirtschaft und die häuslichen Dienstleistungen aus. Ebensovienig ist die Grenze des Schutzes von 13 Jahren heraufgesetzt worden.

Mit der gleichen Frage haben sich in demselben Jahre auch andre Staaten beschäftigt. So wurde zum New Yorker Gesetz vom 13. Mai 1897 unter dem 24. April 1903 eine Novelle erlassen, wonach die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter bis zum 16. Jahre von 60 Stunden wöchentlich auf 53 Stunden oder 9 Stunden täglich reduziert wird. Die gleiche Novelle schränkt die Befugnis, Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren während der Schulferien zu beschäftigen, derart ein, daß sie nur mehr den Dörfern und den kleinen Städten zusteht. Zur Ergänzung dieses Gesetzes trat am 1. September 1903 ein Gesetz vom 8. April 1903 in Kraft, wonach es für Knaben im Alter von unter 10 und Mädchen im Alter unter 16 Jahren verboten ist, auf Straßen und öffentlichen Plätzen Zeitungen feilzubieten, und die Erlaubnis hierzu für Knaben zwischen 10 und 14 Jahren von einer besonderen Bewilligung abhängig macht, deren Bedingungen gesetzlich festgelegt sind. Bemerkenswert ist auch eine neue Bestimmung (Gesetz vom 7. Mai 1903), wonach die Unternehmer verpflichtet werden, beim Einstellen jugendlicher Arbeiter von 14 bis 16 Jahren den Nachweis zu verlangen, daß das zu beschäftigende Kind den Schulbesuch absolviert hat, oder leichte englische Prosa lesen und schreiben könne und die Grundregeln des Rechnens kenne.

Eine Vollziehungsverordnung zum italienischen Arbeiterschutz-Gesetz im Vorjahre fordert, daß noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes die Einstellung von Kindern unter 10 Jahren und die Verwendung von Kindern unter 15 Jahren zur Nachtarbeit untersagt werden möge.

Auch England hat sich im letzten Jahre mit der Materie des Arbeiterschutzes beschäftigt. Ein Gesetz vom 14. August 1903 ergänzt den Arbeiterschutz der Fabrik- und Werksstätten-Gesetzgebung, indem es die Möglichkeit des Verbotes der Kinderarbeit in einer Reihe bisher ungefügter Beschäftigungsgebiete schafft und in gewissen Gebieten sie direkt verbietet. Die Nachtarbeit ist nun allen Kindern verboten, der Straßenhandel Kindern unter 11 Jahren. Das Heben, Tragen und Fortbewegen von Lasten, das ein Kind schädigen kann, seine Verwendung bei Vorrichtungen, die seinem Leben, seiner Gesundheit oder Erziehung schaden können, sind verboten. Sobald die Lokalbehörde ein von einem approbierten Arzte ausgestelltes Zeugnis über die Gefahr einer bestimmten Arbeit für ein Kind seinem Arbeitgeber überfendet hat, hat es bei einem späteren Verfahren Beweislast.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die englischen und amerikanischen Bestimmungen in mancher Beziehung Deutschland noch zum Vorbilde dienen können.

Auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes ist zunächst in den Niederlanden ein Rückschlag zu verzeichnen. Infolge jener aufregenden Ereignisse vom Februar des letzten Jahres wurde eine Novelle zum Strafgesetzbuch erlassen, deren eine Bestimmung jeden Angehörigen des öffentlichen Eisenbahnbetriebes, der „mit der Absicht, Störung im Dienste oder im Verkehr zu veranlassen, es unternimmt oder auf rechtlich erstellte Aufforderung verweigert, eine Arbeit zu leisten, zu der er ausdrücklich oder kraft seines Dienstverhältnisses verpflichtet ist“, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit einer Geldstrafe bis 500 Gulden bedroht. „Anführern oder Anstiftern der Verschwörung“ gar 4 Jahre Gefängnis in Aussicht stellt. Eine andre Bestimmung geht dahin, daß „wer einen andern durch Behinderung, Verleumdung oder Anwendung von Mitteln, die geeignet sind, Furcht zu erregen, widerrechtlich nötigt, etwas zu thun, zu unterlassen oder zu dulden“, mit drei Monaten, wenn das Verbrechen in einer Vereinigung von zwei oder mehreren Personen verübt wurde, mit sechs Monaten Gefängnis bestraft werden soll.

Diesem fruchtbarsten Nachschubgesetze, das eine völlige Eröffnung des Koalitionsrechtes beabsichtigt, sieht ein andres Gesetz gegenüber, das sich von dieser dunklen Unterlage desto heller abhebt. Das Scharfmacher-Gesetz entflammt diesmal leider freilich monarchischem Boden und der engsten deutschen Nachbarschaft, während das neue Gesetz zum Schutze der Koalitionsfreiheit im wildesten demokratischen Wesen entstanden ist. In Kalifornien, von wo die bürgerlichen Blätter mißliebige Berichte zu bringen pflegen über die Schreckensherrschaft, die die Arbeiter dort entfalten, ist durch ein Gesetz vom 12. Februar 1903 festgesetzt worden, daß die Ausübung des Koalitionsrechtes, sofern dabei Zwang, Gewalt oder Drohung nicht in Anwendung kommen, in keinerlei Weise strafbar ist und insbesondere nicht den Bestimmungen der Gesetze über Verschwörungen unterliegt. Ein weiteres kalifornisches Gesetz vom 20. März 1903

bestimmt, daß es verboten ist, bei Anwerbung von Arbeitern unwahre Angaben über die Arbeitsbedingungen oder über bestehende Streiks und Aussperrungen zu machen und belegt die Übertretung dieser Bestimmung mit einer Geldstrafe bis zu tausend Dollar oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre.

Welches Glück für die Crimmitschauer Fabrikanten, daß Crimmitschau nicht im wilden demokratischen Kalifornien, sondern im frommen monarchischen Sachsen liegt!

Nimmt man noch dazu, daß in Kalifornien durch Gesetz vom 10. März 1903 für alle Staatsarbeiten, auch solche, die im Submissionswege vergeben werden, der Achtstundentag eingeführt worden ist, so erhält man eine nicht üble Illustration zu der lähnen Allgemeinbehauptung Wilsons:

Es giebt keine Republik, wo so viel für die arbeitenden Klassen geschehen ist, als bei uns geschehen ist.

Freilich wäre es nicht minder falsch, wenn man umgekehrt verallgemeinern und eine freie Staatsverfassung schon an und für sich für einen sicheren Schutz gegen arbeitersindliche Gesetze halten würde. So hat der Staat Victoria den Streik im Staatseisenbahn-Betriebe verboten, freilich nicht unter Androhung von Gefängnisstrafen, wie die Niederlande, sondern gegen Strafe der Entlassung.

Jahrreich sind die Gesetze und Verordnungen, die im Interesse des bürgerlichen Arbeiterschutzes erlassen wurden. So ging man in Deutschland dem Phosphor zu Leibe, in Belgien und Neuenburg dem Bleiweiß. Mit den Arbeitsverhältnissen der Eisenbahnen beschäftigte sich die Schweiz, mit denen der elektrischen Stationen England, mit denen der Metallindustrie New York, mit denen der Papier-, Leder- und Textilindustrie Belgien. Auch die Einführung des Achtstundentages in Lübeck verdient hier erwähnt zu werden. Die wichtigste Neuerung auf diesem Gebiete ist aber wohl die endgültige Einführung des Achtstundentags in allen staatlichen Marinebetrieben des „republikanischen“ Frankreichs, die begründet wird mit den günstigen Erfahrungen, die mit der probeweisigen Durchführung des Achtstundentags in der kleinen Hafenschiffschmiede in Loulon und in der Direction der Hafenartillerie zu Orient gemacht worden sind.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist allerdings nur im „monarchischen“ Deutschland durch die Krankenversicherungs-Novelle ein gewisser Fortschritt erzielt worden.

Wie man sieht, ist die Socialpolitik des Jahres 1903 ein Gebiet, das nicht allzu viele Lichtpunkte und keine allzu stürmischen Fortschritte aufweist. Zwischen monarchischen und republikanischen Ländern wird man da schwerlich einen generellen Unterschied machen können, nicht zu Gunsten der Republik, aber schon ganz gewiß nicht zu Gunsten der Monarchie. Hier wie dort ist aber das demokratische Prinzip, das die erstarkende Klassenbewegung und republikanischen Ländern wird man da schwerlich einen generellen Unterschied machen können, nicht zu Gunsten der Republik, aber schon ganz gewiß nicht zu Gunsten der Monarchie. Hier wie dort ist aber das demokratische Prinzip, das die erstarkende Klassenbewegung und republikanischen

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Reichstag.

Der Reichstag erledigte am Dienstag, nachdem er das bisherige Präsidium nach altem Brauche besätigt, erst eine Anzahl Rechnungssachen. Zunächst führte das Centrum ein kleines Scherzspiel auf, indem die Herren Vachein und Dasbach die Erledigung der Rechnungslegung über den Etat von 1901 die vorgekommenen Etatsüberschreitungen rügten. Herr Dasbach drohte sogar mit zukünftiger Verweigerung der Genehmigung solcher Ueberschreitungen. Man muß sich dabei erinnern, daß das Centrum die Hauptschuld an der steigenden Belastung des deutschen Volkes mit unproduktiven Ausgaben trägt.

Auf diese unfruchtbarsten Monologe folgte bei der Beratung der Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze eine Planklei über Börsengesetze und Börsensteuer, die von Herrn Kämpf, der einzigen Säule des Freisinn in Berlin, nach einer kleinen Geschäftsrungs-Debatte eröffnet wurde. Der kleine dicke Herr fuhrstelte gewaltig mit seinem Blatt Papier in der Luft herum, als er sich das Recht zu seiner Jungferrede in einer Geschäftsordnungs-Bemerkung erkämpfte. Der Schriftführer hatte nämlich seine Wortmeldung nicht an den Präsidenten weitergegeben und so war er übersehen worden. Die bereits geschlossene Debatte wurde deshalb auf Antrag Richters nochmals eröffnet, nachdem Graf Vallerstrom bedauernd konstatiert hatte, daß dem Schriftführer „etwas Menschliches passiert“ sei. Herr Kämpf kämpfte für die Börse, die ihm das nationale Interesse verkörpert. Nachdem der Reichs-Schatzsekretär ihm geantwortet hatte, trat Herr Arendt auf mit der Behauptung, daß Kämpfs Ansichten allenfalls in einer Versammlung von Handelskammern, niemals aber in dem deutschen Reichstage auf Verständnis rechnen dürften, was Herr Semmler darauf mit der Bemerkung parierte, daß das nur an dem Sachverständnis der Handelskammern liege. Handelskammerpräsident Dowe von der Freisinnigen Vereinigung verlangt vom Reichschatzsekretär präcise Auskunft darüber, wann eine Novelle zum Börsengesetz zu erwarten sei. Er hatte das unter Umständen Präliminarien, während deren Herr v. Stengel, dicht neben ihm sitzend, gespannt an seinem Munde hing, um die angekündigte Frage ja nicht zu überhören, vorgebracht.

Als es endlich heraus war, stand der Schatzsekretär, von seiner Spannung befreit, auf, steckte die Hände in die Hos-

taschen, drehte Herrn Dowe den Rücken zu und wandte sich lächelnd an Posadowsky. Auch Herr Spahn beteiligte sich an dieser Debatte.

Nach Erledigung der Rechnungssachen sollte die Interpellation des Centrums zum Koalitionsrechte behandelt werden. Es kam jedoch nicht dazu, da der Reichszangler erklären ließ, daß er sie erst im Laufe der nächsten 14 Tage an einem noch näher zu bestimmenden Tage beantwortet wolle.

Der Reichstag ging deshalb über zur Beratung der von unsrer Fraktion eingebrachten Interpellation betreffend die Maßregeln gegen die Ruhrkrankheit. Genosse Sachs begründete die Interpellation. Er wies auf das Ungenügende der bisherigen Maßregeln zur Bekämpfung der Seuche hin, schilderte ihre Ausdehnung, ihre Gefahr für das Volkswohl und forderte das Einschreiten des Reiches auf Grund des Reichs-Seuchengesetzes und die Aufwendung von Reichsmitteln. Im einzelnen hob er noch besonders hervor, welche Summen für die Bekämpfung der Seuche schon aus der Knappschaftskasse, also in der Hauptsache aus den Groschen der Arbeiter, aufgewendet worden seien und zwar zu Einzelzwecken, die auf keinen Fall Sache der Knappschaftskasse seien, z. B. die Errichtung von Seuchenbaracken und fogar Unterstützung wurmkranker invalider Tagelöhner, eine direkt statutwidrige Ausgabe. Sogar direkt persönlich nimmt man den Arbeitern Geld ab, indem sie gezwungen werden, beim Wechsel von einer Zechen zur andern sich auf ihre Kosten auf den Ruhr unterzuziehen zu lassen. Das empfänden die Arbeiter geradezu als ein Mittel, ihre Freizügigkeit zu beschränken. Noch zahlreiche Einzelbeispiele vermochte er anzuführen, wie man den Arbeitern Kosten aufbürdet für eine Malignität, die sie nicht verschuldet haben.

Graf Posadowsky gab zunächst den ersten Charakter der Seuche zu, der mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse, behauptete aber dann, daß das Reich nicht eintreten könne, weil — ihm die Berghoheit nicht zustehe; da ihm aber dieser Einwand wohl selber nicht plausibel scheinen mochte, holte er noch einen zweiten heran, der aber nicht besser war. Er meinte nämlich, es seien zur Bekämpfung der Seuche eine solche Reihe zusammenhängender Einzelmaßregeln nötig, daß — das Reich sie nicht ausführen könne. Bisher waren wir immer der Meinung, daß das Reich größere Aufgaben leichter bewältigen könne, wie die Einzelstaaten, jetzt hören wir es umgekehrt. Die Behauptung Sachs, die Zechen wollten durch die Forderung der Verzählung der ärztlichen Untersuchung die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken, erschien Herrn v. Posadowsky als eine außerordentlich schwere Beschuldigung, die selbst der Leiter des Centralverbandes der Industriellen nicht temperamentvoller hätte zurückweisen können.

Aus Herrn Möllers Darlegungen, der in langer, monotoner, auf der Tribüne fast unverständlicher Rede eine große Menge Einzelheiten vortrug, sei nur eins erwähnt. Er meinte, eine ganze Grube zu desinfizieren, sei unmöglich, weil sie zu groß sei. Er sollte sich einmal bei der Militärverwaltung erkundigen, wie man es anfängt, ein ganzes Wandergelände gärtnerisch herzurichten; mit den Mitteln und Kräften, die dazu nötig sind, wird man auch ganze Gruben desinfizieren können.

Die auf Antrag Singers beschlossene Besprechung der Interpellation wird morgen erfolgen.

Ein Regierungsbericht über Crimmitschau.

Der Bericht, den Geheimrat Dr. Roscher über seine ergebnislose Verhörmungsaktion in Crimmitschau der sächsischen Kammer zugeht hat, ist in seinem wesentlichen Inhalt durch das gestrige Telegramm wiedergegeben worden. Der Bericht kennzeichnet die Geschehnisse in Crimmitschau ebenso sehr durch das, was er nicht sagt, als durch das, was er sagt. Wäre in Crimmitschau irgendwie ein Unrecht der Arbeiterschaft erweisbar, die sächsische Regierung und ihr Sendling würden es freudig feststellen und der Welt übermitteln. Wer die sächsischen Zustände kennt, wer den sächsischen Regierungskurs in Arbeiterfragen kennt, wer der ungeheuerlichen Maßnahmen gedenkt, welche die sächsischen Behörden in Crimmitschau „zur Sicherung der öffentlichen Ordnung“ getroffen haben, der wird auch die Thatfache richtig einschätzen können, daß der Bericht des Dr. Roscher nicht in der Möglichkeit ist, irgend ein Wort der Anklage gegen die Arbeiterschaft zu richten.

Weil entfernt natürlich, daß der Bericht das Recht der Arbeiter anerkennt. Das darf unmöglich von einer sächsischen Regierung gefordert werden! Vielmehr findet sich in dem Bericht nur ein einziger Abschnitt, in dem der Verfasser den Ton milderer Verleumdung verläßt und des Herzens warmes Empfinden beweist: er erzählt, daß er für Einzelgesprächen mit verschiedenen „Arbeitswilligen“ „mangerelei Bedauerliches erfahren“ habe, und er spricht „vor den schlägigen Arbeitern, die solche Festigkeit (gegenüber angeblichen Nötigungsversuchen der Kämpfenden) bewahren, die ruhig und entschlossen ihren Weg gehen“, seine „hohe Achtung“ aus. Mit den Kämpfern von Crimmitschau scheint Dr. Roscher keine Einzelgespräche geführt zu haben! Die Psychologie der Streikbrecher interessierte ihn mehr und er begelstert sich in „hoher Achtung“ für diese Leute. Aber, wie gesagt, wer wäre vermessen genug, von dem Vertreter der sächsischen Regierung „hohe Achtung“ vor Männern und Frauen zu erwarten, die zur Erringung kultureller Verbesserungen herbeizurufen? Wenn Dr. Roscher nicht gegen die Kämpfenden zu sagen

Vertrag, so ist dieses Verstummen jeder Anlagemöglichkeit die glänzendste Bestätigung des Rechts der Arbeiter.

Das Entscheidende im Bericht des Geheimrats Dr. Köpfer ist die offizielle Erklärung, daß die Arbeiterschaft nach wie vor bereit ist zu Einigungsverhandlungen, daß sie sogar, um die Einigung zu erleichtern, ihre Forderungen erheblich herabgemindert hat, daß dagegen die Unternehmerschaft in brutaler Ablehnung jeder Einigungsversuche verharrt. In der wichtigsten Streitfrage, der Verkürzung der Arbeitszeit, sind die Arbeiter von der Forderung des Zehnstundentages auf die eines Zehneinhalbstundentages zurückgetreten, unter der Voraussetzung, daß nach Ablauf eines Jahres über die Verkürzung auf zehn Stunden zwischen beiden Seiten beraten und Beschluß gefaßt werden soll. Die Arbeiterschaft kommt also dem Unternehmertum so weit entgegen, daß jede Auslösung, ihre Forderungen seien unerfüllbar, unmöglich wird. Die Unternehmer aber lehnen jede Vermittelung ab. Ja, diese Unternehmer behaupten selbst, nach dem Bericht des Dr. Köpfer: „Der Zehnstundentag sei den erbitterten Kampf gar nicht wert, zumal da die Arbeitszeit in Grimmitzschau schon jetzt meistens nur 10 1/2 und 10 3/4 Stunden betrage.“ Wäre diese Behauptung wahr, dann würde das Verhalten der Unternehmer nicht nur auf kapitalistischen Grundsätzen, sondern auf demütigendsten Grundsätzen beruhen, da ohne Kampfobjekt die Entstehung des Kampfes und die Verweigerung von Verhandlungen völlig unerklärlich bleiben. Natürlich ist diese Unternehmerbehauptung über nicht wahr, sie widerspricht nicht nur den Tatsachen, sondern der Gesamtheit der sonstigen Darlegungen der Unternehmervertreter, durch die gegenüber Dr. Köpfer der Beweis geführt werden sollte, daß bei Erfüllung der Arbeiterforderungen die Grimmitzschauer Industrie zu Grunde gehen müßte! Die Industrie soll zu Grunde gehen durch Erhebung von Forderungen, die eigentlich erfüllt seien und um derenwillen es sich gar nicht lohne zu kämpfen — der lange Kampf scheint die Hirnfunktionen des Unternehmertums von Grimmitzschau nicht wenig geschädigt zu haben.

So in sich widersprüchlich ist alles, was Dr. Köpfer von den Ausführungen der Unternehmervertreter mitteilt. Was die Unternehmer über die Schwierigkeiten ihrer Industrie sagen, ist Wiederholung früherer Uebertreibungen, die wir wiederholt richtiggestellt haben. Wären solche Behauptungen irgendwie zutreffend, so bliebe wiederum durchaus ungreiflich, warum die Unternehmer nicht schon im Anfang des Kampfes in Verhandlungen mit den Arbeitern eingetreten sind und ihnen den genannten Nachweis der Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen erbracht haben. Sie sind in diese Verhandlungen nicht eingetreten, weil jener Nachweis ernsthaft nicht geführt werden kann; und weil er nicht geführt werden kann, daher die Aussicht zur dreifachen Täuschung, daß die Socialdemokratie eine Machtprobe unternommen habe und daß ihr nicht nachgegeben werden dürfe.

Diese Entstellung der Wahrheit haben die Unternehmervertreter auch gegenüber Dr. Köpfer versucht. Der Regierungsvertreter sagt kein Wort, ob er ihnen glauben schenkt, denn er dürfte wissen, daß durch viele Wochen seit Beginn des Kampfes die Socialdemokratie nicht im geringsten mit den Geschehnissen in Grimmitzschau befaßt war.

Die Unternehmer hoffen die Öffentlichkeit über ihre Schuld zu täuschen durch Wahrheitswidrigkeiten über Ursachen und Verlauf des Kampfes. Doch die Täuschungsversuche werden sich gegen sie selbst lehren, indem die Socialdemokratie, die man durch Ablehnung jeder Verbesserung der Arbeiterlage zu treffen gedenkt, in jedem Fall aus dem Verlauf dieses Kampfes Stärkung gewinnt. Jeder Tag dünnelhafter Verweigerung der Arbeiterforderungen und der Einigungsverhandlungen bedeutet Gewinn um Gewinn für die Socialdemokratie. Die Arbeiterschaft im ganzen Reich erkennt, daß allein durch die Eroberung politischen Einflusses ihre gerechtesten Wünsche gefördert und erfüllt werden können.

Ostasien.

Der Peking „Times“-Korrespondent sandte ein Telegramm, das in London alle vom Kontinent kommenden friedlich lautenden Meldungen in den Hintergrund drängt, da es die erste zugegebenermaßen amtliche Darlegung der Stellung Japans zu der jüngsten russischen Note ist. Das „Times“-Telegramm lautet: Der chinesische Gesandte in Tokio telegraphiert unter dem 11. an den Präsidenten des Auswärtigen Amtes, Prinzen Tsching, daß er auf Ersuchen des japanischen Auswärtigen Amtes folgendes mitteilt: „Die zweite russische Antwort auf die japanischen Vorschläge ist in Tokio eingetroffen, lautet aber ungünstig und kann deshalb von Japan nicht angenommen werden; falls Ausland nicht zurückweicht, würde Japan gezwungen sein, unverzüglich seine Zusätze zu den Waffen zu nehmen. Mit Hinsicht auf eine solche Eventualität dringt Japan in China und erwartet von ihm, daß es strengste Neutralität bewahren, überall im Reich die Ordnung aufrechterhalten, die im Innern wohnenden Fremden schützen und besondere Sorge tragen werde, die Provinzen Schantung und Hinnan zu sichern, damit nicht fremde Mächte etwaige Unordnung als Vorwand benutzen und aggressive Bewegungen in diese Provinzen machen.“

Bicomic Hayashi, der japanische Gesandte in London, bestätigt, daß von Tokio eine Depesche an die chinesische Regierung gefandt worden ist, in welcher China für den Fall des Kriegs-ausbruchs strikte Neutralität anempfohlen wurde, er glaubt aber, daß die Wendung betreffend die schleunige Ergreifung der Waffen aus einer telegraphischen Verwechslung chinesischer Schriftzeichen entstanden sei. Der Gesandte fügt seiner Erklärung hinzu, es sei entschieden nicht der Fall, daß der Krieg beschlossene Sache sei; Japan sei vielmehr noch immer bemüht, Frieden zu halten.

Russische Mobilisation.

Aus Petersburg meldet der „New York Herald“ (Pariser Ausgabe): Das ganze zehnte russische Armee-corp in Charkow unter dem Befehl des Generals Stutschewsky mit Artilleriebestand hat seine kriegsmäßige Ausrüstung erhalten und wird so schnell wie möglich nach der Mandchurei beordert. Das Corps ist 37 000 Mann stark. Die Kosten der Reise werden pro Mann auf 150 Rubel angegeben. Für den Transport ist eine Summe von fünf Millionen Rubel bereitgestellt worden.

Walfour über die ostasiatische Krise.

Premierminister Walfour hielt in Manchester am Montag eine Rede, in der er ausführte, er wolle sich nicht äußern über die Aussichten des Friedens oder Krieges im fernem Osten. Niemand könne die Möglichkeit eines Krieges zwischen zwei großen civilisierten Mächten ohne ein Gefühl der Gedrücktheit und der Niedrigkeit empfinden, das jeder Friedensfreund empfinden müsse, betrachten. Er hoffe, es werde nicht nötig sein, zu versichern, daß England in vollem Maße gegenüber allen seinen Verbündeten alle seine Verpflichtungen erfüllen werde, die sich aus den Vereinbarungen ergeben. Er würde der Sache des Friedens, sagte Walfour hinzu, keinen großen Dienst erweisen, wenn er die russisch-japanischen Streitigkeiten öffentlich erörterte.

Ratifikation des Sinesisch-japanischen Handelsvertrags.

Peking, 12. Januar. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Wie jetzt bekannt wird, sind die Ratifikationen des Handelsvertrags zwischen Japan und China gestern ausgetauscht worden, da der japanische Gesandte das Ersuchen Chinas, die Erledigung um einen Tag hinauszuschieben, abgelehnt hat. Die Ratifikationen des amerikanischen Vertrags sollen in Washington ausgetauscht werden. Der amerikanische Gesandte ersuchte die chinesische Regierung, sie möge den ungewöhnlichen Weg einschlagen, den Vorkauf des Vertrages telegraphisch anstatt brieflich nach Washington zu übermitteln, und den chinesischen Gesandten ermächtigen, auf Grund der telegraphischen Ausfertigung den Vertrag zu ratifizieren.

Japan hat also jetzt das sinesische Verprechen, Japans Handel auch die Mandchurei zu öffnen. Ob aber Rußland so liebenswürdig sein wird, die chinesische Zusage seinerseits zu erfüllen? —

Deutsches Reich.

Ein neuer Geheimbund.

Dem „Offenbacher Abendblatt“ hat ein günstiger Wind verschiedene Rundschreiben, die allgemeinere Beachtung verdienen, auf den Redaktionstisch geweht. Der Breslauer Professor Julius Wolf läßt in streng vertraulichen Circularen namens eines 42 Mann starken „Initiativ-Komitees des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland“ Unternehmerrorganisationen zur Teilnahme an einer Versammlung ein, in der am 21. Januar d. J. in Berlin der oben genannte Verein konstituiert werden soll. Die Ziele sind natürlich hoch „patriotischer“ Natur und deshalb ist es auch „patriotische Pflicht“ der Unternehmer, mitzumachen. Die Ziele des Vereins werden in dem allgemeinen, mit der Aufschrift: „Mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung!“ versehenen Aufruf kurz so angegeben:

... Eine Verbesserung der Absatzbedingungen, aber auch der Produktionsbedingungen, eine Verhärtung der handelspolitischen Position jedes der mitteleuropäischen Staaten soll von dem Vereine ausgehen.

Dieses Programm gewinnt die volle Aktualität in einem Augenblicke, wo Großbritannien im Begriffe ist, nach halbhundertjähriger Freihandelspause wieder Zölle aufzurichten, bezüglich deren Höhe und Art alles in Frage steht, und der Zeitpunkt immer näher rückt, wo auch Amerika für den Abzug eines wachsenden Teiles seiner Produkte, ob es will oder nicht, auf auswärtige Märkte angedrungen sein wird.

Der Verein ist, indem er das hervorhebt, weit entfernt davon, Zollkonflikte das Wort zu reden. Er will, bei allerdings nachdrücklicher Verfolgung seiner Ziele, allem aus dem Wege gehen, was politische Verstimmung schaffen kann. Aber er hält dafür, daß es unverantwortlich wäre, sich ohne Not der Vorteile zu berauben, die ein wirtschaftspolitisches Einbernehmen einer Anzahl Staaten schaffen kann, und daß es patriotische Pflicht ist, alles aufzubieten, um jenen Staaten gegenüber, die über einen viel größeren Innenmarkt oder über reichlichere und vielfältigere Natur-schätze oder andre Vorteile verfügen, dem eignen Lande die Ebenbürtigkeit zu gewinnen oder zu bewahren.

In einem zweiten Circular wird dann gesagt:

Der zu gründende Verein bezweckt unter unbedingter Ablehnung aller wie immer gearteten politischen Ziele die öffentliche Aufmerksamkeit und die der Regierungen auf solche wirtschaftliche Gegenstände zu lenken, hinsichtlich deren die mitteleuropäischen Staaten nicht einander widerstreitende, sondern übereinstimmende Interessen haben. Eine Antastung des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechtes der einzelnen Staaten bleibt dabei genau so vollständig außer Betracht, wie das politische Gebiet. Auch will der Verein, wo Interessengegenstände bestehen, die Geltendmachung und Vertretung dieser in keiner Weise fördern. Jede Propaganda für die Idee einer mitteleuropäischen oder europäischen Zollunion liegt demnach außerhalb seines Programms. Aber seine Begründer sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die mitteleuropäischen Staaten ihr Gedeihen in höherem Maße sicherstellen können als dies jetzt geschieht, wenn sie

1. in weiterem Umfang als bisher gewisse Gegenstände des Wirtschaftslebens und des Wirtschaftsrechtes gleichmäßig regeln, wenn
 2. die Staaten Einrichtungen, welche sie besitzen, wechselseitig auch den andern dienlich machen, was auf den verschiedenen Gebieten möglich ist (vgl. z. B. Grenzwachdienst, Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, Clearings von einem Staate in den andern), wenn sie
 3. 4. 5. 6.
 7. für die Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf dem Gebiete des Wirtschafts-, insbesondere des Zollwesens ständige Schiedsgerichte einrichten.
- Es ist zweifellos, daß bei systematischer Arbeit auf allen diesen Gebieten jeder der Staaten gewinnen werden kann, und zwar in sehr großer Zahl vorhanden sind, und weiter auch klar, daß jene Arbeit getan werden kann, ohne das wirtschaftspolitische, geschweige denn politische Selbstbestimmungsrecht der Staaten im geringsten zu gefährden.

Und in besonderen Erläuterungen zum Aufrufe für einen Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein wird ausgeführt:

1. Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein erstrebt keine Zollunion der mitteleuropäischen Staaten. Er hält den Plan einer solchen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht für durchführbar.
2. Die Weisbegünstigung als solche will der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein nicht in Frage stellen, aber ernsthaft prüfen, ob ihre Gewährung nicht an die Forderung zu knüpfen sei, daß gewisse Zollmaxima auch vom Ausland nicht überschritten werden oder, wenn das der Fall, daß dann auf andern Gebieten Gegenleistungen gewährt werden (Reciprocityverträge), ein Grundlag, der Aussicht auf Annahme dann nur hat, wenn eine Anzahl Staaten ihn gemeinsam proklamieren.
3. Den Staaten selbst will er durch Vereinfachung des Grenz-wachdienstes Kosten von Bedeutung sparen in der Erwägung, daß auch der Grenzwachdienst des einen Staates bis zu gewissem Grade für den andern arbeiten kann.
4. Der Verein will die Errichtung von amtlichen Zoll-Ausnahmestellen und vor allem von Zoll-Schiedsgerichten erwirken.
5. Er will die vielerlei andern Aufgaben wahrnehmen, die sich einem Vereine mit dem bezeichneten Programm aus der stets wachsenden internationalen Verflechtung der Wirtschaften ergeben.
6. Er will sich dabei keiner einzelnen Partei oder Parteigruppe beschreiben, vielmehr alle auf dem Boden positiver Arbeit stehenden politischen Parteien zur Mitarbeit heranziehen.
7. Er vertritt auch wirtschaftspolitisch keinerlei Tendenz.

Jedenfalls ist es auffällig, daß die zweifellosesten Patrioten ihre patriotischen Thesen jetzt stets so geheimnisvoll einleiten. Man weiß nicht, was die Herrschaften eigentlich zu thun beabsichtigen, wenigstens sind die Circulars zweideutig wie irgend möglich. Es scheint fast, als sei das „Initiativkomitee“ — eine sehr gemischte Gesellschaft — aus Verzweiflung über den Zolltarif zusammen geschweift worden. Für das deutsche Initiativkomitee haben 42, für das österreichische 32 und für das ungarische 17 Herren unterzeichnet. Für die Bonität des Geheimbundes bürgen diese Namen, die wir unter den 42 deutschen Patrioten herausgreifen: Prinz v. Arenberg, Vallin, Wassermann, Dr. Gammacher, v. Kardorff, Prof. Legis, Graf v. Limburg-Stirum, Dr. Rehnert, Dr. Paasche, Dr. Schäffle (†).

Schlumberger, Freiherr v. Schorleker (Mitgl. d. preuss. Herrenhauses), Popelius (Centralverb. d. Industr.), Prof. Jul. Wolf. —

Schnellbahnen. Die Schranken des kapitalistischen Systems offenbaren sich vielleicht am kräftigsten in seinem Unterwürgen, technische Fortschritte gesellschaftlich auszunutzen. Also gerade auf dem Gebiete, wo die kapitalistische Menschheitsepoche die größten Erfolge erzielt hat, zeigt sich der innere Widerspruch dieser Ordnung, die technische Wunder erfindet, die doch nicht für die Gesellschaft praktisch durchführbar sind.

Eines der bedeutendsten technischen Ereignisse der letzten Zeit sind die Schnellfahrversuche auf der Berlin-Jöhener Militärbahn. Sie haben erwiesen, daß es technisch möglich ist, Geschwindigkeiten von 200 und mehr Kilometer in der Stunde zu erreichen. Die Versuche sind gelungen, dennoch ist — so wird offiziell geschrieben — keine Aussicht vorhanden, das Ergebnis praktisch zu verwerten, weil die Ausführung zu teuer ist. Mit andern Worten: weil die technische Entwicklung gehemmt wird, durch ein ihr fremdes, wider-natürliches Element, durch die kapitalistische Zwangsordnung. Der elektrische Schnellbetrieb würde, erklärten die Berliner Politischen Nachrichten, selbst auf der dafür am günstigsten liegenden Linie Berlin-Hamburg, namentlich deshalb, weil eine völlig neue Bahn gebaut werden müßte, sich so kostspielig stellen, daß seine Einrichtung sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen ließe.

Aber die Anwälte der kapitalistischen Ordnung wissen sich zu trösten. Eine Abschlagszahlung auf die ganze technische Möglichkeit läßt das kapitalistische System noch zu. Mit mehr als 200 Kilometer könnten die Menschen sich schon heute im Raum bewegen, die Rücksicht auf die „Rentabilität“ verbietet das zwar, aber sie gestattet immer noch eine Veschleunigung bis zu 130 Kilometer. Gegenwärtig finden auf der Linie Kassel-Hannover Versuche mit neuen gewaltigen Schnellzuglokomotiven und damit fest verbundenen sechsachsigen Wagen statt, welche eine durchschnittliche Schnelligkeit von 130 Kilometer auf die Stunde gemächleisen. Bei solcher Schnelligkeit kann man die Strecke zwischen Berlin und Hamburg in etwa zwei Stunden zurücklegen. Fallen, wie anzunehmen, die Versuche auf der erwähnten Strecke günstig aus, so erscheint es selbst nicht ausgeschlossen, daß schon im nächsten Sommer mit der Einrichtung solcher besonders schnellen Züge auf einzelnen dazu geeigneten Strecken vorgegangen wird, und zwar umso mehr, als nach den angestellten Ermittlungen die vorhandenen Geleisanlagen, soweit sie mit schweren Schienen ausgestattet sind, für einen solchen schnellen Betrieb völlig ausreichen.

Ein kapitalistisches Beispiel, wie der technische Fortschritt künstlich durch die kapitalistische Zwangsordnung gehemmt wird. Es ist dieselbe Sinnlosigkeit, die sich in der Erscheinung der „Ueberproduktion“ an-schließt, das „zu viel“ an Gütern in einer Gesellschaft, deren große Masse kaum die nackte Notdurft befriedigen kann. —

Für die Scherische Sparlotterie ist nach Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ der Vorstand des „Deutschen Sparlosen-Verbandes“ gewonnen. Ein aus seinen Mitgliedern gebildetes Komitee hat schon mehrfach Sitzungen abgehalten, um die Einführung der Scherischen Erfindung zu organisieren. Die „Frankf. Zig.“ hebt hervor, daß der Vorstand des Verbandes seinen Mitgliedern, den Sparlosen, bisher keinerlei Mitteilung von den geheimen Plänen gemacht habe.

Uebrigens verlautet, daß der literarische Agent der Scherischen Gründung ein bekannter socialpolitischer Projektenschmied ist, der offenbar in diesem Humbug eine praktische Ueberwindung des Marxismus entdeckt hat, den er bisher bloß theoretisch, nach seinen Versicherungen, vernichtet hat. —

Freisinnige Kompensweise. Aus Halle, 11. Januar, wird uns geschrieben: Die alljährlich, so hatte sich das Halleische Stadtverordneten-Kollegium auch heute in der zweiten Sitzung in diesem Jahre mit der Wahl der Kommissionen zu befassen. Es sind etwa rund 70 Kommissionen zu belegen; darunter befindet sich auch die ominöse Weinprüfungs-Kommission, der die „schwierige Aufgabe“ zufällt, die Weine, die im Kaiserstuhl zum Ausschank gelangen sollen, einer „gewissenhaften Prüfung“ zu unterziehen. Unsere Parteigenossen hatten nun angeregt, die socialdemokratischen Mitglieder bei einigen wichtigen Kommissionen — Finanz-, Baukommission usw. — zu be-rückichtigen. Die Vorberatungs-Kommission lehnte das billige Ver-langen aber ab, und glaubte unsre Genossen mit Vlägen in der „Schutt-Abklungs-Kommission“ usw. abweisen zu können. Durch die Gegenwärtigen unserer Genossen mußten nun eine ganze Reihe Stimmzetteln wahlen veranfaßt werden und die heutige vierstündige Sitzung kam infolgedessen über die Wahl der 28. Kommission nicht hinaus. Das freisinnige Kollegium ramorte über diese „Obstruktion“ und beantragte deshalb zur nächsten Sitzung, die Abänderung der Geschäftsordnung. —

Ein eigenartiges Urteil.

Ein Berliner Blatt bringt folgenden Kriegsgerichtsbericht: „Der Kaiserliche aus Minnesfahnen. Ein Urteil des Kriegsgerichts in Halle gegen den Kaiserlicher Otto Müller aus Halberstadt wird allen Vaterlandsverteidigern, die gewohnt sind, bei ihren Schätzen ohne Wissen der Herrschaft zu speien, gelinden Schrecken einflößen. Müller hatte eine Frau, die bei dem Major v. Horn als Köchin diente. Otto besuchte seine Minna bisweilen dann, wenn es bei Majors etwas Gutes zu essen gab. Einmal war Otto auch in der Vorküche auf Besuch, wo er sich nützlich machte, indem er beim Zellerabtrodnen — es war gerade Gesellschaftsabend gewesen — mißlich und dafür Essen und Trinken bekam. Aber seine Besuche in der Küche gefielen Majors nicht, und leider war der wackere Kaiserlicher unvorsichtig genug, sich bei einem dieser Besuche von dem zwölfjährigen Sohne der Herrschaft überlassen zu lassen. Zwar versuchte er sich eiligst hinter den Rücken Minnas zu verstecken, jedoch das wäre höchstens einem schwächlichen Kaiserlichen gelungen, nie aber einem großen, dreißigjährigen Kaiserlicher. So wurde dem Otto entdeckt; der Herr Major erstattete Anzeige, es kam zu einer großen Verhandlung vor dem Kriegs-gericht und der unternehmende Kaiserlicher mußte seine Minnesfahne in Majors Küche mit 13 Tagen Gefängnis büßen (wegen Haus-friedensbruchs).“

Wir finden das Urteil ebenso unbegreiflich, wie den humoristischen Ton, in dem das liberale Blatt den seltsamen Fall behandelt.

Zunächst geht aus dem Bericht nicht hervor, ob überhaupt der Thatsbestand des Hausfriedensbruchs vorlag, d. h. ob dem betroffenen Kaiserlicher von dem Major verboten worden war, sein Haus zu betreten. Aber selbst wenn er gegen das Verbot gehandelt und damit Hausfriedensbruch begangen hätte, so erscheint die Strafe — 13 Tage Gefängnis — ganz unverschämlich hoch. Nach einer andern Meldung soll Müller seine Frau überhaupt nur zweimal besucht haben. Und wenn er sich dabei etwas Erbares hat zustehen lassen, so wird dadurch der Herr Major nicht betroffen sein, außerdem hat dieser Gesichtspunkt ja mit dem Hausfriedensbruch selbst gar nichts zu thun. Da zudem die Köchin alsbald entlassen worden ist, so hätte auch der Major das suryathbare Verbrechen wohl als hinreichend gefaßt betrachten können. Oder aber — Müller hätte ja wegen Nichtachtung des Befehls eines Vorgesetzten disciplinarisch bestraft werden können. Die Konstruktion des „Hausfriedensbruchs“ aber und seine unglücklich schwere Abmüdung durch 13 Tage Gefängnis ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen! —

Eine überaus harte Strafe verhängte am Freitag das Kriegs-gericht zu Liegnitz gegen den Grenadier Andreas Miodzinski von der 7. Compagnie des dortigen Königs-Grenadier-Regiments wegen Widersehung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der Angeklagte war am 22. November 1903, eines Sonntags, mit noch andren Kameraden in einer Obst-weinstube in der Sophienstraße gewesen, wo man

dem Hader stark zugesprochen hatte, so daß die Soldaten angegriffen waren. Abends gegen 8 Uhr begab sich der Angeklagte mit seinen Kameraden in angeheitertem Zustand nach der Gedärftstraße am Friedrichsplatz, wofür er das Klosett benutzen wollte. Da aber die Wärtarin dafür 5 Pf. verlangte, die er nicht zahlen wollte, machte er einen Unordnungsfall, infolgedessen die Wärtarin sofort nach der Polizeiwache lief und dem dort anwesenden Polizeiergeanten Mitteilung machte. Der Beamte ging zunächst auf die Hauptwache und forderte den Wächterhabenden auf, eine Patrouille nach dem Thotorte zu entsenden. Als diese hinkam, nahm sie den Aufseher fest, und da dieser nicht gutwillig mitgeben wollte, faßte ihn der Polizeibeamte am Kragen. Jetzt drehte sich der Angeklagte herum, faßte den Polizeibeamten an der Brust und wollte mit der andern Hand sein Seitengewehr ziehen, was aber von der Patrouille verhindert wurde. Mit Gewalt wurde der Angeklagte nach der Hauptwache abgeführt, doch verlor er unterwegs nochmals, sich zu befreien, wobei er auch wieder thätlich an der Patrouille sich vergriß. Der Angeklagte, der behauptete, sinnlos betrunken gewesen zu sein, wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika

Ist nicht nur noch immer nicht unterdrückt, sondern es scheinen beachtliche Anzeichen dafür vorzuliegen, daß er sogar einen weiteren gefährlichen Umfang annehmen kann. Auch die Herero im Centrum des Schutzgebietes, im Damaraland, haben eine bedrohliche Haltung angenommen. In die Richtung kommt nicht aus englischer Quelle, sondern wird von dem offiziellen „Wolffschen Bureau“ in folgender Form verbreitet:

Nach einer telegraphischen Meldung des Gouvernements in Windhuk wird die Erhebung der Herero-Bewölkerung für möglich gehalten, ohne daß es bisher zu offenen Feindseligkeiten gekommen wäre. Gemeldet sind Ansammlungen bewaffneter Herero-Abteilungen von mehreren hundert Gewehren bei Okahandja und Otjofab. Zur Verfügung stehen an weichen Streitkräften im Norden etwa 400 Mann, die mobil gemacht sind, mit einem Gebirgsgeschütz und drei Maschinengewehren. Die Besatzung von Okahandja ist auf 60 Mann und die von Windhuk auf 100 Mann gebracht worden.

Königsberg i. Pr., 12. Januar. Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Schneidmüller Karl Eisenberger aus Königsberg zu einem Monat Gefängnis, weil er bei der Reichstags-Stichwahl auf Grund zweier ihm irtümlich zugesandter Wahl-einladungskarten in zwei Bezirken, einmal als Arbeiter, das andre Mal als Schneidmüller gewählt hatte.

Husland.

Das englische Wirtschaftsjahr 1903.

London, 9. Januar. Die Veröffentlichungen über Industrie und Handel im verflochtenen Jahre zeigen den merkwürdigen Gegensatz zwischen Außenhandel und innerer Wirtschaft. Jener war blühend, diese im Niedergange begriffen. Der Außenhandel der letzten drei Jahre stellte sich folgendermaßen:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtausfuhr
1903	542 008 825 Pfd. Sterl.	290 890 281 Pfd. Sterl.	830 447 816
1902	528 891 274	283 423 906	812 315 180
1901	521 990 198	280 022 376	802 012 574

Jahr	Gesamtanhandels (Ein- und Ausfuhr)
1903	908 853 641 Pfd. Sterl.
1902	877 630 083
1901	869 854 466

Bei der Aufstellung der englischen Handelsbilanz muß in Erwägung gezogen werden, daß die Einfuhr in sich günstige Elemente für England schließt, wie Dividenden, Zinsen aus englischen Anlagen im Auslande, ebenso Versicherung und Frachten, die zum großen Teil englischen Instituten und Reedern zufallen. Die Ausfuhr ist frei an Bord, also ohne Versicherung und Frachten, die den Wert der Ausfuhr um etwa 20 Prozent erhöhen und ebenfalls England zu gute kommen. Der Außenhandel des Jahres 1903 zeigt eine scheinbar ungünstige Handelsbilanz — einen Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr — von rund 182 Millionen Pfund Sterling, wovon an 100 Millionen auf Dividenden und Zinsen, 82 Millionen auf Frachten und Versicherungen entfallen, so daß in Wirklichkeit Einfuhr und Ausfuhr sich deden. Hervorzuheben ist noch, daß England im Berichtsjahr Nahrungsmittel und Getränke für rund 228 Millionen Pfund Sterling (4,6 Milliarden Mark) eingeführt hat!

Dagegen war das innere Wirtschaftsleben im Niedergang begriffen. Dies zeigte sich in der ununterbrochenen Zunahme der Arbeitslosigkeit, die im Durchschnitt höher war als in den letzten zehn Jahren; ferner in der Abnahme der Staatseinnahmen in allen Etatposten, mit Ausnahme der Postverwaltung; besonders empfindlich war die Abnahme der Verbrauchsteuern, die offenbar eine Abnahme des Konsums bedeutet. In einem detaillierten Bericht der „Times“ vom 7. Januar über das Geschäftsleben des Jahres 1903 wird erklärt: „Es scheint, daß die meisten Produzenten sich das ganze Jahr hindurch mit geringen Profiten begnügten und oft sich bequemen mußten, mit Verlust zu arbeiten“, besonders in der scharfen Konkurrenz mit Amerika, Deutschland und Belgien. Im ganzen genommen kann kaum ein Zweifel darüber obwalten, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse des Berichtsjahres nur sehr wenige Interessenten zufriedenstellen konnten.“

Frankreich.

Polizei gegen Gewerkschaften.

Paris, 11. Januar. (Eig. Ber.) Die zeitweilige Verhaftung sechs, die noch immer schwebende gerichtliche Untersuchung gegen die vier Mitglieder der Verwaltung der Pariser Arbeitsbörse stellt sich nun heraus als die Folge eines Polizeikomplots. Die polizeiliche gerichtliche Aktion beruhte, wie seiner Zeit gemeldet, auf den Aussagen einiger verhafteter Juristen, die erklärt haben sollen, zu den während des Generalstreikversuchs begangenen Ausschreitungen von jenen vier Gewerkschaftlern „aufgereizt“ worden zu sein. Bei der Konfrontation der „Aufgereizten“ mit den „Aufreizern“ vor dem Untersuchungsrichter protestierten nun die ersteren gegen die ihnen in den polizeilichen Protokollen untergeschobenen Aussagen. Sie waren übrigens nicht im stande, die einzelnen Gewerkschaftler richtig zu erkennen. Ferner hatte der Polizeikommissar während des Verhörs an einem der Juristen stillschweigend, aber bereit, eine kleine Geldbestechung versprochen, indem er vor sich in der Richtung des Verhörten ein Zweifrankstück herschob. Zwei andern Schwurzeugen wurde von Polizeibeamten in der Nähe der Arbeitsbörse eingeschleust, daß der Gewerkschaftler Raporte in einer Versammlungsrede aufgefordert hätte, „Bomben in die großen Restaurants zu werfen“. . . . Besagte Zeugen hatten aber zuerst behauptet, diese Aufforderung selber direkt aus Raportes Munde gehört zu haben. Mit einem Wort, die Polizei des Herrn Lépine, des Präfecten

des Herrn Combes, hat zu ihren blühigen Unthaten vom 20. Oktober (Ueberschuß auf die Arbeitsbörse) eine verbrecherische Zuteilung gegen die Gewerkschaften hinzugefügt. Inzwischen wird bekannt, daß die „Enquete“ des Chefs der Kriminalpolizei über den 29. Oktober mit der Reintuschung seines Kollegen Lépine enden soll, was zu beweisen war —

Eine Programmrede des Ministerpräsidenten.

Auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie hielt der Ministerpräsident Combes eine Rede, in welcher er zunächst feststellte, daß die Wiederannäherung zwischen den Handeltreibenden und den Industriellen einerseits und der politischen Welt andererseits glückliche Ergebnisse gezeitigt habe. Redner kam dann auf die Angriffe und die Schmähungen zu sprechen, welche gegen die Regierung gerichtet würden. Trotz aller Angriffe einer Opposition, welche einen Buß zerstückter Parteien bilde, die angebliche Gefahren für die Besten französischer Rente witterten, so daß französischen Werten zum Vorteil ausländischer Papiere geschadet werde, sei der Kredit Frankreichs niemals stärker gewesen. Der Ministerpräsident erwähnte die Angriffe der Opposition auf die Staatskassen und die Sparkassen, legte dar, daß sie hinfällig wären, und führte das Ansehen und die Festigkeit des französischen Credits auf das republikanische System zurück, welches die Ruhe im Innern und den Frieden nach außen hin geschaffen habe. Frankreichs Friedensliebe habe sich durch den Abschluß zweier Schiedsgerichtsverträge und den mehreren Herrschern bereiteten sympathischen Empfang bekundet. Alle Gedanken und alle Träume Frankreichs seien trotz der Nationalisten auf den Frieden gerichtet. Nur die Nationalisten wollten ihn nicht, weil sie den Bestand der Republik erschüttern wollten. Der wahre Feind der Republik sei aber größer. Das sei nicht der Nationalismus und auch nicht die alten monarchischen Parteien, sondern die clerikale Reaktion, die sie alle sich unterordne. Sie sei allerdings gescheitert dank der Mehrheit im Parlament. Redner legte dann das Programm für die Arbeiten der nächsten Session dar, wobei er es näheren auf die Einführung der zweijährigen militärischen Dienstzeit, die Aufhebung des Unterrechts durch die Kongregationen und die anzustrebende Trennung von Kirche und Staat einging. Um aber alle diese schweren Aufgaben zu verwirklichen, sei das Zusammenhalten der vier Gruppen der Linken durchaus ebenso notwendig wie der Zusammenschluß der Handeltreibenden und Industriellen gegenüber der clerikalen, monarchischen und nationalistischen Koalition und als eine wesentliche Bedingung für die Durchführung der demokratischen Reformen und des republikanischen Fortschritts.

Paris, 12. Januar. Die Deputiertenkammer wählte mit 257 Stimmen Brisson zum Präsidenten, 219 Stimmen fielen auf Vertrand.

Rußland.

Arbeiter-Unruhen. Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Petersburg gemeldet: Nersizj Werst von Zekaterinoslaw brachen auf den Werken der mechanischen Fabriken Kamenskoje große Arbeiterunruhen infolge von Lohnherabsetzungen aus. Durch Proklamationen aufgestachelt, stellten zehntausend Arbeiter die Arbeit ein, demolierten die fertigen Waggons und die Werkstätten und legten Feuer an die Fabrik, von der ein Teil niederbrannte. Aus Zekaterinoslaw gingen zwei Bataillone Infanterie ab. Doch waren bei ihrem Eintreffen die Unruhen bereits beigelegt und die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. Das Unternehmen hat große Verluste erlitten. Kamenskoje zeichnete sich bisher dadurch aus, daß es von Arbeiterunruhen gänzlich unberührt gewesen war. Selbst das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dieser offenbar tendenziösen Darstellung: „Sollten es wirklich allein Proklamationen gewesen sein, die die Arbeiter zu diesem Aufstande veranlaßten?“

Türkei.

Saloniki, 12. Januar. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Hier sind Meldungen eingelaufen, daß bei Djumabala an der bulgarischen Grenze Zusammenstöße stattgefunden haben zwischen Verbänden aus türkischen und türkischen Truppen. Auch geht das Gerücht, daß in Romanva ein Pulverdepot von Aufständischen durch Dynamit in die Luft gesprengt wurde. Truppen seien bereits zur Verstärkung abgegangen, andre würden aus Sien erwartet.

Afrika.

Einen ersten Zusammenstoß mit Truppen des Mullah hatte General Egerton. Derselbe griff mit 2200 englischen und 1000 eingeborenen Truppen heute 5000 Derwische bei Schidballi an, welche anscheinend die Hauptmacht des Mullah bildeten. Der Feind ging zum Angriff vor, ergriff aber die Flucht, als er in der Nähe und in der Front beschossen wurde. Die englische Kavallerie verfolgte den Feind 10 Meilen weit. Die Verluste des letzteren werden auf 1000 Mann geschätzt. Zahlreiche Gefangene und 400 Gewehre fielen den englischen Truppen in die Hände. Die englischen Verluste betragen 41 Mann, darunter 2 Offiziere tot, 9 Offiziere verwundet und einer vermißt.

Die englischen Verluste sind also nicht gering, da zu den 41 Toten noch mehrere hundert Verwundete kommen werden.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission hielt am Dienstag ihre erste Sitzung ab und setzte den Arbeitsplan fest. Die Kommission beschloß, wöchentlich drei Sitzungen abzuhalten und zwar Dienstags, Mittwochs und Donnerstags, vormittags 10 Uhr. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht geraten sei, behufs größerer Beschleunigung der Wahlprüfungen die Niederlegung einer zweiten Wahlprüfungs-Kommission ins Auge zu fassen, respektive in Anregung zu bringen. Darauf wurde erwidert, daß mit der Niederlegung einer zweiten Kommission die Einseitigkeit in den Grundfragen für die Wahlprüfung verloren gehen könne, übrigens scheint die Frage verfrüht, es müßte sich doch erst während der Arbeit der Kommission zeigen, ob die Arbeit rasch genug vorwärts schreite oder ob die Arbeitslast für die Kommission zu groß sei. Erst wenn hierin Erfahrungen gemacht seien, könne die Frage ventilirt und im Plenum, das darüber zu befinden habe, eine entsprechende Anregung gegeben werden. Ferner wurde angeregt, der Vorsitzende möge, wenn die Kommission Wahlen geprüft und an das Plenum zur Beratung überwiesen habe, bemüht sein, daß dann die Wahlprüfungen recht bald auf die Tagesordnung der Plenarsitzungen gesetzt würden; das sei in der letzten Legislaturperiode nicht immer geschehen. Von anderer Seite wurde dazu bemerkt, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses der Grund der Ver schleppung der Wahlprüfungen im Plenum gewesen sei. Die erste Wahl, die in der Kommission zur Prüfung gestellt werden wird, ist die des Grafen Vassestrem, zu der ein Protest vorliegt. Es liegen im ganzen der Kommission 81 Wahlproteste vor.

Polizei und Pfaffenstum.

Der Strafprozeß gegen den „Bombardeur“, der am Freitag vor der III. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, ist von hoher Bedeutung für die Beurteilung polizeilicher und geistlicher Uebergriffe, wie sie in Oberschlesien bei dem letzten Reichstags-Wahlkampf in die Erscheinung getreten sind. In halber Eintracht haben polizeiliche Organe und katholische Geistliche alles aufgeboten, um der ehemals reichsfeindlichen, heute regierenden Centrumspartei die Herrschaft zu sichern. Von den Kanzeln herab wurde in geradezu

schamloser Weise gegen Nationalpolen und Socialdemokraten gewißet. Lehzer bezogen unmündige Kinder zu Gewaltthätigkeiten auf, vor den Kirchen konnten Agitatoren des Centrums ungehindert während des Gottesdienstes Flugblätter verteilen, obgleich eine Verordnung des Regierungspräsidenten dies ausdrücklich verbietet. Die Polizei schritt gegen diesen Mißbrauch der Kirche nicht ein, während sie auf der andern Seite die Agitation der Nationalpolen und Socialdemokraten auf jede nur denkbare Weise erschwerte. Es ging so weit, daß kein Saalbesitzer aus Furcht vor polizeilichen Schikanen den Gegnern des Centrums seinen Saal zu Versammlungen herzugeben wagte, so daß während der ganzen Wahlzeit in Oberschlesien nicht eine einzige polnische oder socialdemokratische Versammlung stattfinden konnte. Diese beiden Parteien standen thatsächlich unter einem Ausnahmegezet.

Ja, noch mehr! Man schreide nicht einmal davor zurück, die auf Grund des Vereinsgesetzes einzureichenden Mitgliederberzeichnisse der Bergarbeiter-Organisationen zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Die Namen der organisierten Arbeiter wurden deren Vorgesetzten genannt, und die Folge davon waren Mahregelungen aller Art. Behörden, die so vorgehen, scheinen kein Gefühl dafür zu besitzen, wie sehr sie durch ein derartiges Verhalten gegen Recht und Gesetz verstoßen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung die eidlische Aussage des Amtsvorstehers von Laurahütte, des Herrn Schröder, der es vor Gericht als ganz selbstverständlich hinstellte, daß er „privatim“ Auskunft über die Zugehörigkeit eines Arbeiters zur Organisation geben dürfe. Der Herr weiß also nicht, daß seine „privatim“ Auskünfte auf Mittelungen zurückzuführen sind, die ihm in amtlicher Eigenschaft zu teuf geworden.

Bei der Wichtigkeit des Prozesses geben wir die eidlischen Aussagen der Hauptzeugen, der Führer der großpolnischen Bewegung, ausführlich, auf Grund stenographischer Aufnahme, wieder:

Der Zeuge Dr. Karas, ein bekannter Agitator der nationalpolnischen Partei, bestätigte unter seinem Eide, daß ihm jähre bekannt seien, in denen Gastwirte auf Veranlassung der Polizei ihre Säle den Polen und Socialdemokraten verweigert haben. In Tarnowitz z. B. hatte ein Wirt seinen Saal zur Verfügung gestellt, hinterher aber sein Versprechen sofort auf Wunsch der Polizei zurückgezogen. In Kattowitz hat ein Wirt sich eine Ueberlegungsfrist ausgedehnt und am andern Tage geantwortet, er könne seinen Saal nicht hergeben, die Polizei würde ihm sonst Schwierigkeiten machen und ihm die Konzession nehmen. In ganz Oberschlesien hätten infolge des Verhaltens der Polizei seit dem 18. Januar 1903 keine polnischen oder socialdemokratischen Versammlungen stattfinden können, während das Centrum in dieser Zeit zahlreiche Versammlungen abgehalten habe. Ueber die Agitation der Centrums-Geistlichen bekundete Dr. Karas eidlisch, daß das Centrum unter Tuldung der Polizei vor den Kirchen agitiert habe und daß von den Kanzeln herab die Katholiken aufgefordert seien, die Centrumsversammlungen zu besuchen. Der Zeuge selbst sei dabei gewesen, als am Sonntag nach Erlaß des köpfigen Hirtenbriefes der Pfarrer Karl Schmidt in Kattowitz, wenn auch nicht in klaren Worten, so doch so, daß jeder, der zwischen den Zeilen lesen konnte, es verstehen mußte, gegen die Socialdemokraten und Polen sprach und die Leute auf-forderte, sie sollten nur „richtig“ wählen. Ein anderer Geistlicher habe über die Pflichten der Katholiken gesprochen und erklärt, daß die Katholiken auch politisch auftreten müssen, damit die Centrumpartei die alte Macht behalte. Auf den Kirchenhöfen seien Flugblätter des Centrums ohne weiteres verteilt worden. Den Polen jedoch wurden sowohl von der Polizei, als auch von den Kirchendienern allerhand Schwierigkeiten gemacht. Es wurden nicht nur Wahlflugblätter, sondern auch Wahlzettel von Gemeindevorstehern konfisziert, ihre Freigabe erfolgte erst auf Einspruch.

Der Verleger des „Gornosolacz“, Herr Kowalczyk aus Kattowitz, bekundete gleichfalls, daß die Polizei den Gastwirten, die Polen ihre Säle zur Verfügung stellen wollten, mit Entziehung der Konzession drohte und auf diese Weise das Vereinsrecht illusorisch machte. In Kattowitz sei sogar eine Versammlung, die in den Reichshallen stattfinden sollte, von der Polizei verboten worden unter der Begründung, daß ansteckende Krankheiten am Orte herrschten. Erst auf Beschwerde an den Regierungspräsidenten sei die Abhaltung der Versammlung gestattet worden. In Tarnowitz hatte man einen Gastwirt bezogen, seinen Saal herzugeben, im letzten Augenblick aber trat er von seinem Versprechen zurück. In einem andern Orte konnte der Zeuge die Verschonung von der erfolgten Anmeldung einer Versammlung erst erhalten, nachdem er mit Beschwerde beim Minister gedroht hatte. Am nächsten Morgen sei dann der Amtsvorsteher zu dem Gastwirt gefahren und habe diesen bezogen, seinen Saal zu verweigern. Der Amtsvorsteher soll sogar persönlich das Abstands-geld gezahlt haben. Das Centrum habe stets Versammlungen abhalten können. Das Centrum habe auch entgegen den bestehenden Vorschriften des Sonntags während des Gottesdienstes auf den Plätzen vor den Kirchen Flugblätter verteilen können, während die polnischen Flugblattverteiler unter Anklage gestellt und bestraft wurden. In den Kirchen selbst hätten die Geistlichen lebhaftige Agitation betrieben. In Stthnit habe der Pfarrer nach der Predigt die Leute direkt aufgefordert, für den Kandidaten des Centrums zu stimmen. Das Volk sei darüber empört gewesen und habe als Antwort darauf den polnischen Kandidaten hochleben lassen. Auch der Reichstahl sei zu Agitationszwecken ausgenutzt worden, es sei Leuten die Absolution verweigert, weil sie einen Polen gewählt hätten. Das Volk sei über die Haltung der Geistlichen noch jetzt empört. Der Zeuge hat auch gehört, daß Mitglieder der Bergarbeiter-Organisation von der Polizei den Behörden angedehnt sind und daß infolge dessen Mahregelungen stattgefunden haben. Aus eigener Anschauung kennt er solche Fälle nicht. Vielfach sei auch darüber gesagt, daß Lehzer die Schulkinder aufgefordert hätten, auf ihre polnischen Mitschüler Steine zu werfen. Vom Hörensagen ist dem Zeugen auch bekannt, daß Geistliche gelegentlich sogar geradezu zu Gewaltthätigkeiten gegen die Nationalpolen aufgefordert hätten. In Nicolai habe der Kaplan einen Mann, der polnische Flugblätter verteilte, geschlagen.

Auch der Gegenkandidat des Grafen Vassestrem, der Verleger Siemianowski, sagt aus, daß in verschiedenen Fällen Gastwirte aus Angst vor der Konzessionsentziehung den Polen ihre Säle verweigert haben. Im ganzen seien ihm fünf Fälle bekannt, in welchen ein Druck auf die Saalbesitzer ausgeübt sei, ihre Säle nicht zur Verfügung zu stellen. Der Gastwirt Schimmer in Veutchen habe seinen Saal hergegeben, aber dann sei sofort der Polizeikommissar gekommen und habe erklärt, daß ihm zur Strafe dafür das Koiferessen der städtischen Behörden entzogen werden würde. Die Erregung in der Bevölkerung sei eine ganz kolossale gewesen. Von der Kanzel herab sei besonders mit dem Hirtenbrief gegen die Polen agitiert worden; die polnische Ausnutzung dieses Briefes von der Kanzel herab durch verschiedene Geistliche sei eine ungeheure gewesen. In dem Wahlprozeß gegen die Gültigkeit der Wahl des Grafen Vassestrem sei reichliches Material zum Beweis dafür vorhanden. Auch der Reichstahl sei zu politischen Zwecken benutzt, und ferner wurde darüber gesagt, daß Kinder von den Lehrern zu Gewaltthätigkeiten gegen die Polen aufgereizt seien.

Diese Zeugnisaussagen sind geradezu vernichtend für die Polizei und die Geistlichen in Oberschlesien. Mußte doch selber der Gerichts-

Hof anerkennen, daß in dem Verhalten der Geistlichen, welche in den Kirchen politische Agitation getrieben haben, sowie in der Beschränkung politischer und sozialdemokratischer Versammlungen ein „nicht ganz korrektes“ Vorgehen zu erblicken sei. Den Zusammenhang zwischen diesen Vorfällen und den so furchtbar bestraften Wahlkrawallen wird kein unparteiisch Denkender in Abrede stellen können. Es läßt sich nicht leugnen, daß moralisch Polizei und Geistlichkeit für die Erzfälle die Verantwortung tragen. Wenn auch der Redakteur des „Vorwärts“, der in Erfüllung seiner Pflicht das Verhalten der Obrigkeit öffentlich kritisierte und hierbei einen Ausdruck gebrauchte, über dessen Bedeutung die Ansichten auseinandergehen, mit schwerer Freiheitsstrafe belegt wurde, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß in Wahrheit nicht der „Vorwärts“, Redakteur, sondern oberhiesige Polizeibeamte und katholische Geistliche als Angeklagte vor Gericht standen und von dem Urteil des Volkes für schuldig erklärt sind, schuldig durch die geschiederten, eidlich erlassenen Maßnahmen — wenn auch nicht der Absicht, so doch der Wirkung nach — die Erregung verheerender Bevölkerungsschichten bis auf höchste gesteigert und zu Gewaltthaten gereizt zu haben.

Diese oberhiesigen Wider eines skrupellosen Centrums-Terrorismus geben zugleich eine erwünschte Ergänzung zu jenem kürzlich in Saarbrücken verhandelten Prozeß, wo ein Centrums-Redakteur vor Gericht stand, weil er den Vergewaltigten Wahlkrawallen vorgeworfen hatte. Vor Gericht zwang der Eid auch einen Geistlichen des Saarreviers zuzugeben, daß er den Verzicht auf Wahlpressionen mißbraucht habe. In Oberhiesien aber begnügt sich das Centrum damit nicht. Dort ist es regierende Partei und erlaubt sich alles, was ihm seine Macht möglich macht. Sein Vorgehen ist in Oberhiesien noch weit brutaler als das der Rationalisten im Saarrevier. Das Centrum hat nach den eidlichen Feststellungen in dem „Vorwärts“-Prozeß nicht den mindesten Anlaß mehr, sich über Unterdrückung, Wahlbeeinflussung, Terrorismus zu beklagen.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichten wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir erziehen die Interessenten, und in der Verbollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate bestehen in:
- Altenburg (S.-A.), Unterm Schloße 1.
 - Altona, Große Bergstr. 204 I.
 - Berlin SO., Engel-Ufer 15.
 - Böhmum, Johannisstr. 22.
 - Bremen, Dierthorstr. 26 I.
 - Breslau, Messergasse 18/19 I.
 - Bromberg, Jakobstr. 17.
 - Cassel, Wildemannsgasse 20 II.
 - Darmstadt, Elisabethstr. 31.
 - Darmstadt, 1. Kampstr. 73 I.
 - Essen, Kottstr. 16.
 - Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
 - Gera, Hospitalstr. 21 I.
 - Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
 - Gotha, Erfurterstraße (altes Gerichtsgebäude).
 - Halle a. S., Weisstr. 21.
 - Hamburg, Gänsemarkt 35 II.
 - Hannau, Mühlentstr. 2.
 - Hannover, Artilleriestr. 13.
 - Hardenberg, Erste Bergstr. 72.
 - Hersfeld, Karrenstr. 2.
 - Jena, Saalbahnhofstr. 3.
 - Kattowitz, Rathhausstr. 6.
 - Kiel, Gasstr. 24 parterre.
 - Köln a. Rh., Bergengaben 20 I.
 - Kronach, Kirchenplatz 74.
 - Königsberg i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, 1.
 - Leipzig, Gärtelstr. 12, part.
 - Lübeck, Johannisstr. 46, part.
 - Mannheim, S. 3, 10.
 - Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
 - München, Paaderstr. 1 I.
 - Neu-Küppin, Karstr. 13.
 - Nürnberg, Egghofenplatz 23.
 - Ofen, Breitenstr. 21.
 - Remscheid, Kölnstr. 18.
 - Striegau, Hagenstraße.
 - Stuttgart, Schlingenstr. 17/19.
 - Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.
 - Waldenburg-Altwasser.
 - Wolgast, Raarbrückerstr. 17, I.
 - Würzburg, Brühlstr. 6, I.
- Berlin, den 11. Januar 1904. Der Parteivorstand.
Streuzbergstr. 30.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Sonntägliche Flugblattverbreitung.

Der Parteigenosse Kreis aus der Gegend von Hannau war in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er an einem Aprilsonntage bei der Verbreitung von Wahlflugblättern solche auch auf öffentlichen Straßen an daherkommende Personen abgegeben hatte. Die Regierungsverordnung vom 31. Dezember 1896, auf Grund deren die Verurteilung erfolgte, bestimmt: „Auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist an Sonn- und Feiertagen das Ausstragen und Verteilen von Flugblättern verboten.“ Der Verurteilte legte Revision ein und bezieht u. a. die Gültigkeit dieser Bestimmung. Das Kammergericht verwarf die Revision und erklärte die Verordnung für rechtmäßig, da sie in zulässigerweise dem Zwecke der äußeren Heiligung der Sonntage und Feiertage diene. Solche Bestimmungen müßten auch während der Zeit von der amtlichen Bekanntgabe des Wahltermins bis zur Wahl beachtet werden; die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung, wonach in dieser Zeit zur öffentlichen Verteilung von „Druckschriften zu Wahlzwecken keiner polizeilichen Erlaubnis bedürfe“, ändere daran nichts. Wegen Heberverletzung derselben Verordnung war auch der Genosse Hebig angefaßt worden. Die Dinge lagen nun in seinem Falle in tatsächlicher und darum auch in rechtlicher Beziehung wesentlich anders. Er hatte die Wahlflugblätter nicht öffentlich verteilt. Ihn verurteilte das Landgericht schon deshalb, weil er mit den Blättern von Haus zu Haus gegangen sei, er also gegen die Vorschrift verstößt habe, soweit sie das Ausstragen von Flugblättern auf öffentlicher Straße an Sonntagen verbiete. Dadurch werde auch das Ausstragen von Blättern in den Häusern getroffen. — Das Kammergericht gab jedoch der hiergegen eingelegten Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründung wurde ausgeführt: Die Feststellungen des Vorberichters trügen die Verurteilung nicht. Zur Verurteilung genügt nach dieser Verordnung allerdings schon das öffentliche Ausstragen und Verteilen der Flugblätter. Da Angeklagter keine öffentlich verteilt habe, so bleibe nur das öffentliche Ausstragen. Das wäre strafbar, wenn Angeklagter die Blätter öffentlich sichtbar getragen hätte. In der Richtung siehe aber noch jede Feststellung, deshalb die Zurückverweisung an das Landgericht.

Tragen darf man also, nur sehen darf's niemand; man darf sogar über diese Rechtsaktionen keine Meinung sagen, nur hören darf's niemand.

Soziales.

Die Kaufmannsgerichte und die Konkurrenzklause.

Der Gehentwurf leidet nicht nur an den äußerlichen Verschlechterungen gegenüber dem Gewerbegerichtsgesetz, er bedeutet gegenüber dem, was dieses Gesetz den gewerblichen Arbeitern bietet, für die Handlungsgehilfen auch eine erhebliche Minderleistung, indem er die Vorschrift über die Konkurrenzklause aus dem Gewerbegerichtsgesetz übernimmt.

Der Bundesrats-Entwurf bestimmt in dem Schlusssatz seines § 5: „Streitigkeiten über Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, gehören nicht zur Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte.“

Inhaltlich deckt sich diese Anordnung, die alle Streitigkeiten aus der sogenannten Konkurrenzklause der Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte entzieht, einer Vorschrift des § 3 des Gewerbegerichtsgesetzes.

Für die gewerblichen Arbeiter sind aus diesem Zustande bisher keine Schwereigkeiten in der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche entstanden, weil nur für einen verschwindend kleinen Teil von gewerblichen Arbeitern die Konkurrenzklause in Frage kommt. Es handelt sich hier immer nur um einzelne, sehr wenige Arbeiter, die als Werkmeister, Vorarbeiter u. dgl. tätig sind in Betrieben, bei denen wichtige Betriebsgeheimnisse zu wahren sind. — In dem Arbeitsvertrage der Handlungsgehilfen aber ist diese Konkurrenzklause zu einer herrschenden Erscheinung geworden, von der nicht einzelne Angestellte, sondern häufig das gesamte Personal großer Unternehmer betroffen werden. Schon bei der Beratung des neuen Handelsgesetzbuches hat die sozialdemokratische Fraktion entsprechend den Wünschen der Handlungsgehilfen nichts unversucht gelassen, die Konkurrenzklause zu beseitigen. Es gelang aber nur sehr geringfügige Milderungen herbeizuführen. Dank des Verhaltens der bürgerlichen Parteien, die eine Konkurrenzklause als eine sittliche Notwendigkeit im Arbeitsvertrag bezeichneten. Es lautet jetzt § 74 des Handelsgesetzbuches:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Handlungsgehilfen nur in so weit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Ersäuerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird. Die Beschränkung kann nicht auf einen Zeitraum von mehr als drei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an erstreckt werden. Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Handlungsgehilfe zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist.“ § 75. „Gibt der Prinzipal durch vertragswidriges Verhalten dem Handlungsgehilfen Grund, das Dienstverhältnis gemäß den Vorschriften der §§ 70, 71 aufzulösen, so kann er aus einer Vereinbarung der in § 74 bezeichneten Art Ansprüche nicht geltend machen. Das Gleiche gilt, wenn der Prinzipal das Dienstverhältnis kündigt, es sei denn, daß für die Kündigung ein erheblicher Anlaß vorliegt, den er nicht verschuldet hat, oder daß während der Dauer der Beschränkung dem Handlungsgehilfen das zuletzt von ihm bezogene Gehalt fortbezahlt wird. Hat der Handlungsgehilfe für den Fall, daß er die in der Vereinbarung übernommene Verpflichtung nicht erfüllt, eine Strafe versprochen, so kann der Prinzipal nur die verbriefte Strafe verlangen; der Anspruch auf Erfüllung oder auf Ersatz eines weiteren Schadens ist ausgeschlossen. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herabsetzung einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe bleiben unberührt. Vereinbarungen, welche diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig.“

Diese Vorschriften gestatten die weitgehendste und verschiedenste Auslegung. Die Auslegung dieser Vereinbarungen soll mit dem § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Einklang stehen, d. h. es soll der wirkliche Parteiwille erforscht und nicht nach dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks entschieden werden. An sich klingt das alles sehr schön und gut, es kommt nur eben darauf an, wer die zur Beurteilung und Entscheidung Berufenen sind. Die Praxis hat nun gezeigt, daß auf Grund des Konkurrenzklause-Paragrafen Urteile gefällt werden, die mit dem praktischen Leben und den Bedürfnissen der Angestellten in schreiendem Gegensatz stehen.

Die Konkurrenzklause ist für die Handlungsgehilfen zu einem Ausnahmegefeß geworden. Vielfach führen die Unternehmer diese Klausel ein, um ihren Konkurrenten das Engagement von Personal zu erschweren, in den meisten Fällen aber in der bewußten Absicht, den Angestellten durch Einengung der Arbeitsgelegenheit noch gefügiger zu machen, als es Handlungsgehilfen gegenüber der Unternehmerwillkür ohnedies schon sind, und zu dem ausgesprochenen Zweck, Gehaltsforderungen der Angestellten abzuwenden. Angestellten, die ein monatliches Einkommen von 75—100 M. beziehen, wird diese Konkurrenzklause auferlegt, und deren Nichtinhaltung mit Konventionalstrafen, deren Höhe in keinem Verhältnis zu den geringen Gehältern stehen, belegt.

Die Angestellten geraten durch diese Inebeln und knetenden Bestimmungen geradezu in ein Hörigkeitsverhältnis. In welcher Auffassung die ordentlichen Gerichte über die Geltung der Konkurrenzklause kommen, dafür diene nur ein bekannter Fall. Die Konkurrenzklause soll wirkungslos bleiben, wenn der Prinzipal kündigt. Doch dieser Satz hat Ausnahmen: Die Klausel behält Wirksamkeit, falls der Prinzipal für die Kündigung einen erheblichen, von ihm selbst nicht verschuldeten Grund hat. Dieser erhebliche, nicht selbst verschuldete Grund braucht nun nicht etwa ein Vergehen des Angestellten zu sein, das Anlaß zu seiner Entlassung bietet. Wenn ein Prinzipal z. B. infolge seiner geschäftlichen Lage sich zur Verringerung seines Personals genötigt sieht, so bleibt der Angestellte, welcher gekündigt wurde, unter der Strafe der Konkurrenzklause.

Das Unternehmertum steht nun nicht an in immer größerem Umfang von dieser Verfügung Gebrauch zu machen. Diese Zustände gebieten mit Notwendigkeit, daß Streitigkeiten aus derartigen Verträgen vor einem aus beiden beteiligten Parteien zusammengesetzten Gerichte entschieden werden. Sie scheinen geradezu nach sachverständigen Richtern, die Zweck und Wirkung solcher Bestimmungen kraft ihrer Tätigkeit beurteilen können.

Wenn nun in der Begründung des Bundesrats-Entwurfs behauptet wird, daß in Anbetracht der wichtigen Interessen, die für die Handlungsgehilfen dabei auf dem Spiele stehen, diese Entscheidungen den ordentlichen Gerichten vorbehalten werden müssen, so bedarf es nur einer Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse, um die Richtigkeit dieses Entwurfs zu erkennen. Außerdem fällt aber diese bundesrätliche Begründung für die Ausschaltung der Kaufmannsgerichte in diesen wichtigen Fragen zusammen durch die vorgeschlagenen anderen Bestimmungen desselben Entwurfs. In allen Konkurrenzklause-Alagen wird die Höhe des Streitgegenstandes die Summe von 300 M. übersteigen, dieselbe Summe aber berechtigt zur Berufung an die ordentlichen Gerichte gegen jedes Kaufmannsgerichts-Urteil. Sollten die klagenden Angestellten sich durch die Kaufmannsgerichtlichen Urteile in ihrem Rechte geschädigt sehen, dann bleibt ihnen für ihre hohen Interessen der Rechtspruch des ordentlichen Gerichtes vorbehalten, das dann aber immerhin durch das von Sachverständigen gefällte Urteil einen bis jetzt völlig unberührten Einblick in das kaufmännische Leben, in die wirtschaftliche Wirklichkeit gewinnen wird — vielleicht nicht zum Nachteil der Angestellten, die sich so großer aber unfruchtbarer bundesrätlicher Sorg-erweisen.

Sum Heimarbeitersang-Kongress veröffentlicht die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands in der „Gleichheit“ folgenden Aufruf:

Das Heimarbeitertum, dessen Bekämpfung der in vorstehendem einberufenen Kongress gilt, ist in sehr großem Umfange Frauenleiden, Kinderleiden. Klar ist Euer Interesse, Euer Pflicht, an den Arbeiten der Tagung teilzunehmen und ihren Erfolg zu fördern.

Beschäftigt Euch deshalb neuerlich in gründlicher Weise mit der Frage der Heimarbeit und den Mitteln und Wegen zur Eindämmung des vielgestaltigen entsetzlichen Übels, das ihr Begleiter ist.

In manchen Orten haben die Genossinnen bereits seit längerer Zeit den Bedingungen der Heimarbeit ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet und durch Erwerbungen wertvolles Material darüber zusammengetragen. Die weiblichen Vertrauenspersonen haben dafür zu sorgen, daß dieses Material dem Kongress dadurch nutzbar gemacht wird, daß die Genossinnen es zur Sichtung und Verarbeitung den Vorständen der in Betracht kommenden Gewerkschaftsverbände überweisen.

Die Vertrauenspersonen haben des weiteren zu veranlassen, daß die Genossinnen Stellung zu dem einberufenen Kongress nehmen und, wo es nötig und möglich ist, eigne Delegierten zu demselben entsenden, die sich sachkundig an den Beratungen zu beteiligen imstande sind.

Genossinnen, thut Euer Pflicht! Die Milderung des furchtbaren Übels der Ausgebeuteten unter den Ausgebeuteten muß die Frucht auch Eurer Arbeit, Eures Kampfes sein!

Verfammlungen.

Der Verband der Abbildner hielt am Montag seine erste diesjährige Generalversammlung ab, die sehr stark besucht war. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende Schulz erstattete, geht hervor, daß die Organisation im vergangenen Jahre befriedigende Fortschritte gemacht hat. Der vorliegende Jahresbericht für das 1. Quartal 1903 weist eine Einnahme auf von 10 250,85 M., dazu kommt ein Bestand von 16 356,30 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 3 167,95 M., darunter für Arbeitslosenunterstützung 655,25 M., Streifenunterstützung 512,50 M., Krankenunterstützung 611 M., für die Aussperrten in Grimmitzschau 400 M. Der Massenbestand am Schluß des Jahres beträgt 23 148,20 M. — Eine lebhaft diskutierte knippte sich an einen Antrag, welcher die Anstellung eines besoldeten Beamten fordert. Der kürzlich abgehaltene Delegiertentag hat die Erledigung dieser Angelegenheit der Generalversammlung überwiesen. Für die Anstellung eines besoldeten Beamten wurde geltend gemacht, daß sich die notwendigen Verbandsarbeiten in ehrenamtlicher Tätigkeit nicht mit der wünschenswerten Pünktlichkeit und Schnelligkeit erledigen ließen, und der Verband deshalb im eigenen Interesse einen Beamten anstellen müsse. Andererseits wurde bedauert, daß dieser Antrag auf dem Delegiertentage nicht vor dem Antrage auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband erschienen sei; die Abstimmung über den letzteren — bekanntlich abgelehnt — Antrag würde dann wohl anders ausgefallen sein. Für eine Organisation von 1400 Mitgliedern sei die Besoldung eines Beamten doch zu kostspielig. — Nach längerer Debatte wurde der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt; er soll zunächst in den Filialversammlungen beraten und dann in einer außerordentlichen Generalversammlung erledigt werden. — Hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen, daß dieselbe innerhalb eines Kalenderjahres für acht Wochen bezogen werden kann.

Die Zahlstelle Weiskuse des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 5. Januar ihre Generalversammlung ab. Stuchse hielt einen Vortrag über: „Nüchtern in das Jahr 1903 und was haben wir von 1903 zu erwarten“. Er schloß mit dem Appell an die Versammelten, die Agitation immer mehr zu entfalten, da den Arbeitern große Kämpfe bevorstehen und ihrer Organisation auch ein organisiertes, kapitalträchtiges Unternehmertum gegenübersteht. Eine Diskussion fand nicht statt. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung gab Schröder den Jahresbericht. Danach haben stattgefunden 15 Lohnindifferenzen, die teils ohne Ausnahm geregelt wurden. Nur zwei Verstätten sind es, wo die Sperre bestehen bleibt und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Es sind dies die Betriebe von Hahn u. Mehtow sowie von Kraus. — Die letzte Bewegung im vorigen Jahre war die der Billardqueuemacher. Die Organisation ist hier wenig vertreten. Trotzdem sah sich die Verwaltung genötigt, den Kollegen den Zweck der Organisation klar zu machen, was zur Folge hatte, daß Lohnforderungen gestellt wurden bis zu 20 Proz. Die Firma Deime bewilligte sofort, während es bei Weisk zur Arbeitsniederlegung kam. Nach einer Woche, und nachdem verhandelt worden war, wurde auch hier bewilligt. Der Erfolg war: Anerkennung des Lohntarifs, und sämtliche Kollegen organisierten sich. Am 1. Mai waren waren 46 Kollegen ausgesperrt. Es haben 12 Mitgliederversammlungen, 4 Vorort-Zusammenkünfte, 26 Vorstandssitzungen und 4 genossinische Verwaltungssitzungen stattgefunden. Arbeitslos waren 133 Kollegen 1673 Tage. Die Mitgliederzahl ist von 253 im ersten Quartal auf nahe 400 im letzten Quartal gestiegen. Beschlossen wurde dann, den 1. Bevollmächtigten mit 20 M. vierteljährlich und den 2. Bevollmächtigten mit 5 M. pro Vierteljahr zu entschädigen. Das Resultat der Wahlen war folgendes: Max Schröder, 1. Bevollmächtigter; Franz Schlemminger, 2. Bevollmächtigter; Albert Kirchner, Kassierer; Richard Daeßner, Schriftführer. Als Redatoren fungieren Malissa, Paul Schulz und Ernst Kamitz. Sodann wurde beschlossen, das Verbandslokal nach dem „Prälaten“, Königs-Chaussee, Ecke Leberstraße, zu verlegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sie der Entscheidung.

London, 12. Januar. Ein Telegramm des „Reuterschen Bureau“ aus Tokio besagt: Heute nachmittag hatte der Kaiser mit allen Mitgliedern des Kabinetts, fünf alten Staatsmännern, zwei Admiralen und dem General Kodama eine lange Besprechung. Es heißt, in dieser Beratung sei die gestern entworfenen Antwort Japans an Rußland gebilligt worden. Diese Antwort wird als der letzte Schritt in den Verhandlungen betrachtet. Das Interesse des Volkes an dem Ausgang ist bis zur Stechhöhe gestiegen.

Auslandsbeendigung.

Bremen, 12. Januar. (W. T. V.) Der Ausstand der Arbeiter der Bremer Zulepinnerei und Weberei in Hemelingen ist heute mittag, nach Beilegung der Differenzen mit der Fabrikleitung, beendet worden.

Diatenantrag vor der badischen Kammer.

Karlsruhe, 12. Januar. (W. T. V.) Die Kammer verhandelte heute über einen Antrag Blankenhorn auf Gewährung von Diäten und freie Eisenbahnfahrt an die Abgeordneten. Der Minister des Innern erklärte, daß die Regierung dem Gedanken, welcher in dem Antrage zum Ausdruck gebracht werde, nicht abgeneigt sei. Sie wäre deshalb in der Lage, einem solchen Gesuchentwurf, vorbehaltlich eingehender Prüfung, zuzustimmen. Die Kammer nahm den Antrag einstimmig an.

Opfer eines Verbrechens.

Oldenburg, 12. Januar. (W. T. V.) Es hat sich herausgestellt, daß die bei dem heutigen Brande in der Rosenstraße tot aufgefundenen beiden Frauen durch Zertrümmerung der Schädeldede ermordet waren.

Allgemeiner Ausstand.

Barcelona, 12. Januar. (W. T. V.) In Kalls (Provinz Tarragona) brach infolge des seit drei Monaten andauernden Streiks der Webearbeiter ein allgemeiner Ausstand aus. Die Arbeit ist in allen Industrien eingestellt.

Eberfeld, 12. Januar. (W. T. V.) In dem heute hier vor dem Schwurgericht verhandelten Prozeß gegen den Oberlehrer Debitius aus Varnen wegen Mißhandlung eines Schülers mit tödlichem Ausgang wurde der Angeklagte freigesprochen.

Paris, 12. Januar. (W. T. V.) Deputiertenkammer. Zu Vizepräsidenten werden erwählt Etienne mit 405, Lodoz mit 263, Gerville-Réache mit 253 und Guillaum mit 254 Stimmen. Laurens blieb mit 119 Stimmen in der Minderheit.

Reichstag.

9. Sitzung. Dienstag, den 12. Januar 1904, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Röller, Freiherr v. Stengel.

Präsident Graf Ballestrem: Ich eröffne die Sitzung und rufe allen verehrten Herren Kollegen ein recht herzliches Profil Neujahr! zu. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die definitive Wahl des Präsidiums für die Dauer der Session.

Auf Antrag des Abg. v. Normann (L.) beschließt das Haus, den bisherigen Präsidenten Grafen Ballestrem und die bisherigen Vizepräsidenten Grafen zu Stolberg-Wernigerode und Dr. Paasche durch Acclamation wiederzuwählen.

Präsident Graf Ballestrem:

Meine Herren, ich nehme die auf mich gefallene Wiederwahl hiermit an und beziehe mich auf das, was ich bei der ersten Wahl gesagt habe. Auch für den ersten Vizepräsidenten, Herrn Grafen zu Stolberg, kann ich die Erklärung abgeben, daß er die Wahl annimmt. Ich frage den zweiten Vizepräsidenten, Herrn Dr. Paasche, ob auch er die Wahl annimmt.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich nehme die Wahl mit Dank an. Es folgen Rechnungsachen.

Bei der ersten Beratung der Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben in den Kolonien für 1900 resp. 1901 rügt

Abg. Dr. Bacher (L.)

die zum Teil recht erheblichen Staatsüberschreitungen bei der Kolonialverwaltung. Es kommen Staatsüberschreitungen von über 100 Proz. gegenüber dem Etatslohn vor. (Hört! hört!) Redner regt an, daß diese Rechnungen in der Budgetkommission anstatt wie bisher in der Rechnungskommission geprüft werden.

Abg. Dabow (L.):

Es ist klar, daß alle Aufwendungen des Reichstags auf Erzielung von Ersparnissen nutzlos sind, wenn die Beamten sich nachher doch die Summen nehmen, welche sie nötig zu haben glauben. Das richtige wäre, wenn das Haus solche erheblichen Staatsüberschreitungen einfach nicht genehmigte, dann würde sich ja herausstellen, wer die Summen zu bezahlen hat. Ich hoffe, daß das Haus eventuellen derartigen Anträgen der Rechnungskommission zustimmen wird.

Damit schließt die Diskussion. Die Rechnungen werden genehmigt, desgleichen eine Reihe weiterer Rechnungsachen.

Als der Präsident Graf Ballestrem Punkt 7 der Tagesordnung, Beratung der Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze seit 1875, bereits für erledigt erklärt hat, erschallen aus der linken laute Rufe des Widerpruchs. Abg. Richter (fr. Sp.) ruft dem Präsidenten zu: So lassen Sie doch auf! Abg. Kämpf (fr. Sp.) bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Graf Ballestrem: Wenn es nicht zu diesem Gegenstand ist, warten Sie bitte noch einen Augenblick. Wir haben noch über Einleitung und Ueberschrift dieser Denkschrift abzusprechen.

Abg. Kämpf (fr. Sp.) [zur Geschäftsordnung]: Ich habe mich zu Punkt 7 rechtzeitig gemeldet, das Wort ist mir nicht erteilt worden. (Große Unruhe links.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bedaure sehr, daß mir diese Wortmeldung nicht zur Kenntnis gebracht worden ist, sonst hätte ich Ihnen das Wort selbstverständlich erteilt. Jetzt ist es leider zu spät dazu, ich kann Ihnen das Wort nicht mehr erteilen. (Große Unruhe und große Unruhe links.)

Abg. Richter (fr. Sp.) [zur Geschäftsordnung]:

Herr Präsident, Sie würden in große Verlegenheit kommen, wenn nun künftig jeder sich persönlich bei Ihnen zum Worte melden sollte. Es ist doch vorgeschrieben, daß eine Meldung beim Schriftführer genügt. Wenn der Schriftführer Ihnen das nicht mitteilt, so kann das doch der Redner nicht entgehen. (Sehr richtig! links.)

Präs. Graf Ballestrem:

Das ist alles sehr wahr, was Herr Richter sagt, aber auch Schriftführer sind Menschen und auch ihnen kann etwas Menschliches passieren. (Weiterle.) Aber jetzt kann ich nicht mehr zu einem Gegenstand, der bereits erledigt ist, das Wort geben.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung):

Gewiß sind wir alle Menschen; aber deshalb muß es doch möglich sein, wenn bedeutsame Interessen dadurch verletzt werden, eine Nummer der Tagesordnung in Uebereinstimmung aller Mitglieder wieder aufzunehmen und demjenigen, dem sein Recht nicht geworden ist, wieder dazu zu verhelfen. (Sehr richtig! links.)

Präsident Graf Ballestrem:

Das ist gewiß möglich, und wenn Herr Richter diesen Antrag nicht gestellt hätte, so hätte ich selbst gefragt, ob sich kein Widerspruch dagegen erhebt, daß wir den Abg. Kämpf seine Bemerkungen zu Nr. 7 noch machen lassen.

Abg. Singer (Soc., zur Geschäftsordnung):

Herr Präsident, ich widerspreche selbstverständlich nicht, sondern möchte nur bitten, die ganze Diskussion zu Punkt 7 wieder zu eröffnen, damit eventuell auf die Ausführungen des Abg. Kämpf noch erwidert werden kann.

Die Diskussion über Punkt 7 der Tagesordnung wird hierauf wieder eröffnet und es erhält das Wort

Abg. Kämpf (fr. Sp.):

In der ersten Hälfte des Jahres 1903 wurde ein Betrag von 290 Millionen Prozentiger Reichsanleihe an die preussische Seehandlung und an 25 Banken und Banquiers begeben mit der Verpflichtung, den ganzen Betrag zur öffentlichen Subskription aufzulegen. Zu dieser Subskription, die am 17. April stattfand, sind statt der verlangten 290 Millionen Mark nicht weniger als 13760 Millionen gezeichnet worden. (Hört! hört!) Trotz dieser enormen Ueberzeichnung ist der Kurs der Anleihe nur unwesentlich über den Emissionskurs gestiegen und ist später sogar unter den Emissionskurs gesunken. Heute noch stellt die dreiprozentige deutsche Reichsanleihe ca. 1/2 Proz. unter dem Emissionskurs. Dieser Mißerfolg ist um so bemerkenswerter, als die deutsche Reichsanleihe eins der sichersten Papiere ist. Auch die Reichs-Schatzverwaltung hat sich mit dieser Sache beschäftigt und Beratungen mit Männern der Praxis darüber eingeleitet. Wenn das Uebel an der Wurzel angegriffen werden soll, so muß die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung der letzten zehn Jahre gründlich revidiert werden. (Sehr richtig! links.) Je weniger reich wir sind, je mehr wir angewiesen sind auf die Intelligenz und Thakraft der Bevölkerung, um so mehr muß die Gesetzgebung bemüht sein, alle Hilfskräfte des Landes zu erschöpfen und die wirtschaftliche Thätigkeit nicht zu erschweren, sondern zu erleichtern. (Sehr richtig! links.) Solche Erschwerung hat aber stattgefunden durch die Gesetzgebung der letzten zehn Jahre, durch die Börsengesetze und Börsensteuer-Gesetze (Aha! rechts! Sehr richtig! links), die in direktem Zusammenhang mit dem Sinken der Reichsanleihe stehen. (Sehr richtig! links.) Jeder, der wirtschaftliche Zusammenhänge kennt, weiß, daß die Geschäfte sich da konzentrieren, wo sie die größte Rechtssicherheit und geringste Schwierigkeit finden. Der Börsemarkt ist die natürliche Stelle für den Umsatz des mobilen Kapitals. Erschweren Sie den deutschen Börseverkehr, so wird das inländische Kapital, so weit es nicht direkt gezwungen ist, an deutschen Börsen zu bleiben, ins Ausland gehen und der internationale Verkehr meidet Deutsch-

lands Börsen. England hingegen deckt den größten Teil seiner Handelsunterbilanz durch die Vermittlung der Geschäfte der ganzen Welt. Mit der Konzentration der Geschäfte an einem Platz ist notwendig verknüpft der Zusammenfluß großer Kapitalien, und je mehr Kapitalien an einem Platz zusammenfließen, umso mehr wird das Kreditssystem des Landes gestärkt, der Kredit für Industrie, Handel und Landwirtschaft, für die Gemeinden und Bundesstaaten. Eine so starke Börse haben wir in den achtziger Jahren gehabt. Das war eine Zeit, wo die Berliner Börse die stärkste der Welt war und wo kein Geschäft so kompliziert war, daß es nicht in Berlin hätte ausgeführt werden können. Das ist durch die genannten Gesetze gestört worden. Die Börsen Deutschlands sind herabgesunken zu Lokalmärkten, die ihre wirtschaftlichen Aufgaben im Interesse des Volkes nicht erfüllen können. Sind sich Vorgänge wie die bei der Emission der letzten Reichsanleihe in einer Zeit wirtschaftlicher Krisis wiederholen, so könnte daraus ein nationales Unglück entstehen. Mit einer gründlichen Revision der Börsen-Gesetzgebung darf nicht länger gewartet werden, und ich bedaure sehr, daß unter den Drucksachen, die heute dem Reichstag zugegangen, sich noch immer nicht eine solche Vorlage befindet.

Reichs-Schatzsekretär Freiherr v. Stengel:

Ich muß zugeben, daß der Verlauf der Emission der letzten Reichsanleihe allerdings ein unerwünschter gewesen ist, wenn ich auch nicht einstimmen kann in die Kritik, wie sie besonders in den letzten Worten des Herrn Redners hervortrat. Es ist richtig, daß im Anfang eine ganz exorbitante Ueberzeichnung der Emission stattfand und daß dann ein sehr starker Kurssturz erfolgte. Persönlich trifft mich ja nicht die mindeste Verantwortung, da ich damals nicht die Leitung des Reichsschatzamt hatte, ich kann aber gerade deswegen ein freies und unbefangenes Wort hierüber sprechen. Nach meiner Ueberzeugung würde auch bei Einschlagung eines andern Verfahrens voraussichtlich das Endergebnis ein andres gewesen sein. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich zu gleicher Zeit ganz ähnliche Erscheinungen auf dem Geldmarkt anderer Staaten gezeigt haben, so bei der Kursbewegung der französischen Rente und vor allem der Transvaal-Anleihe. Bei dieser war der Kurssturz noch viel größer als bei der deutschen Reichsanleihe. Ich will nun nicht bestreiten, daß es wohl Mittel und Wege geben kann, um für die Zukunft eine bessere Kurshaltung für unsere Emission zu verhüten. Erwägungen in dieser Beziehung sind auch im Schoße der Reichsregierung bereits eingeleitet worden. Was in der Folge geschehen kann, um eine günstigere Abwicklung der Emissionsgeschäfte zu verbürgen, soll geschehen. Nur möchte ich bitten, die Erwartungen in dieser Beziehung nicht zu hoch zu spannen, um das Gesetz von Angebot und Nachfrage werden wir nie herumkommen. Das Wichtigste ist die Wahl des richtigen Zeitpunktes der Emission. In dieser Beziehung ist die Reichsregierung in keiner günstigen Lage. Wir können mit der Anleihe nicht kommen, bevor der Etat bewilligt ist, und dann — im April — ist in der Regel die günstigste Zeit für die Begebung der Anleihe bereits vorüber. Ich hoffe, auf diesen Punkt bei einer späteren Zeit zurückkommen zu können.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Niemand von uns hat wohl erwartet, daß der neue Vertreter des ersten Berliner Wahlkreises schon heute das hohe Lied von der Börse anstimmen und gegen das bestehende Börsengesetz Sturm laufen würde. Wir werden auf die Materie selbst erst bei der ja bevorstehenden Revision der Börsengesetzgebung eingehen. Die recht einseitige Darstellung des Herrn Kämpf ist ja durch die Ausführungen des Herrn Reichs-Schatzsekretärs schon richtig gestellt worden. Mit Argumenten, wie er sie vorbrachte, kann man wohl in Versammlungen von Handelskammern Eindruck machen, aber nicht im deutschen Reichstag. (Unruhe links.) Wir sind der Ansicht, daß das Börsengesetz durchaus gelegentlich gewirkt hat. (Oh! links.) Nur wo es sich um die Sicherung von Treu und Glauben handelt, werden keine Verbesserungen nötig sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Semler (nall.):

Nach meiner Meinung sind die Handelskammern gerade die richtigen Sachverständigen für die Materie der Börsengesetzgebung, hier im Reichstage habe ich oft eine ganz verkehrte Auffassung der Börse gefunden. Ich kann nur dankbar anerkennen, daß die Ausführungen des Herrn Kämpf im wesentlichen, ohne zu weit zu gehen, das richtige getroffen haben. (Bravo!)

Abg. Dove (fr. Sp.):

Schließt sich den Ausführungen des Redners an. Ich habe mich gefreut, daß selbst Herr Arendt eine Revision der Börsengesetzgebung für angebracht hält, und ich möchte die Regierung bitten, um eine prächtige Auskunft darüber zu geben, wann die Vorlage einer Börsengesetz-Reform zu erwarten ist. Eine solche Reform ist dringend notwendig, es handelt sich hier um eine Frage von nationalem Interesse.

Abg. Dr. Spahn (L.):

bestreitet, daß die nationalen Interessen und die Interessen der Börse sich immer decken. Einzelne Parteien in der Börsengesetzgebung seien gewiß zuzugeben.

Damit schließt die Diskussion. Die Denkschrift über die Anleihegesetze wird genehmigt.

Es folgt die Interpellation Teimborn (L.) betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeitskammern. Auf Anfrage des Präsidenten Graf Ballestrem erklärt

Graf Posadowsky:

Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation zu beantworten. Ich werde im Laufe der nächsten Tage dem Präsidenten mitteilen, zu welchem Termine er dazu bereit sein wird.

Präs. Graf Ballestrem:

Da die Geneigtheit des Herrn Reichskanzlers, die Interpellation zu beantworten, erklärt worden ist, die Beantwortung aber erst zu einem späteren Termine geschehen soll, so fällt für heute die Interpellation weg und wir verlassen diesen Gegenstand.

Es folgt die Interpellation Auer und Genossen (Soc.) betreffend

Maßregeln gegen die Wurmkrankheit. Sie lautet: Was denkt der Herr Reichskanzler zu thun, um die unter den Vergleuten Deutschlands stark grassierende und bereits in das Meer eingedrungene Wurmkrankheit wirksam zu bekämpfen?

Graf Posadowsky

erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort

Abg. Sasse (Soc.):

In der vorigen Session hat meine Fraktion den Antrag gestellt, Mittel zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Bekämpfung der Wurmkrankheit zur Verfügung zu stellen. Das Centrum stimmte damals sehr auffallenderweise, angeblich aus Versehen, gegen unseren Antrag. Man kann sich schwer denken, wie das Centrum ein so großes Versehen begehen kann.

Wenn unser Antrag angenommen worden wäre, so hätte die Regierung sicher mehr gegen die Wurmkrankheit gethan, als bisher geschehen ist. So aber hat die Krankheit nur immer weiter um sich gegriffen. Gegenüber den Abg. Dillä und Franken, die beide glücklicherweise nicht wiedergewählt worden sind, habe ich früher bereits darauf hingewiesen, daß aus den Anapophysitiden 200 000 R. zur Bekämpfung der Wurmkrankheit bewilligt worden sind. Von dieser Summe sind über 20 000 R. zu Barackenbauten auf den Jachten verwendet worden, ferner Summen für Fahrkosten-Erstattung, für Lohnausfall-Erstattungen usw. Es ist als ein großes Unrecht anzusehen, Mittel der

Knappschafftslassen, zu denen die Arbeiter Beiträge leisten, zu solchen Zwecken zu benutzen. Da die Wurmkrankheit eine Volkspeste ist und da sie ohne Schuld der Arbeiter in Deutschland eingeschleppt worden ist, da fernerhin nicht nur die Vergarbeiter, sondern die ganze Bevölkerung dabei in Gefahr kommt, so muß diese Seuche auf Grund des Seuchengesetzes behandelt werden, und die Reichsregierung muß Mittel zur Verfügung stellen, um der Seuche Einhalt zu thun.

Unter den Vergarbeitern ist infolge der immer schlimmer werdenden Zustände eine große Erregung entstanden. Eine Verordnung des Ober-Vergarnes zu Dortmund brachte zwar etwas strengere Vorschriften, um die Seuche einzudämmen, brachte aber auch für die Arbeiter solche Schädigungen mit sich, daß die Arbeiter es nicht mehr aushalten konnten und zum Streik greifen wollten. Bei einer Unterredung stellte sich heraus, daß manche Jochen bis zu 70 Prozent der Belegschaft verheult waren. Die Kranken mußten teils ins Krankenhaus wandern, teils konnte ihnen erst für später eine Krankenbehandlung in Aussicht gestellt werden. Denn die Krankenhäuser waren überfüllt und es waren nicht genügend Leute noch Einrichtungen vorhanden, um alle Kranken zu behandeln. Es kommt hinzu, daß das Mittel zur Ausbreitung des Wurms, ein Karrentant-Extrakt, sehr schädlich und gefährlich ist und schon verschiedene Zähmungen herbeigeführt hat. Ich habe mit meinen eigenen Augen gelähmte Leute gesehen. Die Leute müssen oft drei bis viermal ins Krankenhaus; es entzieht ihnen ein Lohnausfall von 5, 6, ja 18—18 Wochen. All das müssen sie ruhig hinnehmen, trotzdem sie die Krankheit ohne ihr Verschulden erworben haben. Selbst der „Vergarnap“, das Organ des Gewerksvereins, hat neulich wieder einen wahrscheinlich durch die Wurmkrankheit verursachten Todesfall festgestellt. Am 2. Januar d. J. begab sich ein 34-jähriger turmkranker Vergarbeiter, Vater von vier Kindern, ins evangelische Krankenhaus in Röhlsheim; er nahm den Karrentantextrakt ein und am Tage darauf erlosch sein Augenlicht. Da ist es kein Wunder, wenn viele Arbeiter lieber die Würmer behalten wollen, wobei sie doch ihre Arbeit behalten, als daß sie in das Krankenhaus gehen, um sich blind machen zu lassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Daß ein solcher Mann mit seiner Familie seit seines Lebens geschlagen ist, liegt auf der Hand. Bei den Arbeitern herrscht auch immer noch ein großes Mißtrauen gegen die Ärzte, unter denen viele noch gar nicht das richtige Verständnis für die Wurmkrankheit haben und sie sehr lax behandeln. — Bei einer Reuanlegung müssen die Leute jetzt, trotzdem sie in der Anapophysitidenklasse sind, die ärztlichen Untersuchungen aus ihrer Tasche bezahlen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese Kräfte kosten 2, 3, ja 6 Mark. So ist denn unter den Vergleuten immer mehr die Meinung durchgedrungen, daß man die Wurmkrankheit benutzen will, um die Freizügigkeit der Vergarbeiter aufzuheben. (Lachen rechts.) — Die kolossalen Kosten, welche die Knappschafftslassen bisher zur Bekämpfung der Seuche haben aufbringen müssen, müssen ihnen vom Reiche ersetzt werden. Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat anerkannt, daß das Deutsche Reich verpflichtet sei, angefaßt der Wurmkrankheit mit seinen Mitteln einzutreten. Bisher ist aber weder vom Reiche noch von Preußen irgend etwas in dieser Hinsicht geschehen. Dabei ist bekannt, daß diese gefährliche Krankheit nicht nur im Ruhrrevier, sondern auch in Oberschlesien, in Sachsen, in Nieder-sachsen, neuerdings auch in Böhmen und Steiermark aufgetreten ist. Die Verbreitungsfähigkeit dieser Krankheit wurde bereits 1896 festgestellt. Dabei ist noch heute nicht einmal die Versorgung der Vergleute mit gutem Trinkwasser durchgeführt. Vielfach müssen sie, um ihren Durst zu löschen, das Verriegelungswasser trinken. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das sind Zustände, die die Vergbehörde gar nicht mehr verantworten kann. Der Vergarbeiter-Verband hat sich alle Mühe gegeben, die Arbeiter über die Gefahren der Krankheit aufzuklären, wir haben Ärzte in den Organisationsstellen sprechen lassen. Als aber dann natürlich in der Diskussion von den Arbeitern auch die Mißstände in den Gruben zur Sprache gebracht wurden, verboten die Jagdenbesitzer den Anapophysitiden, weiterhin Vorträge über die Wurmkrankheit vor den Arbeitern zu halten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In Nieder-sachsen gab der Oberarzt Dr. Müller ein Flugblatt heraus, worin er darauf hinwies, daß die Vergarbeiter das Brot nicht mit schmutzigen Fingern anfassen sollen, weil dadurch die Larven in die Eingeweide kommen könnten. In der That aber ist es den dortigen Arbeitern ganz unmöglich, dieser Anordnung des Arztes Folge zu leisten, sie haben eine ununterbrochene Arbeitszeit von 12 Stunden und bekommen keine Brotpause, geschweige denn eine Pause, um ihre Finger waschen zu können. Auch die Heeresverwaltung thut nichts in der Sache. Vielfach ist es vorgekommen, daß vom Militär als gesund entlassene Vergarbeiter bei der Anlegung mit Wurmkrankheit behaftet gefunden wurden. Die Militärbehörde lehnte es aber ab, ihnen irgend eine Krankenunterstützung zu zahlen. Bisher hat das Reich noch nicht einmal etwas dazu gethan, damit die Ärzte genügend ausgebildet werden zur Bekämpfung der Krankheit. In einem Privatintimit, das einen Kurzus über die Wurmkrankheit für Ärzte einrichtete, meldeten sich 35, es konnten aber nur 12 untergebracht werden. Nichts ist geschehen, um die aus Italien einwandernden Arbeiter zu untersuchen. Die fremden Dänen werden untersucht, die Arbeiter aber, die mit der Wurmkrankheit behaftet, aus andern Ländern kommen, werden einfach eingestell und stehen ihre Mitarbeiter an.

Nun geht durch die Zeitungen die Mitteilung, daß die Wurmkrankheit stark im Verschwinden begriffen ist. Das Organ der Knappschaffts-Verusgenossenschaft „Der Kompaß“ brachte vor kurzem eine Notiz, die geradezu gemeingefährlich bezeichnet werden muß, wonach die Krankheit im Ruhrrevier so gut wie erloschen wäre. Thatsächlich sind noch Hunderte und Tausende von Vergarbeitern mit Wurmkrankheit behaftet. Die Hauptsache ist, daß das Reich den Jochen ein wirksames Desinfektionsmittel zur Verfügung stellt und daß ein Institut geschaffen wird, um die Ärzte auszubilden. Die Verriegelung, die manche Jagdenbesitzer gerne los sein möchten, darf unter keinen Umständen aufhören; nur durch sie können die schlagenden Wetter verhütet werden. Ich hoffe, daß die Regierung energische Maßregeln ergreift, damit unter den Vergarbeitern und auch in der allgemeinen Bevölkerung eine gewisse Veruhigung eintritt. (Beifälliger Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wurmkrankheit unter den Vergarbeitern einen so ernsten Charakter angenommen hat, daß Wissenschaft und Technik unabweislich verpflichtet sind, dafür zu sorgen, daß alles geschieht, was zur Bekämpfung dieser Krankheit nützlich und notwendig ist, und daß namentlich Fiskus und Private keine Opfer scheuen dürfen um alle Maßregeln zu ergreifen, die Wissenschaft und Technik für notwendig halten. Es wird Ihnen interessant sein, zu erfahren, wie sich die Verhältnisse in den nichtpreussischen Staaten gestaltet haben; der Herr Handelsminister wird dann über die Verhältnisse in Preußen nähere Mitteilungen machen. In Bayern sind zwei Fälle von Wurmkrankheit in der Pfalz konstatiert worden. Daraufhin ist die Beschäftigung turmkranker Arbeiter unter Tage untersagt, und eine ärztliche Untersuchung der seit 1902 von auswärts zugezogenen Vergarbeiter angeordnet worden. Kein Anzeichen werden vor der Annahme ärztlich untersucht und dürfen, falls Verbaht der Wurmkrankheit besteht, in Vergwerken nicht beschäftigt werden. In Sachsen sind bisher vier Fälle von Wurmkrankheit ermittelt, alle betreffen Arbeiter, die vorher in den rheinisch-westfälischen Gruben gearbeitet hatten. Eingehende Ermittlungen zur Bekämpfung der Seuche sind angeordnet. Alle Vergarbeiter, welche seit 1901 aus verdächtigen Revieren zugezogen sind, müssen untersucht werden.

Die Mitarbeiter der Erkrankten sowie die mit dem Heimigen der Abortübel betrauten Personen wurden untersucht, aber gesund be-

hunden. Arbeiter, welche nach 1900 in den rheinisch-westfälischen Gruben beschäftigt gewesen sind, dürfen ohne ärztliches Zeugnis in den sächsischen Bergwerken nicht angelegt werden. Auch in Elsaß-Lothringen sind neuerdings und zwar ausschließlich bei neu aus Westfalen zugezogenen Bergarbeitern wieder Fälle von Wurmkrankheit festgestellt worden. Auch hier sind bergpolizeiliche Vorbeugungsregeln getroffen. Aus den übrigen in Betracht kommenden Staaten sind keine Fälle von Wurmkrankheit gemeldet worden. Der Herr Kriegsminister hat mir in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Militärärzte auf die Wurmkrankheit aufmerksam gemacht worden sind. Bisher sind 40 Fälle von Wurmkrankheit in der Armee gemeldet worden, 30 der Erkrankten stammen aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Sechs der Erkrankten mußten wegen hochgradiger Blutarmit entlassen werden. Bei 28 nach Ablegung ihrer zweijährigen Dienstzeit als gesund Entlassenen wurde gelegentlich ihrer Untersuchung durch Anaptychosis-Merke der Nachweis von Wurmeiern erbracht. Diese waren nicht wurmkrank, sondern sonst ganz gesunde Leute von meist blühender Gesichtsfarbe, sogenannte Wurmträger. Daß in der Armee oder durch die Armee in der Zivilbevölkerung die Wurmkrankheit verbreitet werden kann, ist nicht zu bezweifeln. Denn eine Ansteckung von Person zu Person ist nach den bisherigen wissenschaftlichen Feststellungen ausgeschlossen. Die über Tage abgeführten Wurmier gelangen nicht zur Entwicklung.

Der Herr Reichsminister hat verlangt, daß die ganze Bekämpfung der Wurmkrankheit in die Hände des Reiches gelegt werde. Das ist nicht notwendig und auch nicht ausführbar. Nicht notwendig, weil die Einzelstaaten vollkommen im Besitz des ärztlichen Materials wie der wissenschaftlichen Institute sind, und nicht ausführbar, weil die Bergwerke nicht in den Händen des Reiches, sondern der Einzelstaaten liegt. Aus den Mitteilungen, die ich Ihnen gemacht habe, geht hervor, daß die Einzelstaaten außerhalb Preußens alles thun, was zur Bekämpfung der Seuche notwendig ist.

Der Herr Reichsminister hat weiter behauptet, daß die Wurmkrankheit benutzt wird, um die Freizügigkeit der Arbeiter zu beschränken. Eine solche die Ehre der beteiligten Regierungen so schwer verletzende Behauptung dürfte nicht ohne einen schlüssigen Beweis aufgestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Handlung von Seiten einer Reg. würde von ganz christlicher Gesinnung zeugen, bisher ist aber nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht worden. Wenn man dazu beitragen will, die Erzeugung unter den Bergleuten zu mildern, darf man eine solche Behauptung nicht aufstellen ohne einen positiven, klaren, bündigen Beweis.

Preussischer Handelsminister Müller: Wenn irgend eine Angelegenheit zu wissenschaftlicher Behandlung ungeeignet ist, so ist es diese. Ich erlaube mir nochmals dankbar an, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ namentlich zu Anfang viel dazu beigetragen hat, den Arbeitern die Gefahren der Wurmkrankheit vor Augen zu führen und sie zur Reinhaltung anzuhalten. Die Aufrechterhaltung und Durchführung der Reinhaltungsmaßregeln ist der Hauptpunkt bei der Bekämpfung der Seuche. Ich werde mich darauf beschränken, das, was in Preußen zur Bekämpfung der Wurmkrankheit geschehen ist, anzuführen. Man muß sich seitens der Behörden eine Krankheit mit solcher Energie bekämpft werden. Die Krankheit ist nicht so neu, wie es manche Äußerungen der Presse vermuten lassen könnten. Ursprünglich ist die Wurmkrankheit wohl nur in der Tropen zu Hause. Möglicherweise, aber nicht wahrscheinlichweise haben italienische Arbeiter, die überall in der Welt umherreisen, um Arbeit zu suchen, die Seuche aus den tropischen Ländern zu uns gebracht. Sie muß schon früher nicht nur in Deutschland, sondern vor allen Dingen in belgischen Gruben vorhanden gewesen sein. Die ersten bemerkenswerten Spuren traten bei uns zu Anfang der 90er Jahre in der Erscheinung. Man hat die Sache alsbald aufmerksam verfolgt; besonders Prof. Löffler hat die Krankheitserscheinungen untersucht. Man untersuchte aber damals nur die anatomisch anscheinenden Arbeiter und schloß daraus irrtümlicherweise auf eine sehr geringe Zahl von Wurmkranken. Im Jahre 1895 erklärte Prof. Löffler die ernsteste Gefahr der Arbeiter über den Charakter der Krankheit, ferner eine Kontrolle der Kranken und Reinhaltungsmaßregeln, insbesondere die Anlage von Aborten im Innern der Gruben für notwendig. Diese Anregungen des Prof. Löffler sind 1896 die Ursache zu entsprechenden Verordnungen des Ober-Bergamtes gewesen. Man ist allerdings in der ersten Zeit nicht mit dem vollen Ernst an die Sache herangegangen, wie man es heute thun würde. Es liegt eben in der menschlichen Natur, daß man an die Dinge erst herantritt, nachdem man die volle Gefahr erkannt hat. Aber die volle Gefahr wurde damals noch nicht erkannt. 1900 ist man wieder zu einer Verschärfung der bergpolizeilichen Bestimmungen geschritten und hat insbesondere die Padeceintrichtungen einer scharfen Untersuchung unterzogen. Trotzdem zeigte sich bis 1902 wieder eine erschreckende Zunahme der Wurmkrankheit, so daß von neuem in noch härterer Weise auf die Durchführung der polizeilichen Vorschriften gedrungen wurde. 1903 wurde ermittelt, daß zwar die Seuche wiederum zugenommen habe, daß aber die Mehrzahl der Wurmträger nur wurmbefallener, aber nicht wurmkrank waren, das heißt sie waren äußerlich vollständig wohl, bildeten aber nichtsdessenungeachtet eine Gefahr für ihre Mitarbeiter. Im Jahre 1902 wurde ferner nicht nur von Seiten der Behörden, sondern auch von Seiten des Anaptychosis-Vereins ein Ausschuss eingesetzt zur Bekämpfung der Wurmkrankheit. Die Anregungen im Reichstage haben gewiß auch dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Mängel zu lenken, aber ich muß es doch für die Behörden in Anspruch nehmen, daß sie auch ihrerseits den Verlauf der Seuche mit voller Aufmerksamkeit verfolgt haben. Zu Beginn des Jahres 1903, nach den Verhandlungen hier im Reichstage, wurde eine Konferenz vom Handelsministerium einberufen; das Ergebnis der Verhandlungen dieser Konferenz habe ich der Öffentlichkeit sofort übergeben. Es wurde eine ärztliche Untersuchung eines bestimmten Prozentsatzes der Arbeiter angeordnet — zweifellos eine harte Maßnahme, die aber notwendig war, um die Verbreitung der Krankheit sicher festzustellen. Unter 63000 untersuchten Arbeitern wurden 12100 oder 19,3 Prozent als wurmkrank befunden. Nach der ersten Behandlung dieser Kranken sank der Prozentsatz der Wurmkranken auf 7,6 Proz.; das heißt 60 Proz. der Kranken gelang es uns zu eliminieren. (Die folgenden Ausführungen des Ministers, die mit sehr leiser Stimme gemacht werden, bleiben im Zusammenhange auf der Tribüne verständlich.) Mit Sicherheit aber kann ich das eine feststellen: Die große Gefahr ist überwunden. Wenn wir nicht eingeschritten wären, was nicht nur den Grubenbesitzern, sondern auch den Arbeitern teilweise unangenehm war, so bestand die große Gefahr, daß in einem Jahre alles verheert wäre. Diese Gefahr ist jetzt beseitigt, aber auch jetzt noch besteht die Gefahr, daß durch die schon Versuchten die Krankheit weiter verbreitet wird. Deshalb dürfen diese nach unseren polizeilichen Bestimmungen nicht neu eingestellt werden und der Abgeordnete Sachse wird mir zugeben, daß diese Bestimmungen abhört notwendig waren. Immerhin wird es noch mehrere Jahre bis zur Heilung der Seuche dauern. Was die ungenutzten Mittel anbetrifft, so ist es unmöglich, die ganzen Gruben zu desinfizieren, denn die Strecke einer einzigen großen Zeche hat 182 Kilometer. Nebenbestreitet die Angabe des Abgeordneten Sachse über die Ansteckungsgefahr, die Behandlung und Heilung der Krankheit. Er führt durch zahlreiche statistische Angaben die Heilerfolge als günstig darzustellen. (Die Abg. Hüb und Sachse, die unmittelbar vor dem Redner stehen, widersprechen wiederholt und erwidern sich mit seinen Erwidern ausschließlich an sie.) Die Absicht, die Freizügigkeit zu beschränken, liegt uns gewiß völlig fern, aber die indirekte Erziehung des Bedarfs der Arbeiter ist nicht zu leugnen, das läßt sich einmal nicht ändern. Die fremden Arbeiter, von denen die Gefahr der Einschleppung in die anderen vorläufig ziemlich freien Bezirke droht, sollen ja auch nach den Wünschen des Abg. Sachse genau untersucht werden. Die Regierung wird sich auch weiterhin bemühen, ihre Möglichkeiten zur Bekämpfung der Seuche zu thun. Ich bitte Sie (zu den Abgeordneten Sachse und Hüb) nur, ungerechte Vorwürfe zu unterlassen. Sie werden damit den Arbeitern einen erheblichen Dienst leisten. Auch im Auslande ist unser Vorgehen überall

als ungemein kräftig anerkannt worden. Wir hoffen, die Krankheit bald wieder auf den kleinen Fied zu beschränken, den sie vor sechs Jahren hatte.

Auf Antrag des Abg. Singer beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation und vertagt sich sodann auf Mittwoch 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Interpellation betreffend die Wurmkrankheit und die weiteren Interpellationen.

Aus Industrie und Handel.

Die Gründungstätigkeit im Jahre 1903.

Mit der Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur im letzten Jahre hat sich zugleich auch die Gründungstätigkeit wieder etwas gehoben; allerdings vorläufig nur in bescheidenem Maße und nur so weit die Gesamt-Kapitalsumme in Betracht kommt; die Anzahl der Gründungen ist noch um drei hinter die des Jahres 1902 zurückgeblieben. Nach einer Zusammenstellung des „Deutschen Volkswirtschaftlers“ sind nämlich im letzten Jahre 81 neue Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 300 Millionen Mark gegründet worden, gegen 87 Gesellschaften mit 118 Millionen Mark Kapital im Jahre 1902, 158 Gesellschaften mit 153 Millionen Mark im Jahre 1901 und 261 Gesellschaften mit 340 Millionen Mark im Jahre 1900, in dem bekanntlich die Wirtschaftskrise einsetzte. Das vorausgehende Jahr, das letzte der Aufschwungsperiode, hatte 304 Gründungen mit einem Kapital von 544 Millionen Mark. An diesen Gründungen waren beteiligt:

	1901		1902		1903	
	Anzahl	Kapital 1000 M.	Anzahl	Kapital 1000 M.	Anzahl	Kapital 1000 M.
Landwirtschaft, Viehzucht . . .	2	7 000	—	—	—	—
Bergbau, Hütten, Salinen . . .	1	11 300	2	7 900	4	36 300
Industrie der Steine und Erden	17	13 998	14	7 793	7	3 610
Metallverarbeitung, Maschinenbau	19	19 010	6	12 235	11	182 650
Chemische Industrie, Heiz- und Leuchtstoffe . . .	11	4 355	6	18 614	8	7 155
Elektrizitäts-Gesellschaften . . .	10	6 450	10	13 690	3	6 120
Textilindustrie . . .	5	15 270	3	9 075	3	8 000
Papier-, Leder-, Holz- und Schnitzstoffe . . .	7	4 810	4	1 941	3	1 820
Nahrungsg. u. Mittel . . .	23	17 643	11	19 985	8	10 550
Darunter:						
Brauereien . . .	13	10 253	6	2 493	8	10 550
Sonstige Nahrungsg. und Genussmittel . . .	10	7 390	5	17 490	—	—
Baugewerbe . . .	9	7 096	7	6 701	8	15 250
Poligraphische Gewerbe . . .	1	100	3	780	3	420
Banken . . .	6	12 600	2	2 200	4	2 300
Versicherungs-Gesellschaften . . .	2	1 700	—	—	1	3 000
Eisenbahnen . . .	3	15 754	2	1 800	—	—
Sonstige Transportanstalten . . .	9	17 065	8	8 113	5	9 446
Seefahrt und Erziehung . . .	2	470	1	100	2	1 100
Diverse . . .	12	4 296	8	7 500	14	12 315
	158	158 257	87	118 429	84	900 096

Eine Vergleichung der Gründungen während der letzten beiden Jahrzehnte ergibt folgende Schwankungen, in denen deutlich die Perioden des wirtschaftlichen Aufschwunges und Niederganges zum Ausdruck kommen:

Jahr	Zahl der gegründeten Gesellschaften	Aktien-Kapital insgesamt Millionen Mark	durchschnittlich auf jede Gesellschaft.
1903	81	300,04	3,67
1902	87	118,43	1,36
1901	158	158,25	1,02
1900	261	340,40	1,30
1899	304	544,39	1,80
1898	329	463,62	1,40
1897	254	380,47	1,50
1896	182	268,58	1,48
1895	161	250,68	1,56
1894	92	88,26	0,96
1893	95	77,26	0,81
1892	127	79,82	0,63
1891	100	90,24	0,90
1890	236	270,99	1,16
1889	300	402,54	1,34
1888	184	193,68	1,05
1887	168	128,41	0,76
1886	113	103,04	0,91
1885	70	53,47	0,76
1884	153	111,24	0,73

Der erheblich größere durchschnittliche Kapitalbetrag, der im Jahre 1903 auf die einzelne Gründung entfällt, erklärt sich daraus, daß im Juli d. J. das Krupp'sche Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, die bekanntlich allein ein Kapital von 100 Millionen Mark repräsentiert.

Veranschlagt man ferner bei Vergleichung der obigen Zahlen werden, daß seit einer Reihe von Jahren die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung immer mehr Anklang gefunden hat, und zweifellos eine große Anzahl von Unternehmungen, die früher als Aktiengesellschaften gegründet worden wären, jetzt als Gesellschaften m. b. H. ins Leben getreten sind. Es ist nötig, sich dies zu vergegenwärtigen, um nicht zu falschen Schlüssen zu gelangen.

Die Konkurrenz der Münchener-Glabacher-Maschinen gegen die Grimmitzhauser Baumwollspinnereien. Während im politischen Teil der großen Unternehmerrichter bestritten wird, daß in einzelnen rheinischen Revieren, vornehmlich im Münchener-Glabacher Bezirk, den Grimmitzhauser Spinnereien eine gefährliche Konkurrenz entstanden ist, die sich mehr und mehr ausdehnt, wird in den Berichten des Handelsministeriums über die Lage der rheinischen Textilindustrie die Verdrängung der Grimmitzhauser Industriellen aus ihren bisherigen Absatzgebieten ziemlich offen eingestanden, wenn auch mit allerlei „Wem“ und „Aber“. Selbst das völlig im trüben Fahrwasser des Centralverbandes deutscher Industrieller segelnde Offener Wochenblatt, die christliche „Athen-Welt“, geht in einem Situationsbericht aus München-Glabach zu, daß die dortigen Zwillings-Spinnereien ihre Betriebe ausdehnen und die niederrheinischen Webereien eine eigene Zwillings-Spinnerei für ihren Bedarf zu errichten beabsichtigen.

„In den Baumwollspinnereien gingen in letzter Zeit“, heißt es in dem Bericht, „nur wenig neue Aufträge ein. Die meisten Garnverbraucher haben sich eben auf längere Zeit hinaus gedreht. Die Angebote von andern, die jetzt größere Bestellungen machen möchten, werden vielfach von den Spinnern nicht angenommen, weil dieselben die Preise zu niedrig sind. Dagegen wurde auf bestehende Kontrakte sehr gut abgerufen, so daß die Beschäftigung andauernd flott ist. Die Zwillings-Spinnereien in Westdeutschland hatten infolge des Grimmitzhauser Streiks andauernd stark zu thun; auch die Preise gingen weiter in die Höhe. Die jüngst veröffentlichen Meldungen von Berliner Blättern, wonach niederrheinische Webereien infolge der Vorgänge in Grimmitzhausen in größerem Umfange dazu übergingen, eigene Zwillings-Spinnereien zu errichten, sind jedoch zum mindesten übertrieben. Einige bestehende Zwillings-Spinnereien sind oder sollen etwas vergrößert werden, und vielleicht wird auch ein neues Etablissement dieser Branche errichtet. Das ist jedoch vorläufig alles, was in dieser Hinsicht am Niederrhein geschehen ist.“

Das ist „vorläufig“ alles, was am Niederrhein geschehen ist. Aber im Verein mit den an andern Plätzen vorgenommenen Erweiterungen genügt das auch völlig, um den früher von Grimmitzhausen ausgedachten Bedarf zu befriedigen und den dortigen Spinnereien, wenn sie später wieder als Konkurrenten auf dem Markt erscheinen sollten, schwere Verlegenheiten zu bereiten, oder denn vielleicht das ehrenrührige Bedenken, daß die niederrheinischen Spinnereien, sobald die Grimmitzhauser Fabriken wieder auf dem Plan erscheinen, diesen selbstlos das Feld überlassen und ihre neu angeschafften Maschinen stilllegen werden?

Vom Frachtenmarkt. Die Lage der Frachtdiffäz, die schon kürzlich in den Berichten der Handelskammern von Hamburg und Bremen als eine sehr mißliche bezeichnet wurde, scheint sich noch mehr zu verschlechtern. Wie die „Neue Hamburgische Börsen-Halle“ mitteilt, wurden die Frachten von den deutschen Häfen und von Antwerpen nach Australien bis zu 10 Schilling per Tonne ernählig im Hinblick auf die unter den englischen Reedereien zur Zeit herrschende Konkurrenz, die bereits zu einer Herabsetzung der Raten von englischen Häfen nach Australien geführt hat.

Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Auch im letzten Monat des Jahres 1903 hielt, nach dem Bericht der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, die Besserung des Beschäftigungsgrades an, die seit Jahresbeginn von Monat zu Monat auf dem Arbeitsmarkt beobachtet werden konnte. In dem Verbands deutscher Arbeitsnachweise, dessen Mitglieder allmonatlich an das Verbandsorgan, den „Arbeitsmarkt“, berichten, kamen im Dezember auf je 100 offene Stellen 163,9 Arbeitsuchende gegen 198,7 im Jahre 1902. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage erscheint noch günstiger, wenn man den männlichen Arbeitsmarkt ausschließlich betrachtet. Hier ging das Angebot von 273,8 im Jahre 1902 auf 215,2 zurück, während auf dem weiblichen Arbeitsmarkt eine kleine Zunahme des Andranges festgestellt hat, und zwar von 83,2 auf 86,0.

Redt günstig wurde der Beschäftigungsgrad durch den lebhaften Verkauf des Weihnachtsgefäßes beeinflusst. In den Großstädten verzeichneten nicht nur die großen Warenhäuser und Bazare wieder größere Umsätze, als in den Jahren seit 1900, auch die kleinen Laden- und Spezialgeschäfte bildeten diesmal zufriedener auf ihren Abschluß zurück.

Eine Besserung des Arbeitsmarktes ist zweifellos im Jahre 1903 eingetreten; ob aber die Lage tatsächlich zur Zeit so viel günstiger ist, wie das obige Zahlenverhältnis anzeigt, erscheint recht fraglich; die Angaben der Arbeitsnachweise reichen zur Beurteilung der Situation keineswegs aus.

Goldausbeute Transvaals. Nach den Meldungen aus Johannesburg betrug die Ausbeute der in der Minenkammer verarbeiteten Rinen im Monat Dezember 278 710 Unzen Gold im Wert von 1 183 887 Pfund Sterling. Für das ganze vergangene Jahr stellt sich somit die Produktion auf 2 963 719 Unzen gegen 1 704 419 Unzen im Jahre 1902 und 238 991 Unzen im Jahre 1901. Die hohe Ausbeute vor dem südafrikanischen Kriege ist damit allerdings noch immer nicht erreicht, denn in 1899 betrug die Produktion 4 069 166 Unzen, obgleich die letzten drei Monate dieses Jahres, nach Ausbruch der Feindseligkeiten, nur 135 356 Unzen ergaben.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau **Wilhelmine Hessberg** geb. Latarius am 11. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, nach langen schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofs, Kirchstraße, aus statt. Dies geht hierüber an **Karl Hessberg und Geschwister.**

Socialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der Stellmacher **Fritz Jack** am 4. Januar 1904 verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Verband der Sattler (Ortsverwaltung Berlin).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege **Wilhelm Bressgott** (Berthold Pitter) am Sonntag, den 10. Januar, verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Höben-Schönhausen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 1565 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr entfiel sanft nach langem Leiden im 56. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Klassenbeamte **Gustav Wolf.** Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an 923b **Helene Wolf, geb. Wolf, Marie Kryska, geb. Wolf.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der hl. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf aus statt.

Am 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr, entfiel sanft nach langem Leiden unser lieber Sohn und guter Bruder **Alfred Moebius** im 22. Lebensjahre. Dies zeigt hierüber an **Leberoch Moebius und Frau Auguste geb. Schröder nebst Kindern.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kamerad **August Sube**, gen. Neumann am 9. d. Mts. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle Markstraße in Schöneberg aus statt. 257/1 Der Vorstand.

Dankjagung.
Für die rege Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Mannes **Oskar Kinne** sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Vereinigung der Maler meinen aufrichtigsten Dank. Bitte **Marie Kinne geb. Mierke** nebst Töchtern. 653b

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands. (Eingeschr. Hilfskasse No. 2.)
Verwaltungsstelle Schöneberg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kamerad, der Zimmerer **August Sube** genannt Neumann am 9. d. Mts. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle Markstraße zu Schöneberg aus statt. 259/1 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Wilhelm Singert** sage ich allen Kollegen und Freunden sowie dem Kameraden „Zwillingshaken“ und dem Sängerkorps von Herrn Oskar Gehrig meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe **Auguste Singert.**
Allen lieben Freunden und Bekannten, dem Holzarbeiterverband, den Sängern und den früheren Mitarbeitern sowie Herrn Kuhn und seinen Gästen für die innige Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Wilhelm Kunze** sagen wir herzlichsten Dank. Die trauernden Söhne.
Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 141/10* 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Für Schreiner!
10 Hobelbänke mit Holz-drehbänke u. c., alles fast neu, billig abzugeben. Beschäftigung u. Beschäft.: **Greifswalderstr. 140/41,** Gebäude 12. Vormittags 9-12 Uhr. Telefon VII. 1036. 5071

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 13. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Wann wir altern. Die Romanischen.
Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches Hofe Opern.
Berliner. Götter und Göttergötter.
Leffing. Kaiserreich.
Deutsches. Die Räder.
Neues. Der Strom.
Städtens. Der kausche Casimir.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater): Ein Sonnenstrahl. Ein Duell.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater): Der Compagnon.
Lilien. Der Verschwendender.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Madame X.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiß. Die Rent von Oberammergau.
Nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Casino. Die einst im Mai. Die Wenzel.
Apollo. Frühlingluft. Bitten nach dem Volle. Specialitäten.
Winter-Garten. Otero. Otto Reutter. Specialitäten.
Vahage-Theater. Entführung. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Gebr. Herrnsfeld. Bana Nona.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Der Erdball als Träger des Lebens.
Um 4 Uhr im Theater: An den Seen Oberitaliens. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Vorher: Der Kammermägen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten von Maurice Strakosky. Musik von Franz Schalk.
Morgen und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.
Sonabendnachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Der geliebteste Vater.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Verschwendender.
Donnerstag: Romeo und Julia.
Freitag zum erstenmal: Der Sohn der Wilhelmine.
Sonabend: Der Goldschmied.
Sonntagnachm.: Der Altendäcker.
Abends: Der Sohn der Wilhelmine.
Montag: Der Goldschmied.

Residenz-Theater
Direktion G. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Zum 300. Mal:
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Elektra.

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Frühlingluft
mit dem reizenden Ballett **Blütenhochzeit.**
9 1/2. Sensationelle Specialitäten u. Messiers Kosmograph u. Biophon.
Sonntagnachm. 3 Uhr, kleine Preise: **Gesindeball.** Gesangs-burleske von L. Herrmann, und die sensationellen Specialitäten.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Verschwendender.
Große Randersbohe von J. Rahmnd. Azur (ein Weiser): Dir. Rob. Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Vorstellung.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Ein Duell.**
Schauspiel in 3 Akten v. Franz Schalk.
Vorher: **Ein Sonnenstrahl.**
Schauspiel in 1 Akt von Robert Bach.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.
Freitagabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 440.
Direktion Jean Kren
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Theischer in der Weltrolle.
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Schauspiel in 4 Akten v. Ad. L'Arronge
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Uriel Acosta.**

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 78. Amt VI 283.
Direktion Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Aufführung: Pöffe in 4 Akten.
Sonntagnachm. 3 Uhr bei H. Breiten:
Ein toller Einfall.

Cirkus Schumann.
Immer das Neueste - Immer das Original!
Dellmung 6 Meter.
Die offene Loop.
Creator Mr. Anellotti.
Herr Jul. Seesh mit 25 Löwen.
Dressierte Tiere des Clowns Gontard.
Babel. Große Wandlung durch acht Jahrtausende.

Urania.
Taubenstr. 40/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
An den Seen Oberitaliens.
Invaiden- str. 57/62.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Anfang 8 Uhr! Köpnickstr. 67.
Zum GASTSPIEL AD. PHILIPP Ueber'n großen Teich.
138. GROSSEN TEICH.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! Die phänomenale **Herkules Brüder**
10 und 11 Jahre alt, 225 resp. 236 Pfund schwer.
Athleten. Sänger. Musikvirtuosen!
Der Indianer-Riese **Blanko Karoo.**

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.
Heute und folgende Tage die interessante **Herrnsfeld-Novität: Nur eine Nacht.**
Zwei Akte aus einer Ehe mit den Autoren in den Hauptrollen. Jerner:
Das neue Künstlerprogramm.
Hanny Luxa. X. Longonelli. Ferry u. Perry. Martin Bendix.
Billetterverf. lögl. 11-2 mittags.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung
Lepziger-STRASSE 19
Taglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Amt 8. Sonnt. 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: **Die Wenzel** und das brillante Januar-Programm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der ver-tauschte Sohn.

Metropol-Theater
Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Oranien-Thor
Täglich 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Steidl-Theater
Steidl-Sänger.
Neues grossartiges Programm.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-tags 5 Uhr. Anfang der Abend-vorstellung 8 Uhr.
Enthauptung
einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schlager:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 13. Januar 1904:
Forbererbaum und Bettelstab.
Schauspiel in drei Akten und einem Nachtspiel von Karl v. Noll.
Anfang 8 Uhr.
Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr: Einmalige Solice des weltbekanntesten Zauberfunkelns **Rössner** mit seinen grossartigen Neuheiten.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Strasse 132.
Mittwochnachm. 4 Uhr: Schiller-Vorstellung: **Wilhelm Tell.**
Abends 8 Uhr: Götterspiel des Oberbayerischen Sauer-Theaters. Die Rent von Oberammergau. Oberbayerisches Volkstheater mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. Ehr. Hüggen.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Foen-Palast.
Heute und folgende Tage:
8 1/2 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.
8 1/2 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.
Schauspiel mit Gesang in 9 Bildern von Rudolf. Musik von Corradini.
Duisenon, Stadio: Dir. R. Winkler.
Freitag, den 15. Januar, ab. 8 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten von Hauptst. **Klein-Zhannuieren.**
The Rasing Brothers.
Die Todesfahrt im Hexenkessel.
3 Brothers Rehm.
Wunderlicher Centric-Balance-Act.

Fröbel's Allerlei-Theater
fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 149.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Mittwoch, den 13. Januar:
3. Gastspiel des Igl. Hofkapellmeisters **Emil Richard**
mit seinem erstklassigen Schauspiel-Ensemble.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 40 Pf.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 13. Januar er., abends 7 1/2 Uhr:
Zum 21. Mal:
Aus den Alpen.
Zum 1. Mal:
Der Todessprung mit dem Automobil.
Mr. Richard Sawde
mit seiner berühmten **Tiger-, Löwen- und Bären-Dressur.**
Die berühmten Zebra-Dressuren des Herrn Schumann. Herr Burkhardt-Footitt, Schulfreier, Robemobile de Holstein, Schulfreierin.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
Harry Rochez Hundedressur.
Wood u. Bates Amerik. Excentric.
Lorraine's Lebende Bilden.
Die beiden Freydes Gymnastiker.
Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützin.
Moers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otero Spanische Tänzerin
in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thoreson Komischer Hypnotiseur.
„Karnavalgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Sanssouci.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Neu! Grünbergs: Neu! Geh'n Sie mit nach's Bierhaus?
Nach jeder Solice: **Tanzkränzchen.**
Jeden Dienstag: **Theater-Abend.**

Germania-Prachtsäle
Charlottenstr. 103. Arnold Scholz.
Jeden Sonntag:
Hamburgr Sänger
(Stiel, Wolff)
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sorgungsfreie gelte.

Etablissement Suggenhagen
Moritzplatz.
Am Kaiserfaal: **Künstler-Ensemble „Nordsterne“**
unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.
Kahnenstr. 5 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
An den unteren Gassen: **Görlich-Konzert und Rockieriek.**

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72. Ede Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli. X. Geschwister Banola. The Teklys usw.
Ein praktisches Geschenk.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: **Tanz.**

Ost-Casino
Inh. Carl Pirnan.
106, Frankfurter Allee 106.
Empfehle meine Säle für Festlich-keiten unter günstigen Bedingungen.
Im Restaurant täglich:
Grosses Künstler-Konzert.
Familien-Verkehr.
Gemälde-Auktion
Unter den Linden 58 part. in **Eduard Guttmanns Kunst-Salon.**
Morgen Donnerstag, d. 14. d. M., und übermorgen Freitag, den 15. d. M. jedesmal vormittags von 11-2 Uhr: **Fortsetzung der Schluss-Auktion**
über 127 Stück Gemälde wegen vollständiger Geschäfts-Auflösung.
Verst. **Sig. Joseph, Kaiserstr. 38.**
Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut, Haar und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 14. Januar 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
bei **Huberland, Wilhelmstr. 38**
in **Friedrichsfelde.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht. 2. Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes.
Sämtliche Kollegen, die in Berlin arbeiten und in Neu-Siedlung und Friedrichsfelde wohnen, sind hierzu eingeladen. 77/12

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.
Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903 und Jahresberichte des Vorstandes und Kassierers. 2. Neuwahl der gesamten örtlichen Verwaltung. 3. Wahl der Delegierten zur Generalkonferenz. 4. Generalkonferenz und Verschiedenes. - **Wichtiges Buch legitimiert!**
Werde Kollegen! Die außerordentlich wichtige Tagesordnung muß es jedem Kollegen zur Pflicht machen, die Versammlung zu besuchen sowie für recht fröhlichen Besuch zu agitieren. Es erwartet deshalb recht guten Besuch mit vollständigem Geiz.
Achtung!!!
Unser Bureau, welches sich mit Einarbeiten von Rechten in Dänemark und Schweden befaßt, fragt, ob Sie eine Reiche, eine Verbesserung, eine gute Idee od. Ähn. haben, gleichgültig von welcher Art und nach Ihrer Meinung u. pratt. Wert; schreiben Sie uns denn u. teilen uns kurz mit, worin es besteht; wir wollen Ihnen dann prompt mitteilen, ob wir dieselbe brauchen können und was wir dafür bieten können. Geschäftsprinzip: Reelle Befriedigung und strenge Diskretion.
Oscar Madsen & Co., Compagnistrade 23, Kopenhagen, Dänemark.
NB. 3 in Beispiel suchen wir Erzeugt über Herstellung von J. Seiffen, Buchstaben (auf der Unterseite Gläser anzubringen), von Fabrikation von Emaillefabrik, künstlichem Granit u. Marmor usw. 3788L.

Orts-Krankenkasse
für das Gewerbe der **Tischler- u. Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.**
Wir machen hierdurch bekannt, daß die von der General-Versammlung vom 3. September 1903 beschlossene erste Wänderung des Statuts zum Statut, betreffend die Verhaltungs-maßregeln für exaktuelle Mitglieder von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist und mit dem 1. Januar 1904 in Kraft tritt.
Der Vorstand.

Neu! Fusswärmer!
(Gesetzlich geschützt.)
In Form von Stumpfhähen (a Paar 1,20 M.) und Socken (a Paar 1,50 M.) mit starkem, pelzigem Futter, unendlich für alle, die in kalten Verhältnissen arbeiten und den Unbilden der Winterzeit ausgesetzt sind, außerordentlich zugünstig für Detailgeschäfte und Händler. W. A. nur gegen Nachnahme versandt.
Wissen zu beziehen bei:
Gustav Flämig, Leipzig-Teufich u. Hermann Flämig, Callenberg bei Waldenburg i. S.

Orts-Krankenkasse
für das Gewerbe der **Verfertigung von Musikinstrumenten.**
Bekanntmachung.
Die von der General-Versammlung am 11. Oktober 1903 beschlossene 11. Wänderung des Statuts ist vom Bezirksamt genehmigt und tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft. Gleichzeitig treten an diesem Tage die abgeänderten und genehmigten Verhaltungsmaßregeln für erkrankte Mitglieder in Kraft. Die gedruckten Wänderungen erhalten die ver-sicherungspflichtigen Mitglieder durch den Arbeitgeber, die freiwilligen im Selbstverle.
Der Vorstand.

Central-Krankenkasse der Maler.
E. H. 71. Filiale Berlin Süd III. **Mittwoch, den 13. Januar 1904.**
abends 8 1/2 Uhr.
bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Verschiedenes. 9420
Bekanntmachung.
Gemäß § 67 des Statuts bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die bisherige **Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen** vom 1. Januar 1904 ab den Namen **Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin**
führt.
Berlin, den 12. Januar 1904.
Der Vorstand.
G. Bolter, Vorsteher.

Werkzeuge
aller Art, Drehstähle, Reibahlen, Bohrfutter, Gewindebohrer, Fraiser, Kluppen, Feilen, Richt-platten, komplette Schmiede-Ein-richtung, sowie vieles andre billig zu verkaufen. Bescheid u. Bestätigung: **Greifswalderstr. 140/41,** Fabrikgebäude 12. Vorm. 9-1 Uhr. Telefon VII. 1030. 50/2*

Gegen Monatsraten von 2 Mk.
an liefern wir
Musikwerke selbstgeplante sowie Drehinstrumente mit auswechsel-baren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.
Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Walzen Ia. Qualität.
Accordions in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
Zithern aller Arten, wie Accord, Harfen, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.
Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Inventur-Ausverkauf bis 20. dieses Monats!

zu enorm billigen Preisen.

Ein grosser Posten Kleiderstoffe jetzt Meter 45 Pf., 60 Pf., 75 Pf. bis 1,00 M.
Ein grosser Posten Kostümstoffe, 110 cm breit, jetzt Meter 90 Pf., 1,10, 1,35 - 1,50 M.

Ein Posten Kostümröcke in eleganter Ausführung, jetzt 3,25, 5,-, 7,50 M.
Ein Posten Blusen, in allen Grössen, jetzt 1,05, 1,05, 2,25 M.
Ein grosser Posten Schürzen, extra weite, Stück 95 Pf.

Beachtenswert für die Einsegnung:

Schwarze und weisse Kleiderstoffe Meter 65 Pf., 90 Pf., 1,20 - 1,35 M.

Schwarze Damassé 1,35 M.
reine Seide Meter

Seidene Blusenstreifen Meter 1,10 M.

Reste und einzelne Roben enorm billig!

S. Weissenberg, Grosse Frankfurterstrasse 126 Ecke Koppensstrasse.

2. Ziehung 1. Klasse 210. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1904, veranlaßt durch die Gewinne über 50 Mill. RM. über die betreffenden Nummern in Blättchen beigefügt.
(Oben Verloren.)

50 253 65 620 1638 227 56 81 04 354 441 504 671
788 843 2176 89 201 075 [100] 3167 304 070 070 4096
342 734 914 5251 46 484 94 718 21 35 807 6228 562
82 70 830 60 572 95 7011 116 20 230 342 05 [100] 503
10 622 89 891 96 8067 316 414 23 [200] 708 9033 233
81 351 630 790

10011 37 282 629 31 663 725 50 028 11103 264
616 633 65 821 613 [200] 12290 390 454 558 671 806 73
13065 99 143 342 79 881 63 960 90 14644 298 [100]
347 725 29 870 695 42 72 16038 200 69 442 891 687 [100]
16090 446 97 697 17081 103 230 374 417 614 940
18349 554 802 834 19023 170 880

20227 288 21266 743 03 803 033 12 71 90 22160
420 782 825 019 23288 033 971 24017 190 580 701 84
25079 203 614 310 26727 322 530 69 634 817 79 65
27080 [100] 219 34 825 35 694 [100] 739 73 80 831 64
875 28005 101 378 412 40 834 867 75 29140 90 296
304 409 667 746

30063 246 76 315 415 627 78 721 [100] 907 31023
401 552 881 [200] 906 66 32014 199 201 414 757
33987 241 529 90 404 610 40 727 [100] 941 59 34065
30 [100] 42 150 87 224 84 371 530 609 700 832 531
284 434 516 34 683 735 36074 185 406 714 929 51
37156 219 35 93 396 [100] 738 379 90 38133 223 82
333 607 848 967 39094 306 642 930

40023 264 92 90 336 328 680 740 654 41113 85
607 297 440 608 605 871 42204 425 554 904 35 88 73
43088 590 640 73 720 51 922 44105 507 [100] 23 818
21 45014 23 [100] 238 429 [200] 506 12 47 830 46049
67 76 128 38 304 28 830 88 47703 [200] 81 817 [100] 48101
249 69 590 651 706 862 [100] 58 67 85 49714 78

50301 508 862 51085 124 [100] 201 376 417 527
825 09 791 52147 281 378 688 743 850 60 84 954
53221 373 488 696 762 950 83 54452 150 [100] 88 [100]
286 400 521 96 719 45 623 55276 337 583 635 54 56867
457 512 27 818 57099 144 201 86 95 331 653 67 776
854 986 58615 [200] 96 702 59039 03 [100] 81 97
213 843 616 74 712

60320 30 63 430 533 79 664 79 882 956 63 80 61431
[100] 904 90 62021 247 509 81 883 [100] 830 63148
381 424 573 905 64127 258 [100] 473 [200] 628 841 86
604 63210 686 792 924 01 06 60800 414 327 83 01
677 67140 41 247 608 687 68146 307 886 69284 84
660 637 65 710 934

70088 313 26 427 [100] 71039 51 125 235 020
813 72023 150 341 60 313 458 541 62 615 794 5 29
929 73108 547 709 74149 50 205 366 495 983
75163 497 794 874 961 76025 91 229 401 649 863 20
77113 78256 654 976 79035 97 339 425 42 [100] 610
90 796 937

80037 78 330 750 57 851 77 81003 61 340 54 79
613 78 620 780 [100] 947 [200] 55 82285 72 440 686
727 42 975 83014 [100] 302 773 82 84031 74 81
327 547 600 50 51 70 85056 221 372 408 517 719 86088
444 634 925 857109 361 787 88302 555 620 [400] 23
518 89119 [100] 459 528 685

90027 54 100 327 457 662 72 886 910 91047 238
92086 200 493 [100] 527 63 703 801 45 93370
79 575 890 94152 226 300 561 677 724 872 86 95410
633 40 772 850 910 96156 421 538 611 818 913 97025
90 193 319 34 710 825 818 30 46 29 98002 104 310 36
461 73 517 56 430 801 46 99034 215 385 97 592 716 94

100040 88 121 260 330 453 76 530 [100] 716 891
619 101014 134 81 91 239 419 532 833 995 102102
68 240 352 488 535 619 862 103386 434 578 686 933
72 104064 481 [100] 90 200 650 710 814 855 [100]
105371 407 48 [100] 64 820 784 825 106079 [100]
371 540 66 672 738 60 [100] 107038 184 235 551 944
108038 99 [100] 203 667 860 [100] 109129 280 513
695 [100] 773 851

110383 414 10 90 934 90 111306 503 642 [200]
733 667 79 112107 12 82 370 460 567 747 113396 347
11001 702 78 114023 84 319 [100] 62 633 [100] 103
622 94 115019 [100] 224 639 747 835 116257 740

1. Ziehung 1. Klasse 210. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1904, veranlaßt durch die Gewinne über 50 Mill. RM. über die betreffenden Nummern in Blättchen beigefügt.
(Oben Verloren.)

117010 289 341 85 [300] 403 727 82 977
118184 331 588 707 34 71 975 110107 490 508
670 [100]

120045 131 06 361 535 635 121278 488 122407
13 28 97 515 81 708 831 123085 142 [100] 483 519
[100] 717 [200] 59 124245 533 454 007 805 75 125062
43 116 21 233 [200] 303 515 05 [200] 776 833 941 42 [100]
126202 309 40 406 28 700 45 807 127141 205 405
[100] 48 589 704 843 980 128050 393 400 721 22 581
129203 305 543 47 800 [100]

130333 55 430 625 30 65 882 822 9 131061 534
607 132221 720 27 915 95 133136 314 462 394 600
[100] 3 92 [100] 945 134192 368 457 827 662 803
135169 658 795 136376 721 38 826 [100] 66 1669 79
137078 330 507 625 57 [100] 832 697 138288 519 23
87 986 139099 290 330 [100] 421 500 624 55 946

140074 338 649 51 [200] 68 331 141274 459 510
[200] 677 704 29 865 49 142060 [200] 104 333 68 423
617 717 61 837 81 88 143012 28 288 07 460 511 00
713 144284 [200] 418 10 48 59 019 51 33 837 075
145333 680 89 884 92 977 146069 363 93 402 594 58
794 924 147004 353 74 92 503 003 97 751 [100] 639
148019 39 182 [200] 219 340 89 97 679 709 15 82 844
91 379 149052 329 335 354 75 674 91 748 76 066

150090 213 400 561 68 811 51 91 916 20 90 151212
345 517 152106 424 27 598 [100] 607 153074 107 15
259 318 29 440 624 767 829 970 154164 258 528 982
155282 565 634 [100] 714 713 895 975 156141 239 470
[200] 574 78 647 776 925 43 157047 159 288 335 434
597 697 48 882 158067 400 761 812 37 985 159090
230 405 [100] 63 771

160048 142 262 56 384 438 66 501 60 641 701
808 161060 223 15001 431 09 511 83 [200] 877 364
162070 718 31 70 845 911 163019 71 126 234 41 418
707 164023 118 97 41 65 88 306 538 642 740 165192
471 781 166004 134 232 405 513 40 62 671 90 871
167661 222 475 514 899 22 168313 500 004 011 21
169060 625 988 73 75

170005 244 60 420 43 [200] 621 171349 419 67
666 790 [200] 547 97 935 [100] 172189 217 84 588
626 730 [100] 60 840 173002 321 24 280 305 90 415
609 717 [200] 714 947 95 174223 304 688 175120
325 90 [200] 176117 475 008 11 69 723 42 177627
286 96 326 421 89 [200] 857 [100] 178081 160 360 535
968 179001 548 725 72 579 920 85

180103 203 34 [200] 554 763 98 929 181210 58
732 821 [100] 182220 70 [200] 543 183089 883 72
947 67 184028 233 37 325 423 81 881 185331 882
702 67 186165 325 856 187337 631 857 922 [100]
188175 218 41 64 323 [100] 62 932 189036 90 182
619 [100] 797

190449 328 786 65 94 [100] 949 [200] 101022
166 417 [200] 87 880 910 28 192106 235 422 43 80 529
615 863 266 [100] 193014 59 118 32 00 220 491 508
57 636 194148 222 27 61 87 451 628 710 07 [200] 917
195008 44 191 458 [100] 606 624 196385 474 835
197088 288 80 409 739 010 42 [200] 57 198357
423 35 568 72 711 199300 514 699 790 000 47

200049 211 308 52 481 523 13 201045 290 260
86 408 78 555 [100] 915 202024 205 68 523 56 788
815 860 [100] 64 203033 305 375 62 413 57 88 204029
54 189 208 418 963 927 76 205103 213 [100] 90 30 [200]
81 420 266 635 54 744 206084 296 765 829 85 933
207125 221 47 [100] 340 700 21 37 208068 191 42
207 43 80 343 465 625 877 885 80 209219 406 535
601 746 810 914 68

210221 523 620 532 64 211176 232 47 778 817
29 73 52 212029 46 [100] 313 633 967 213068 116
76 296 407 823 930 214006 00 637 868 215158 678
586 689 91 216037 44 80 138 533 651 66 70 795
217243 363 477 941 53 118 [100] 79 98 218065 620
219084 231 488 304

220130 301 435 61 574 626 962 221022 221 47
412 712 74 833 222101 95 245 419 537 709 992 223039
73 154 582 87 719

Der Gewinner verliert: 1 Gewinn zu 40000 RM., 1 zu 20000 RM., 1 zu 10000 RM., 2 zu 5000 RM., 4 zu 1000 RM.

Veröffentlichung, an der Stelle vom 11. Januar nachmittags
bis 14.09.03 halt 145 834.

2. Ziehung 1. Klasse 210. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1904, nachmittags.
Für die Gewinne über 50 Mill. RM. über die betreffenden Nummern in Blättchen beigefügt.
(Oben Verloren.)

110119 385 641 78 805 662 111011 35 95 248 313
759 841 112048 324 541 620 113273 388 451 571
114047 220 345 499 736 842 95 919 115110 98 374
414 531 750 116013 78 182 358 464 117007 78 139
245 75 412 724 41 68 830 83 924 118180 319 635
119136 314 61 623 27 39 714 836

120183 642 734 85 800 936 121033 143 465 632
801 43 90 937 122000 629 [100] 830 35 [100] 625
33 [200] 123078 172 435 70 505 65 092 [100] 700
814 77 630 124031 298 654 803 972 125025 101 20
87 894 756 [100] 810 126207 46 322 544 81 707 73
127046 189 880 92 700 79 997 128001 211 40 728
632 41 129047 247 439 [200] 54 85

130084 150 61 285 341 415 327 85 704 85 698
131199 93 288 405 [200] 30 510 806 4 132012 725
68 962 133000 88 290 696 134087 305 891 4001
35 135044 70 [100] 195 434 633 136063 [100] 82
295 304 698 93 753 990 99 137062 50 148 50 86 299
394 445 732 60 138071 158 313 581 604 898 939
139027 86 315 686 722 309 014 17 89

140040 706 879 82 141108 581 753 [100] 868 297
35 82 142032 61 155 271 495 725 44 865 948 143127
[100] 88 280 314 [200] 99 40 [400] 408 [200] 660 735 45
144213 341 90 835 145064 116 74 69 336 485 710 843
60 894 146064 138 39 [100] 45 369 796 948 34
147540 79 148013 227 477 501 806 50 940 54
148074 965

150040 735 008 151518 638 [100] 96 763 827
69 70 [100] 902 152240 497 885 153060 [200] 255
328 432 843 83 922 154000 192 374 86 591 [5000]
808 90 639 155223 55 55 400 605 751 874 156189
572 704 [400] 837 157315 485 528 692 96 725 158357
466 574 606 9 75 159022 291 [200] 456 77 677 934

160146 84 351 433 98 324 891 996 161077 736
905 162017 177 52 280 81 [100] 354 444 83 536 790
163000 167 31 404 83 639 732 71 164050 [200] 167
69 78 208 38 373 229 48 633 743 165090 170 310 445
592 5 91 740 166003 199 393 764 167115 202 310
561 712 877 168029 [100] 92 317 416 92 514 812 978
169113 262 [400] 73 379 412 49 61 818

170002 492 507 832 972 172068 93 200 601 748
173207 485 [200] 507 93 870 174207 74 392 875 717
43 175212 52 300 414 61 557 615 996 48 176009
108 253 305 447 540 80 [200] 678 756 863 77 854
177171 82 418 [100] 40 703 178322 600 179088
105 44 325 700 874 [100] 964 67

180077 485 800 5 1901 63 728 71 181023 49
[100] 182 260 802 30 914 182101 233 50 406 825
183126 342 800 701 16 833 973 184206 65 71 531
561 185289 308 36 545 753 [200] 841 965 186028
436 41 674 788 187091 172 277 331 559 65 681 774 804
609 [100] 57 188288 98 398 740 848 [200] 901 189135
40 58 241 359 502 41 62 730 890

190199 [200] 410 732 808 920 191173 244
61 [400] 581 691 809 192241 348 503 778 801
193063 217 [100] 695 [100] 29 80 788 971 194111
316 25 61 [200] 000 45 402 586 658 791 845 68 932
195457 598 859 196079 327 468 79 531 728 65
197071 360 574 634 198189 244 329 629 [100] 35
031 88 199112 327 43 802 70 439 83 585

200085 331 90 606 948 04 201093 128 250 314
44 623 202310 324 612 74 710 895 203019 80
534 689 90 204040 48 174 239 588 706 79 869 98
205027 369 718 26 826 915 206010 34 45 154 582
324 651 628 207061 71 318 40 565 876 [100] 208165
[100] 15 52 261 334 32 523 88 [100] 629 715 85 93 834
40 79 979 209032 206 337 427 37 606 65 99 748
62 809

210243 605 724 890 943 46 211060 160 279
370 482 539 42 620 898 212224 30 630 717 31 964
213037 57 164 509 50 [100] 214092 182 422 95
507 633 704 73 [200] 917 215006 323 73 515 216439
627 40 89 817 217236 77 876 218032 353 400 70
645 926 31 74 219020 71 168 23 55 200 84 [200]
350 413

220119 43 59 201 313 22 45 85 703 867 221106
222 [200] 672 [200] 792 830 [200] 222132 308 612
28 36 90 720 820 72 944 94 223034 257 363 465 [100]
532 [100] 659 726 96 [200] 807 [100] 23 68

Die Ziehung der zweiten Klasse der 210. Reg. Preuss. Lotterie findet statt am 9. u. 10. Februar 1904.

110119 385 641 78 805 662 111011 35 95 248 313
759 841 112048 324 541 620 113273 388 451 571
114047 220 345 499 736 842 95 919 115110 98 374
414 531 750 116013 78 182 358 464 117007 78 139
245 75 412 724 41 68 830 83 924 118180 319 635
119136 314 61 623 27 39 714 836

120183 642 734 85 800 936 121033 143 465 632
801 43 90 937 122000 629 [100] 830 35 [100] 625
33 [200] 123078 172 435 70 505 65 092 [100] 700
814 77 630 124031 298 654 803 972 125025 101 20
87 894 756 [100] 810 126207 46 322 544 81 707 73
127046 189 880 92 700 79 997 128001 211 40 728
632 41 129047 247 439 [2

Gewerkschaftliches.

Crimmitschau.

Eine Versammlung des nationalliberalen Reichsvereins in Dresden beschäftigte sich am Sonnabend mit der Aussperrung. Die Versammlung war besonders dadurch interessant, daß Professor Böhmert dort seine Erfahrungen zum Besten gab:

Die Aussperrung sei der größte Fehler von allen, die gemacht wurden, gewesen. Die Verständigung sei an Nebenpunkten durch die Schuld der Unternehmer gescheitert. Ein Hauptfehler war auch die Ablehnung des Gewerbegerichts als Einigungsamt durch die Unternehmer. Er habe sich bemüht, einen ehrlichen Frieden herbeizuführen, und habe die Arbeiter dabei „sehr vernünftig“ gefunden, während er bei den Unternehmern auf großen Widerstand gestoßen sei. Er habe sich auch unter vier Augen mit Arbeitswilligen unterhalten, von diesen aber eine Klage über Befähigung nicht gehört. — Weiter wandte sich Herr Böhmert gegen die bürgerliche Presse, die seine Vermittlungsbemühungen, als er Crimmitschau kaum den Rücken gekehrt, ganz existentiell wiederbegeben habe. Jede Scharfmacherei sei das größte Verbrechen. Weder die Unternehmer noch die Arbeiter dürften sich einbilden, „Herr im Hause“ sein zu wollen.

Nach ihm nahm der Dresdener Stadtrat und nationalliberale Landtags-Abgeordnete Dr. Vogel das Wort zu einer Rede so recht nach dem Herzen der Unternehmer. Der Zehnstundentag sei wünschenswert, aber streifen dürfe man deswegen nicht. Die bösen Socialdemokraten seien an dem ganzen Streit schuld.

Herr Fabrikant Lukas Schmidt kam dann an die Reihe. Er mißbrauchte die Versammlung zu einer Hezerei gegen die Organisation der Arbeiter, die ihm schwere Sorgen zu machen scheint. Der Herr (Vertrauensmann der Arbeiter) habe „den Unfrieden aufgedrungen“. Die Arbeiter wären zu vernünftig gewesen, Forderungen zu stellen, die Wahl eines Arbeiterausschusses zu verlangen (schrecklich!) usw. Je bereitwilliger die Forderungen gewährt worden seien, desto begehrtlicher seien die Arbeiter geworden. Das „angenehme Verhältnis“ in der Fabrik sei geführt, seit „der Hecht über unsre Fabrik gekommen“. (Große Heiterkeit.) In seiner Fabrik habe besonders Göbner (?) in dieser Weise gearbeitet. Der „Recht“ sei immer hübscher geworden und in allen Fabriken habe man „dasselbe Theater“ gemacht. — Redner schildert dann Entstehung und Verlauf des Kampfes in dem bekannten Unternehmerjargon. Die Führer haben die Arbeiter verhehrt, die socialdemokratischen Blätter drehen alles um, die Arbeitswilligen seien in „einer gehässigen, bodenlos gemeinen Weise belästigt“ worden. Die Gendarmen hätten erst leidliche Ruhe geschafft. Was solle aus den „armen Arbeitswilligen“ werden, wenn man jetzt die Gendarmen zurückjage! — Herr im Hause müßten die Unternehmer bleiben, das habe ihm auch der Fabrikinspektor gesagt. (!!) Jetzt könne es biegen oder brechen, man werde die Hezereien der Führer nicht mehr dulden. Sei doch gesagt worden, daß man den Arbeitswilligen die Knochen zerhauen wolle, numerieren sollten sie die Knochen, wenn die Gendarmen weg wären. Redner meint auch, daß sich die Arbeiter ganz wohl fühlten, Arbeit erhalte gesund. Auch der bekante Brief des Pfarrers Schindl aus Crimmitschau hat ihm natürlich gefallen.

Genosse Fleischer erörterte dann unter großer Aufmerksamkeit das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Socialdemokratie, um zu beweisen, daß es kompletter Unsinn ist, unsrer Partei nachzusagen, sie hege und schüre zum Streik. Wie ein roter Faden ziehe sich aber diese unsinnige Behauptung durch alle Auslassungen der Unternehmer, der bürgerlichen Presse, der Behörden und auch der Regierung. Aus dieser unrichtigen Behauptung ziehe man dann zum Schaden der Sache ganz falsche Schlüsse, suche die Aufmerksamkeit von dem Kernpunkt abzulenken und nebenbei der Socialdemokratie ein and-zuwischen. Die Socialdemokratie als solche habe nichts weiter gethan, als den kämpfenden Arbeitern im Augenblick der größten Not beizuspringen; das sei ein Verdienst um die Sache der Arbeiter. Denn wer soll ihnen denn helfen, als ihre Massengenosse? Die deutsche Arbeiterschaft durchkreuzte mit Hilfe der politischen und gewerkschaftlichen Organisation den Plan der Unternehmer, die Arbeiter auszuhungern und ihre Gewerkschaft lahm-zulegen. — Die Regierung habe ihre Pflicht nicht gethan. Statt Gendarmen mußte sie eine Vermittlungs-Kommission beim damaligen Stand des Kampfes nach Crimmitschau senden, die sich natürlich ihre Informationen nicht nur bei den Unternehmern zu holen und lediglich deren Interessen zu vertreten hatte. (Lebhafte Zustimmung.) — Man schiebt die Socialdemokratie vor's Loch. Was würde man aber sagen, wenn wir den Spiegel umkehren und behaupten würden: die nationalliberale oder konservative Partei hegt die Unternehmer in diesen Kampf, weil die beteiligten Unternehmer zufällig dieser oder jener Partei angehören. Wenn man die Socialdemokratie schon mit dem Streik verquiden wolle, dann gehe das nur in dem Sinne an, daß die gute politische Schulung der Crimmitschauer Arbeiter die auf sie einfließenden Protokollationen wirkungslos abprallen ließ. Wer weiß, was bei einer nichtsocialdemokratischen Arbeiterschaft unter solchen Umständen passiert wäre. Die Nachfrage haben die Unternehmer aufgerollt. Eine Einigung werde mit einem Standpunkt „biegen oder brechen“ natürlich nicht erzielt.

Darauf ging Herr Dr. Raumann mit den Unternehmern recht wirkungsvoll ins Gericht. Sehr interessant waren Redners Ausführungen gegen Pastor Schindl. Wenn sich ein Geistlicher in parteiischer Weise in solchen Streit einmischt, so verstoße er gegen seinen Beruf und habe die Konsequenzen zu ziehen — er müsse von der Kirche scheiden, wie Redner es auch gethan habe; das Wort vom „Herrn im Hause“ sei eine einseitige Formulierung. Nicht Herren und Knechte soll es geben, sondern Unternehmer und Arbeiter sollen sich als zwei gleichberechtigte vertraglich verbindende Parteien gegenüberstellen. (Lebhafte Zustimmung.) So sei die moderne Rechtsauffassung. — Man habe die Arbeitswilligen vom Standpunkt des sittlichen Rechts sogar von der Kanzel zu verteidigen gewagt. Vom sittlichen Standpunkt aber ist der Arbeitswillige ein Deferteur. (Zustimmung.) Es sei auch nicht sittlich, die Forderung des Zehnstundentages als Hezerei und Aufwiegelung zu bezeichnen. Mit der Forderung des Zehnstundentages diene man unter allen Umständen der Kultur. Die Unternehmer verträufen immer aus den gesetzlichen Zehnstundentag. Haben sie aber denn schon Schritte gethan, um ihren großen Einfluß für diese Forderung geltend zu machen? Es handle sich hier doch wohl nur um einen platonischen Wunsch.

Nachts 12 Uhr fand die äußerst interessante Versammlung nach vierstündiger Dauer ihr Ende. Ihr Verlauf war bei aller Sachlichkeit zum Teil recht lebhaft. Die Anwesenden waren offenbar sehr von den Ausführungen der einzelnen Redner beeinflusst, die alle lebhaften Beifall fanden, trotz der grundverschiedenen Auffassungen. Besonders bemerkenswert ist, daß auch der socialdemokratische

Redner recht beträchtliche Zustimmung fand, trotzdem Arbeiter gar nicht vertreten waren, denn die Einladungen hatte man durch Karten bewirkt.

Nach einem Privat-Telegramm der „Post“ aus Crimmitschau beurteilte das dortige Schöffengericht den Geschäftsführer der Crimmitschauer Filiale des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Albin Hecht, wegen Verleumdung von 75 Crimmitschauer Fabrikanten, verübt durch ein Anfang September des vorigen Jahres erschienenes Flugblatt, zu zwei Wochen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen. Der Fabrikereibesitzer Selbmann wurde wegen Verleumdung des Hecht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Töpferträger. In der Branchen-Versammlung am Montag erstattete Heidemann den Situationsbericht. Demnach arbeiten bereits 127 Träger bei 87 Firmen zu den neuen Bedingungen, nur ein geringer Bruchteil derselben muß noch mit den alten Lohnsätzen vorlieb nehmen, und zwar lediglich deshalb, weil diese ihren Arbeitgebern die Renzforderungen noch gar nicht unterbreitet haben. In einem eigenartigen Gegenstoß zu den bisherigen Bewilligungen steht das offizielle Verhalten der Töpferinnung. Diese hatte anfangs jede Verhandlung mit den Trägern resp. der Organisation rundweg abgelehnt, weil ihr die geforderte durchschnittlich 10prozentige Lohnerhöhung als unannehmbar erschien. Doch schon nach wenigen Tagen resp. nur Stunden unterzeichneten die hervorragendsten Innungsfirmen anstandslos den neuen Tarif; ferner der beste Beweis dafür, daß die Forderungen keineswegs zu hoch geschraubt waren. Unter diesen Umständen, so meinte der Redner, werde schließlich wohl die Innung nicht umhin können, den Tarif auch offiziell anzuerkennen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Anbetracht dessen, daß der weitaus größte Teil der Firmen die Forderungen der Träger bereits unterschrieben anerkannt hat, erwartet die Versammlung auch von den noch zu den alten Bedingungen arbeitenden Kollegen, daß diese ihren Arbeitgebern den neuen Tarif ebenfalls unverzüglich unterbreiten, damit auf der ganzen Linie einheitlich nach den neuen Tariffähigkeiten gearbeitet werden kann. Ferner ermächtigt die Versammlung die Bezirksleitung und die Ortsverwaltung des Bauarbeiter-Verbandes, den Tarif mit der Innung festzulegen, sofern letztere dazu geneigt sein sollte.“

Bekanntgegeben wurde sodann, daß auch den Mitgliedern des Lokalvereins, die zu den neuen Tariffähigkeiten arbeiten, die Arbeitsberechtigungskarten vom Verband ausgedrückt werden. Die Erleichterung einer Angelegenheit wegen angeblicher Solidaritätsverletzung, die ein leitendes Vorstandsmitglied des Töpferverbandes betraf, wurde auf Vorschlag Veutler und anderer bis zu der am Freitag stattfindenden öffentlichen Töpferversammlung verschoben.

Die Arbeiter der Gekirr-, Wagen-, Küstungs- und Sattelbranche haben sich bereits in mehreren Versammlungen mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt und die Frage einer Lohnbewegung beraten. Das Resultat der Beratungen ist die endgültige Aufstellung folgenden Tarifs: 1. Der Mindeststundenslohn für Ausgelernte beträgt im ersten Jahre 40 Pf. 2. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu ihren bisherigen Bezügen einen Zuschlag von 5 Prozent bei Lohnarbeit, einen solchen von 10 Prozent bei Accordarbeit. 3. Der Durchschnittstundenslohn für Lohnarbeit muß von jetzt ab 50 Pf. betragen. 4. Wo bereits günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden, bleiben diese bestehen und erfolgt auch hier ein Zuschlag von 5 bzw. 10 Prozent. 5. Ueberstunden erhalten einen Zuschlag von 25 Prozent. 6. Die tägliche Arbeitszeit darf 9 Stunden nicht übersteigen, auch nicht bei Lehrlingen. 7. Auf je 5 Gehilfen darf nur 1 Lehrling gehalten werden; bei Berechnung der Lehrlingszahl ist die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Gehilfen maßgebend. 8. Die Arbeitgeber verpflichten sich, Arbeitskräfte nur vom Arbeitsnachweis der Gehilfen einzustellen. 9. Der 1. Mai gilt als Feiertag. 10. Die Arbeitgeber verpflichten sich, ihre Arbeiter nur zu den vorkiehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, während die Arbeiter die Pflicht übernehmen, nur bei solchen Arbeitgebern zu arbeiten, welche diesen Tarif innehalten. 11. Dieser Tarif tritt am 1. April 1904 in Kraft und hat zwei Jahre Gültigkeit.

In der Versammlung, die Montagabend stattfand, wurde u. a. das Verhalten eines Arbeitgebers (Hofattler Erb) scharf kritisiert. Bei dieser Firma haben sich sämtliche Arbeiter schriftlich verpflichtet, sich nicht an der diesjährigen Lohnbewegung zu beteiligen, andernfalls ihnen Entlassung drohe. Aus der Innungs-Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Forderung der 9 stündigen Arbeitszeit bei mehreren Mitgliedern der Innung günstige Aufnahme gefunden habe.

Die in der Album-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beabsichtigen, in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Eine zahlreiche besuchte Versammlung, die im Gewerkschaftshause tagte, forderte in erster Linie die Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, sowie die Festlegung eines Minimallohnes. Die Lohnforderungen sollen in der gleichen Höhe gehalten werden, wie die im Buchbindergewerbe festgelegten. Ein Circular wird in den nächsten Tagen an alle Unternehmer gefaßt werden, worin die Wünsche der Arbeiter in allgemeinen Umrissen enthalten sind. Präzise Forderungen sollen erst später gestellt werden. Eine schriftliche Antwort wird bis zum 1. März d. J. erwartet. Zugleich wurde eine Lohnkommission gewählt, die mit den Prinzipalen zu verhandeln hat. Ueberläufer aus andren Berufen beklagt man nicht, da der Branche nur Specialarbeiter angehören, welche schwer zu ersetzen sind.

Stukkateure, Kabiner und Spanner!

Wir weisen auf die heutige Sperr-Affäre hin, welche durch die Stukkateure Schreiber und Soboschek veranlaßt ist. Beide Genannten haben beim Unternehmer H. Vogt ein größeres Stück Arbeit in Accord übernommen, wollen aber den andren dort beschäftigten Leuten ihren knappen Tariflohn bewilligen, um für sich den Mehrerdienst einzustechen. Wir eruchen alle Kollegen obiger Berufe, diesen Vau so lange zu meiden, bis die Angelegenheit durch die Organisationen beigelegt ist.

Die Ortsverwaltungen der Stukkateure, Kabiner und Spanner. Filiale Berlin.

Achtung, Dekature! Die Werkstelle Adolf Mühlberg, Stall-schreiberstraße 28, ist nach wie vor gesperrt. Der Vorstand. J. A.: Franz Lehnen, Büchingerstr. 5.

Deutsches Reich.

An die organisierte Arbeiterschaft!

Seit dem 18. bezw. 20. Dezember v. J. sind in Preez (Holstein) 24 Schlichtergesellen wegen Zugehörigkeit zur Organisation (Centralverband) ausgesperrt. Die Preezer Schlichtergesellen sind seit Jahren fast alle organisiert. Sie hatten bereits bessere Arbeitsverhältnisse erlangt, darunter festgesetzte Arbeitszeit, sowie die strikte Juehaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe. In letzter Zeit behagte das den Arbeitgeber, meist Wurstfabrikanten, welche ihr Abgabegbiet in größeren Städten haben, nicht mehr. In Wochen- und Sonntagen mußten die Gesellen weit über die Zeit hinaus arbeiten. Bei einer Kontrolle an einem Feiertage fand unser Vertrauensmann, daß in fast allen Wurstfabriken während des ganzen Vormittags noch gearbeitet wurde, ja in einer Wurstfabrik sogar noch sämtliche Maschinen im Gange waren.

Die Gesellen unterbreiteten laut Versammlungsbeschluss der Preezer Innung ein Gesuch um 1. Wiedereinführung der zwölfstündigen Arbeitszeit, einständigen Mittagspause und Juehaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe; 2. Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf.; 3. vorgeschriebene tägliche Wasch- und Schlafräume.

Anstatt diesem berechtigten Verlangen nachzukommen, unterbreiteten die Arbeitgeber den Gesellen folgenden Revers:

„Nachdem ich am heutigen Tage bei dem Schlichtermeister R. R. in Preez in Arbeit getreten bin, erkläre ich hiermit der Wahrheit gemäß, daß ich dem deutschen Gewerkschafts-Verbande der Schlichtergesellen nicht angehöre, auch demselben, so lange ich bei obigem Meister in Arbeit stehe, nicht ohne dessen Erlaubnis beitreten werde“ usw.

Einstimmig haben die Schlichtergesellen dieses Ansinnen zurückgewiesen, worauf ihre Entlassung erfolgte. Bereits dreimal seit der Aussperrung ist mit Hilfe des Gewerkschaftslokals versucht worden, die Unternehmer zu veranlassen, in eine Einigungsverhandlung einzutreten und die Maßregelung zurück-zuziehen. Die Innung selbst ist machtlos, denn auch sie hat versucht, die Unternehmer zur Verhandlung zu bewegen, was ihr nicht gelungen ist. Die Herren Arbeitgeber haben es durchgesehen, vor-während und nach der Weihnachtszeit die Gesellen brotlos zu halten.

Die Aussperrten werden vom Verband unterstützt. Die Geschäfte der betreffenden Unternehmer werden von der Preezer Arbeiterschaft gemieden. Doch dieser Druck allein hilft nicht, da die Preezer Wurstwaren zum größten Teil nach einigen größeren Warenhäusern und Delikatesswaren-Geschäften, in den Großstädten, wie Berlin, Kiel, Hamburg, Lübeck, verfrachtet werden. In Kiel sind bereits einige Geschäfte, die Preezer Wurstwaren verschleusen, mit ihrem Umlauf erheblich zurückgegangen, ein Zeichen, daß die Konsumenten den Aussperrten ihre Sympathie erweisen. Die Waren werden als „Holsteiner“ Sped., Schinken oder Wurst ausgezeichnet.

Streikbrecher haben sich bis jetzt sehr wenige angefunden und da jetzt die Dauermurst-Fabrikation beginnt, hoffen die Aussperrten, daß der Kampf bald zu ihren Günstigen entschieden sein wird.

Der Hauptvorstand des Centralverbandes der Fleischer und Fleischgenossen Deutschlands.

J. A.: Paul Densel, erster Vorsitzender, Berlin.

Terrorismus. Der Vorsitzende Schillorr der Danziger Filiale des Hafenarbeiter-Verbandes, der gegenwärtig wegen einer anderen Angelegenheit in Unterzuchungshaft sitzt, hatte anfangs Juli auf einem Dampfer Handjettel mit der Einladung zu einer Versammlung des Hafenarbeiter-Verbandes verbreitet. Dieser Tage hatte er sich nun dieserhalb vor dem Schöffengericht wegen Hausfriedens-bruchs zu verantworten. Schillorr erklärte, er habe sich nur auf der Landplanke des Dampfers aufgehalten, das Gericht nahm an, er habe das Verbot selbst betreten. Zwischen dem Amtsanwalt und dem Verteidiger entbrannte ein heftiger Streit um die arme Seele. Der Amtsanwalt erklärte das Betreten eines Schiffes für einen Hausfriedensbruch, den er mit drei Monaten Gefängnis geahnt wissen wollte. Der Verteidiger berief sich auf ein Reichsgerichtsurteil, wonach ein Schiff weder ein Wohn- oder Geschäftsräum, noch ein unriedeter Besitz sei, sonach ein Hausfriedensbruch auf einem solchen überhaupt nicht möglich sei; er verlangte Freisprechung. Das Gericht stellte salomonisch fest, das Schiff sei die Wohnung des Kapitäns und der Mannschaft, und erkannte gegen den Sünder, der sich in dem Jertum des Reichsgerichts befand, auf eine Woche Gefängnis. — Die Scharfmacher werden nun triumphierend einen neuen Terrorismus-fall konstatieren.

Der Kampf um den Arbeitsvertrag im Schneidergewerbe zu Jena verhärtet sich. Die 28 Aussperrten haben Succurs erhalten. Nicht ihrer Kollegen, die vor zwei Wochen den berichtigten Vertrag des Arbeitgeberverbandes unterschrieben, haben am Montag die Arbeit niedergelegt. An eine Kündigungsschrift waren sie bei Auflösung des Arbeitsvertrages nicht mehr gebunden. In Frage kommt das Geschäft des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Postfisciant Schardt jr., der sich schon sicher fühlte. In auswärtigen Zeitungen sucht der Arbeitgeberverband eifrig Arbeitswillige. Alle Angeworbenen sind bisher wieder abgelehnt worden.

Sechshundert Arbeiter der Bremer Jutespinnerei und Weberei in Hemeelingen sind wegen Differenzen mit der Fabrikleitung ausständig. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Differenzen bald beseitigt werden.

Ausland.

Die Lehrlingsfrage in der Diamantindustrie.

Die Antwerper Juweliere-Bereinigung hat sich vor einigen Tagen an die Vorstände des Allgemeinen niederländischen Diamant-arbeiter-Verbandes und der kleineren Organisationen des Berufs gewandt, um eine Verhandlung anzubahnen zwecks Aufhebung des seiner Zeit von den organisierten Arbeitern durchgesetzten voll-ständigen Verbotes der Anwerbung von Lehrlingen. Wie eine vor-läufige Besprechung ergab, scheint es nicht die Absicht der Juweliere zu sein, eine unbegrenzte Zahl von Lehrlingen einzustellen; sie wünschen nur, daß solche Kinder von Diamantarbeitern, die körperlich und geistig gut entwickelt sind und genügenden Schulunterricht genossen haben, nach einer gewissen Probezeit als Lehrlinge an-genommen werden können. Die Angelegenheit hat gleichwohl eine große Aufregung unter den Diamantarbeitern nachgerufen. In der Versammlung, die sich am Donnerstag voriger Woche mit der Frage befahte, war der Andrang so stark, daß eine zweite Versammlung notwendig wurde, die dann am Sonnabend stattfand. Vom Vorstand des Diamantarbeiter-Verbandes war der Vorschlag gemacht, mit der Juweliere-Bereinigung zu verhandeln; innerhalb der Mitgliedschaft wurde dagegen eine heftige Agitation gegen jede Verhandlung über die Frage entfaltet. Jedoch wurde in beiden Versammlungen der Vorschlag des Vorstandes angenommen, und zwar mit zusammen 3572 gegen 1309 Stimmen. Die drei kleinen Diamantarbeiter-Organisationen religiöser Färbung haben ebenfalls beschlossen, zu verhandeln. — Die Diamantarbeiter von Antwerpen haben auch bereits zur Lehrlingsfrage Stellung genommen und am Freitag mit 1178 gegen 188 Stimmen den Beschluß gefaßt, den Vorstand des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes zu ermächtigen, in Verhandlungen über die Regelung des Lehrlingswesens einzutreten, falls die Arbeitgeber es verlangen. Endgültige Beschlüsse sollen jedoch sowohl in Antwerpen als auch in Amsterdam nicht gefaßt werden, bevor ein internationaler Kongreß der Diamantarbeiter sich über die Frage geäußert hat.

Marseille, 12. Januar. Die Werftarbeiter der Schiffahrts-Gesellschaft Fraissinet haben heute vormittag die Arbeit eingestellt, um sich den ebenfalls ausländischen Arbeitern von Naccio und Rastia anzuschließen. Man glaubt, der Ausstand werde nur von kurzer Dauer sein.

Für die freirenden und ausgesperrten Weber in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Centralverband d. Maurer, Zweigverein Heimsdorf 1 R. 30.—, Verband deutschen Buchdrucker 175.—, Hausdiener Jandorf u. Co. Wellenau-strasse, 1. Rate 24,75, Straß 1.—, Hochleger u. Keller Arb. Westend, u. R. u. S. 3. Rate 6,50, Samml. bürgerl. Frauen, übermiltelt n. U. S. und G. 2, 21,25, Gef. v. Vaherfolome Däning d. Dänmig 12.—, Kaler d. Wagner 11,85, Bau Nachodstraße 31 A 7,65, Gef. 5, 60, Gehürling Urdamir, 65 3.—, Bauklemmerl Müller, Großgörlingstraße 4,70, Gehürlingsfeier b. Thomas 3.—, Braun u. Doll, 6. Rate 10.—, Bild-

und direkt ins offene Wasser hinein. Tausend andre Leute haben am Sonntag dieselbe Tour gemacht, aber durch Besonnenheit die gefährlichen Stellen vermieden. Es ist empörend, wenn von Leuten besseren Standes die Bemerkung, sie befinden sich auf falscher Bahn, einfach zurückgewiesen wird und sich verbitten, sie damit zu belästigen.

Sittenwächter auf der Stadtbahn. Auf der Stadt- und Ringbahn haben die stetig zunehmenden Klagen der Fahrgäste, besonders von Damen, über Ausfressungen junger Leute, Veranlassung von schlafenden Fahrgästen und sonstige Vorkommnisse zu einer verstärkten Überwachung derzüge Veranlassung gegeben. Besonders ist das Bahnpersonal angewiesen worden, auf alleinreisende Damen zu achten und bei Beschwerden über Ungehörigkeiten sofort vorzugehen. Ein besonderes Augenmerk ist auf solche Fahrgäste zu legen, die sich allein im Wagenabteil befinden. Die zahlreichen Diebstähle an Kesseltöpfen, die von den Thüren und Wänden der Wagen abgedreht wurden, das Verschneiden der Lederriemen und ähnlicher Unfug soll durch die verstärkte Überwachung verhindert werden.

Der Roman eines Deferteurs. Der Kommandantur in Spandau hat sich jetzt ein Fahnenflüchtiger gestellt, der vor nahezu 7 Jahren von der Disziplinarabteilung des Gardecorps aus dem Fort Hahnberg entlassen war. Vor ungefähr 9 Jahren trat der damalige Unteroffizier-Schüler Stanislaus Niedbalski beim 1. Garde-regiment z. F. ein. Er beging Mißhandlungen von Untergebenen und wurde zu neun Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Die Strafe verübte er in Spandau und wurde darauf für den Rest seiner Dienstzeit der Disziplinarabteilung überwiesen. Von hier entließ er und führte drei Jahre lang ein unsträfliches, an Ruh und Entbehrungen reiches Leben, bis er in Luxemburg seinen Fuß setzte. Er belam dort Arbeit in einem Gütermagazin und rüdte vom Lohnarbeiter zu besseren Stellungen auf. Vor drei Jahren heiratete er seine Jugendliebe aus der westpreussischen Heimat und lebte glücklich und frei von Sorgen. Aber die Sehnsucht nach Deutschland ward immer größer, und vor vier Wochen gab er seine einträgliche Stellung auf, um die Strafe wegen Fahnenflucht abzuhängen und seiner Militärpflicht zu genügen. Der Mann zog mit seiner Frau und seinen beiden kleinen Kindern nach Berlin, wo Verwandte seiner Frau ansässig sind, und nachdem er seine Familie für die schwere Zeit, die ihm jetzt bevorsteht, materiell gesichert, stellte er sich der Militärbehörde in Spandau.

Das Los einer Russin. Vermißt wird seit gestern Abend eine Russin, die um 8 Uhr 15 Minuten auf dem Lehrter Bahnhof hier ankam. Es ist eine 33 Jahre alte Irma Girich, die vor längerer Zeit nach Amerika ausgewandert war. Da es ihr dort nicht gung, so veruchte sie ihr Glück in England, geriet aber hier in noch traurigere Verhältnisse. Eines Tages vollständig enttrübt auf der Straße ausgefunden, wurde sie in eine Anstalt gebracht. Diese benachrichtigte ihren Vater, einen Handelsmann, der dann nach England fuhr, um seine Tochter nach der russischen Heimat zurückzuführen. Auf dem Lehrter Bahnhofe ging der alte Mann nach dem Schalter hinunter, um eine Karte zur Weiterfahrt zu lösen und Geld wechseln zu lassen, während das Mädchen mit dem Gepäck auf dem Steig blieb. Als er zurückkehrte, war das Gepäck noch da, seine Tochter aber verschwunden. Nach vergeblichem Warten und Suchen machte der Handelsmann der Polizei Anzeige. Die Vermißte, die wahrscheinlich durch den lang-jährigen Hunger etwas schwachsinzig geworden und planlos weggelaufen ist, hat schwarzes Haar, spricht englisch und deutsch und trägt ein schwarzes Jackett, einen schwarzen Hut mit Feder und einen grünen Rock.

Vermißt wird seit dem 19. November die unverheiratete Helene Winkelmann, 26. August 1886 in Jankendorf geboren, Steinstr. 11 bei der Mutter, Frau Luise Müller geb. Winkelmann, wohnhaft gewesen. Dieselbe ist 1,60 Meter groß, hat blonde Haare und Augenbrauen, blaue Augen, breite Nase, runde Gesichtsbildung, gesunde Gesichtsfarbe, schmale Hände, kleine Füße, und war bekleidet mit schwarzem Rock, blauer Taille, schwarzem Jackett, weichen blauen Filzhut mit schwarzem Bande, schwarzen wollenen Strümpfen, Schwanstiefeln, Wäsche gez. H. W. Einwaige Nachrichten sind schriftlich zu den Adressen 8940 IV 29, 03 oder mündlich im Polizeipräsidium, Zimmer 246, oder in einem Polizeirevier abzugeben.

Selbstmord einer Krankenschwester. Den Wirkungen des Giftes erliegen ist eine Pflegechwester des Kinderasyls in der Kürstlerstraße 21/22. Die junge Dame, die aus der Provinz stammt und der Anfall seit einem Jahre angehört, trank in der Nacht zum 29. v. Mts. eine Sublimatlösung. Wärterinnen, die auf ihr Geschrei herbeieilten, fanden sie ohnmächtig auf dem Sopha liegen und ließen sie nach Bethanien bringen. Dort ist sie jetzt gestorben.

Durch Ueberfahren tödlich verunglückt ist der sieben Jahre alte Sohn Otto der Arbeiterwitwe Hoffmann aus der Treppenstraße 56. Nach einer oft gerügten Unfalte hängte sich der Knabe, als er am vergangenen Sonnabendmittag aus der Schule kam, in der Feuerschiffstraße an einen Kollwagen, glitt ab, fiel hin und geriet unter einen nachfolgenden Mischwagen, dessen Räder ihm über den Unterleib gingen. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag.

Feuerbericht. Dienstag früh um 5 1/2 Uhr wurde die Wehr nach der Pagenhauer Brauerei, Landsberger Allee 27, gerufen, wo das Verwaltungsgebäude infolge eines Wasserrohrbruchs überschwemmt worden war. Kurz darauf wurde der 7. Zug nach der Reinerstraße 2 gerufen, wo durch Unfällen einer Petroleumlampe Feuer ausgebrochen war. Gleichzeitig mußte in der Stallfährerstraße 30 ein gefährlicher Brand gelöscht werden. Dort hatten die Flammen an Materialvorräten, die in einem Verschlage lagerten, reiche Nahrung gefunden. Von dem Qualm war das Haus bei Antritt der Feuerwehre schon angefüllt. Unter Benutzung eines Giersbergischen Atmungsapparates drangen die Sappeure bis zum Brandherd vor und löschten durch kräftiges Wassergeben die Flammen. Früh um 2 Uhr mußte in der Swinemünderstraße 114 ein starker Brand gelöscht werden. Feiner hatte die Feuerwehre in der Adolfsstraße 22, in der Brandenburgstr. 29, Schönleinstr. 15 und Wielestr. 31 zu thun, wo Möbel, Spähne im Heizungsraum, Ballen, Decken, Kohlen usw. brannten. Außerdem wurde ein Brand gelöscht, der in einem Mannschafszimmer der Garde-Pionier-Kaserne, Köpcke-straße 12, ausgebrochen war.

Der dritte vollständige Vortragabend von Maria Holzger findet Sonntag, den 17. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, SO, Engel-Allee 15 statt. Zum Vortrag gelangen Dichtungen von Goethe, Ade Regni und Ernst Precanz. Als musikalische Mitwirkende sind Herr Jean Ell und Herr Kinnde gewonnen. Herr Jean Ell wird die „Fantasia appassionata“ (für Violin und Klavier) von Wieniawski spielen, Herr Kinnde den „Jug der Aewer“ von Grieg und „Frühlingsdrängchen“ von Sinding. Eintrittskarten zu 30 Pf., Garderobe eingeschlossen, bei Maria Holzger, W., Kurfürstenstraße 114, III, im Gewerkschaftshaus bei Dorich und abends an der Kasse.

Theater. Das Schiller-Theater hat in dieser Woche zwei Erstaufführungsabende. Mittwoch wird im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) das dreifaktige Schauspiel „Ein Duell“ von Franz Wolff und das einaktige Schauspiel „Ein Sonnenstrahl“ von Robert Wach, erstere überhaupt zum erstenmal, letzteres zum erstenmal in Berlin, gegeben. Freitag geht im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) das Trauerspiel „Urci Acosia“ von Karl Gupow zum erstenmal in Szene. — In Ludwig Judas neuem Schauspiel „Robella Andrea“, das im Deutschen Theater am nächsten Sonntagabend, den 16. d. M., zum erstenmal in Szene geht, wirken mit die Damen Teresina Wehner, Ute Helms, Gertrude Nebelst, Luise von Pöllnitz, und die Herren Karl Korf, Hans Godes, Oskar Schmeißer, Leopold Wwald, Adolf Muth, Paul Marx, Karl Weinhard, Paul Wauß, Franz Meißner, Paul Schwaiger, Otto Sommerstorff, Kurt Stieler, Robert Wach, Wilhelm Verhmann, Bruno Ziemer.

Aus den Nachbarorten.

Bei der Briefbestellung zu Neujahr muß das Publikum gewöhnlich ein Auge zudrücken. Man berücksichtigt die anomalen Zustände und wundert sich nicht weiter, wenn ein Stadtbrief, der in drei Stunden sein Ziel erreichen könnte, erst nach 24 Stunden an den Adressierten abgegeben wird. In Charlottenburg am Postamt II hat sich diesmal in der Neujahrszeit die Briefbestellung aber derart verzögert, daß auch die geduldierten Leute kopfschütteln wurden. Es soll in gar nicht seltenen Fällen Lage gedauert haben, daß ein Brief oder eine Postkarte ans Ziel gelangte. Als etliche Einwohner sich nach der Ursache so ungewöhnlicher Verzögerungen erkundigten, erfuhren sie, daß sie einer ganz unbegreiflichen Maßnahme der Postbehörde zuschreiben war. An diesem Postamt wird alle Augenblicke mit dem Personal gewechselt. Aus welchen Gründen dies geschieht, ist nicht bekannt; gegen den häufigen Wechsel spricht die einschneidende Tatsache, daß ein Beamter um so besser und zuverlässiger seines Amtes wachen kann, je genauer er im Laufe der Zeit seinen Bestellbezirk kennen gelernt hat. Aber unglücklich ist es, daß etwa der fünfte Teil des Bestellpersonals gerade am Tage vor Neujahr gewechselt wurde. Hat unter gewöhnlichen Umständen ein Briefträger schon große Mühe sich in einem neuen Bezirk einzuarbeiten, so wird es ihm bei der Neujahrs-Briefbestellung selbstredend unmöglich, auch nur annähernd seine Pflicht zu erfüllen. Den Schaden aber von solcher selbstjamer Maßnahme der Postbureaukratie hat das Publikum zu tragen; kommen dann Beschwerden, so muß der Unterbeamte bei seiner Unfähigkeit, kann durch eine Erholungsperiode unterbrochenen Dienstzeit obendrein noch herhalten.

Das Verhängnis der Grabräuber. Die Kirchhofshändlungen in Romawo sind, wie sich jetzt herausgestellt hat, nur von den zwei Verhafteten, den Arbeitern Neumann und Heintz, begangen worden. Weitere Complicen haben diese bei der That nicht gehabt. Die beiden Thäter, die nach dem Potsdamer Gerichtsgefängnis gebracht wurden, sind verheiratet und Familienväter, aber arbeitslos, rohe Trunkenbolde, die schon viele Vorstrafen erlitten haben. Es wurde nun festgestellt, daß sie die Vergrabungen auf dem Kirchhof in der Zeit von 9 1/2 Uhr abends bis 1 Uhr nachts vollführt haben. Wie amtlich ermittelt wurde, sind 52 Grabstellen demoliert. Kamallich bei den älteren Gräbern hausten die beiden Männer unheilvoll. Das Geräusch der Axtstöße und der Sägen wurde in der Nachbarschaft des Kirchhofes, der um die bebauten Mittel- und Plantagenstraße angränzt, wohl gehört, aber niemand wagte es, ihm nachzuspüren. Zur Netherführung der beiden Verhafteten wurden auch photographische Aufnahmen von Handabdrücken, die sich an einigen mit Meiß überzogenen Steinplatten vorhanden, gemacht. Bei den bisherigen gerichtlichen Vernehmungen räumten Heintz sowohl wie Neumann, wenn auch zögernd, Einzelheiten der abscheulichen That ein.

Der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung ging am Montag die erste und zweite Abteilung der Einzelsetats zu; es wurde jedoch nicht in eine Generaldebatte darüber eingetreten. Diese soll nach der im Ausschuss vorgenommenen Vorbereitung erfolgen, wo auch verschiedene von unsern Parteigenossen vorgebrachte Wünsche zur Erörterung kommen werden. Sodann erfolgte die Wahl der ständigen und besonderen Ausschüsse, an denen auch unsere Vertreter beteiligt sind. Zum erstenmal ist u. a. in den Wahlausschuss auch Genosse Obst gewählt worden. — Eine erheiternde Unterbrechung der eintönigen Ausschußwahl bot sich bei der Zusammenlegung eines Ausschusses, der wegen der Heranziehung der Rothendel-Süßwagengemeinde zu den Anliegerbeiträgen eingesetzt werden sollte und zu welchem an Stelle des damit einberufenen Stadtv. Dr. Richter unversehens Genosse Hoffmann in Vorschlag gebracht wurde. Einige Kirchenfreunde meinten aber, daß ein Sozialdemokrat wegen seiner Stellung zur Kirche überhaupt nicht für jenen Ausschuss geeignet sei; sie hätten einen frommen Stadtverordneten vorgezogen. Bei der kirchlichen Haltung der Mehrheit war natürlich an ein lokales Entgegenkommen nicht zu denken und unser Genosse blieb bei der Zettelwahl in der Minderheit.

Gerichts-Zeitung.

Ein Krüppelpädagoge stand am Montag in der Person des Oberlehrers Deditius vor dem Schönerberggericht in Ebersfeld. Er unterrichtete an der Realschule zu Barmen und soll dort seit langem wegen seiner Krüppelheit berüchtigt gewesen sein. Am 8. Januar voriger Jahres hat er während des Rechenunterrichts den 13jährigen Quintaner Walter Busche geohrfeigt, so daß der Knabe mit solcher Gewalt gegen den Schranke fiel, daß dieser insanken kam. Am nächsten Tage erkrankte der Knabe in der Schule sehr bedenklich. Zu Hause angekommen, wurde er ins Bett gebracht; am Tage darauf konsultierte der Arzt einen Influenza-Anfall. Der Knabe wurde immer schwächer und mußte unaußerlich das Bett hüten. Nach einiger Zeit trat eine Gehirnhaut-Entzündung hinzu und schließlich stellte sich vollständige Erblindung ein. Am 3. Juni 1903 starb der Junge.

Da den Verurteilten das Krankheitsbild nicht recht klar war, fragte etwa 12 Tage vor dem Tode der Vater den Knaben, was ihm eigentlich passiert sei. Der Knabe erzählte nun, daß er von dem Oberlehrer Deditius in der gefährlichsten Weise gemißhandelt worden sei. Deditius habe ihm mit hochgehobenen Daumen unter das Kinn gestoßen, so daß er mit dem Hinterkopf an die Wand angeprallt sei. Da er jetzt seinen Tod vor Augen sehe, wolle er es sagen, damit seine Mitschüler es besser hätten. Der unglückliche Vater teilte dies dem Leiter der Schule mit. Dieser begab sich sofort an das Krankenlager des Knaben, und nun schilderte letzterer dem Vater in gleicher Weise den Vorfall. Daraufhin wurde gegen Deditius Anzeige erstattet. Die Verurteilten, die den Knaben behandelt haben, gaben die Gutachten dahin ab, daß der Tod durch einen Stoß auf den Kopf erfolgt sei. Der Gerichtsarzt Dr. Brann war der Meinung, daß die Mißhandlung des Walter Busche sehr wahrscheinlich eine Gehirnhautentzündung hervorgerufen habe, an der der Knabe gestorben sei; mit voller Sicherheit könne aber dies nicht behauptet werden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Influenza die eigentliche Ursache für die Entstehung der tödlichen Gehirnhautentzündung gewesen sei. Aus diesem Anlaß konnte die Anklage nur wegen vorläufiger, in Ausübung seines Lehramtes gegen einen Schüler begangener Körperverletzung, auf Grund des § 340 Abs. 1 des Str.-G.-B., gegen Deditius erhoben werden.

Dieser stand deshalb vor einiger Zeit vor der Strafkammer des Ebersfelder Landgerichts. Nach beendeter Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis, während der Verurteiliger, Rechtsanwalt Dr. Primates, für Freisprechung sprach. Der Gerichtshof erklärte sich aber nach längerer Beratung für unzulässig, da die Mithäufigkeit vorliege, daß der Tod die ursächliche Folge der Mißhandlung gewesen sei. Die Sache mußte daher vor das Schönerberggericht verwiesen werden.

Deditius hat sich nun auf Grund der §§ 340 Abs. 1 und 226 des Str.-G.-B. zu verantworten. Er ist am 9. Januar 1845 zu Kreuzburg geboren, evangelisch, Oberleutnant der Reserve und wegen eines Jagdvergehens bestraft. Ueber den Ausgang der Schwurgerichts-Verhandlung werden wir berichten.

In Mainz hatte sich am Montag der Hauptmann der Landwehr Rudolf Mayer aus Nieder-Jungelheim unter der Anklage, einen verunglückten Automobilisten beraubt zu haben, zu verantworten. Der 44 Jahre alte Angeklagte bestritt seine Schuld und behauptete sich über den Vorfall wie folgt: Am Morgen des 15. Mai vorigen Jahres habe er wie immer seinen beiden Söhnen, die mit dem 6 Uhr-Juge zur Schule nach Mainz fuhren, das Thor seiner Villa geöffnet und habe sich darauf wieder ins Bett gelegt. Wenige Minuten später habe er laute Hissereien seiner beiden Söhne vernommen, die aus der Wildnis an der Steig kamen. Er habe seine Söhne aber der Wäune wegen nicht sehen können und sei nun in halbangelschlafenen Zustande zum Rhein hinuntergelaufen, wo er seine Söhne im Verein mit dem Tagelöhnermeister Götz aus Nieder-Jungelheim an einem umgekippten Automobil getroffen habe. Der Knecht Paul Albert, den er ebensowenig wie seinen Chauffeur

Saler jemals vorher gesehen habe, habe mit dem Kopf nach unten gelegen und furchtbarlich gebulst, während Saler ioniger schoner Verleht war. — Während der Hisserei seien immer mehr Leute herbeigekommen und schließlich habe man auch den Nieder-Jungelheimer Arzt Dr. Lambert herbeigeholt, in dessen Wohnung die Verunglückten gefaßt wurden. Der verunglückte Albert, der um etwa 1500 Frank bezahlt sein soll, ist seinen Verletzungen bald erlegen. — Vorf.: Vorher sollen Sie nun dem Albert die Ihre und die übrigen Verletzungen abgenommen haben? — Angell.: Ja, als ich die vielen Leute sah, und einer davon sprach, daß er den Koffer des Albert mitnehmen wolle, sagte ich mir, daß eine Verabbarung stattfinden könnte. Ich machte ihm also die Ihre nebst Karte ab und nahm ihm das Portemonnaie und die Briefkiste fort, die ich sofort in meine Wohnung hinaustrug. — Vorf.: Das Portemonnaie soll nun, als Sie es dem Schwerverwundeten abnahmen, die gefüllt gewesen sein, während es auf der Bürgermeisterei ganz dünn von Ihnen abgeliefert wurde. — Angell.: Ja, habe es so abgeliefert, wie ich es gefunden habe. — Gegen den Angeklagten wird geltend gemacht, daß er sich in schlechten Vermögensverhältnissen befunden und mehrfach erpressert habe. Der als Junge vernommene Bürgermeister Saalwäcker-Nieder-Jungelheim bezeichnet es als höchst auffällig und verdächtig, daß man ihm als höchsten Polizeibeamten des Ortes, der ganz in der Nähe der Unfallstelle wohnt, keine Mitteilung von der Sache gemacht habe. Da man sonst alles mögliche getan habe, müsse er annehmen, daß man ihn nicht an der Unfallstelle haben wollte. Als er dann schließlich doch gekommen sei, habe Hauptmann Mayer kein Wort von dem Verlehten der Albertischen Effekten gesagt. Erst nach einiger Zeit sei Mayer zu ihm aufs Bürgermeisteramt gekommen und habe verlangt, zu Protokoll vernommen zu werden. Dabei habe er dann die Effekten nach und nach vorgelegt. Rechtsanwält Clag fragt den Zeugen, ob er nicht den Eindruck gehabt habe, daß Hauptmann Mayer seine militärische Autorität in vielleicht mißverständlicher Auffassung seiner jetzigen Stellung am Thator geltend gemacht und geglaubt habe, eines Polizeibeamten unter diesen Umständen nicht zu bedürfen. Der Zeuge erwidert, daß Mayer allerdings sehr oft getan habe, als wenn die Gesetze für ihn nicht existierten. Er müsse ihm jedenfalls das schlechteste Zeugnis aussprechen.

Das Urteil wurde in später Abendstunde gefällt und lautete auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung kam die Ansicht des Gerichts zum Ausdruck, daß Albert wohl eine größere Geldsumme bei sich trug, daß auch schwerwiegende Verdachtsmomente gegen den Angeklagten bestanden, daß Geld genommen zu haben, daß aber alle Umstände nicht zu einer Verurteilung des bisher unbefangenen Angeklagten ausreichen.

Vermischtes.

Aus Hessen wird uns geschrieben: Noch ist die Presse dabei, immer neue Handlungen unfres Großherzogs aufzuzählen, die geeignet sein könnten, den „Hamburger Nachrichten“ und verwandten Seelen das Leben zu vergällen, da kann ich Ihnen eine Stunde übermitteln, die geradezu Entsetzen bei den „gut“, „best“ und „allerbestimmten“ Staatsbürgern hervorzurufen geeignet sein dürfte. Zunächst sei bestätigt, daß der Großherzog die Aufführung von Opern im „Zappentheil“ im Darmstädter Hoftheater, wenn nicht direkt gewünscht, so doch als etwas Selbstverständliches genehmigt hat. Weiter ist richtig, daß im Laufe der verflochtenen Woche der Großherzog eine mit schwerer Last besetzte alle Bauernfrau zu sich in den Wagen nahm, um sie ein gut Stück Weges mitzunehmen. Doch das sind schließlich Dinge, die nicht sonderlich schwer wiegen. Gerade unter den „monarchisch bis auf die Knochen“ gestimmten Staatsbürgern ist ja die Species reichlich vertreten, die die Handlungen der Fürsten aus dem merkwürdigen Gesichtswinkel betrachtet und mit verflucht zweideutigem Koseklugden Berichte über „Leutliche“ Handlungen entgegen nimmt. Aber Schlimmeres muß ich zu berichten. Werfen Sie auf! In Mainz ist Starnival und daran nehmen alle Bevölkerungsklassen teil. Das läßt sich kein Mainz nehmen. Mit der Schellenklappe auf der Denterstirn zeigen die radikalsten und die revisionistischsten Soci — Starnival-Revisionisten existieren nicht — neben dem goldschweren Kapitalisten, und die gleiche Heiterkeit bricht durch, wenn von Bodium herunter die „Narren“ ihre Kollatur zum besten geben. Diese „Narren“ sind rote und schwarze Schuster und Schneider, liberale Naussende und — ja jetzt kommt das Schreckliche — die höchsten Civil- und Militärbeamten des wilden Landes. Da schau her: die Rednertribüne hat die Form einer Eule und darüber leuchten und die tiefstimmigen Verse entgegen:

Sei lustig, Du Schode, was leidest denn du,
Du lebst ja so kurz und so lang, du bist tot.
D'rum alterweil fidel, und gar nicht zu knapp.
Vermaach' Deinen Erben Dein' Stern' und Dein' Sapp'.
Und nun tritt geistlichen Schrittes auf die Eulentribüne —
halbt Euch fest in Sachen, Preußen usw. — der Provinzialdirektor v. Gogern, ein Sohn des 1848 gefallenen Generals, der in Hessen die Stellung bekleidet, die in Preußen ein Regierungs- oder Oberpräsident einnimmt. Und er heit also an:
Narriballese! Nur jagend beireit ich die Eule, sie ist das
Symbol der Weisheit und nicht jedem ist es gegeben, im Gewande der
Narriball Weisheit zu vergappen. Gern komme ich in die Narriballa
(Mainzer Stadthalle), denn das ist die einzige Versammlung, wo
Bourgeois und Soci in Brüderlichkeit lagen. Gogern beculle dann
die Bürgermeister von Mainz und dem Hochbarock Gindheim, um
schließlich das Feld zu räumen dem Generalmajor v. Jastron,
der die Garnison Mainz und die hübschen Mädchen feiert. Er kriegt
seine Hiebe von prächtigen Narren, die die neuen Umkleestücke
verleihen und das Wort Garnison verpönnen, weil die Mainzerinnen sonst
gar zu leicht an die „keine Garnison“ denken könnten.
Nun frage ich einen gut gestimmten Menschen, was aus dem
Hessenlande werden soll, wenn das so weiter geht! Der Landesvater
unterhält sich mit Sozialdemokraten und löst den „Zappentheil“ auf-
führen. Die höchsten Staatsbeamten führen „in Brüderlichkeit“ mit
den Soci und der Pflastmondant — ja, wenn das wenige Wochen
nach den Willow-Neden, die nicht von der Eule herunter ulst, sondern
merkwürdigerweise ganz ernsthaft vorgetragen wurden, passiert, dann
ist es wahrhaftig die höchste Zeit, daß Hessen amieret und in
Preußen oder Sachsen einweilt wird.

Untergang des kanadischen Dampfers „Clallam“. Die Stadt Victoria in Britisch-Kolumbia ist durch den Untergang des Schrauben-
dampfers „Clallam“, der den Verkehr zwischen Victoria und Seattle
besorgte, in tiefe Trauer versetzt. Circa nach zwanzig Minuten fährt
von Victoria erziehende die Schiffe eine Stelle, die besonders gefährlich
ist, weil sich dort zwei starke Meeresströmungen treffen. Sei be-
wegter See ist diese Stelle natürlich noch gefährlicher, und die
„Clallam“ wurde, als sie am Sonntag die Stelle er-
reichte, vollständig unseufzer, Getralige Drogen trieben sie
wie einen Spielball vor sich her in die Straße von San Juan. Der
Dampfer war deutlich vom Lande aus zu sehen und es wurden ihm
sofort Schlepper zur Hilfe geschickt. Die Wellen waren aber so stark,
daß sie das Schiff buchstäblich zerschlugen. Der Kapitän entflohen
sich, Frauen und Kinder an Land zu setzen. Aber die Rettungsboote
waren kaum 600 Meter von dem Schiffe entfernt, als sie kenterten.
Die Fahrgäste auf dem Schiff, die ihre Frauen und Kinder vor ihren
Augen ertrinken sahen, wurden nur mit Mühe daran verhindert, sich
selbst ins Meer zu werfen. Die Not und die Notwendigkeit,
das Schiff über Wasser zu halten, lenkte sie von ihren
verzweifeltsten Gedanken ab. Sechs Stunden lang arbeiteten Jahrg-
gäste und Mannschaften verzweifelt daran, das Wasser aus dem
Schiffe zu entfernen. Endlich gelang es einem Schlepper, ein
Schleppseil dem Dampfer zuzuworfen und mit diesem dem Hafen
zuzusteuern. Man erkannte aber bald, daß das Schiff nicht zu
retten war, zerschmitt das Schleppseil und rettete unter fürchterlichen
Anstrengungen die noch auf dem Schiffe befindlichen Fahrgäste und
Mannschaften, die das Schiff verlor. In ganzen erkrankten
56 Menschen, darunter einige der angesehensten Bürger Victorias.
Der untergegangene Dampfer war erst sechs Monate alt.

Zwei Frauen verbrannt. Bei einem Zimmerbrande in der Hofstraße zu Oldenburg i. Gr. sind gestern vormittag zwei Frauen, eine Witwe mit ihrer 19jährigen Tochter verbrannt. Letztere hatte eine Lampe anzünden wollen, die aber explodierte, wodurch vermuthlich der Brand entstand.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist soeben das 15. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Marx im Nüßnerhof. — Die Sozialdemokratie Hamburgs und die Bürgerlichkeitswahlen. Von Otto Stenke. — Verze und Strankenshoffen. Von Johannes Lamm (München). — Die Gewerbe-Kassafiskal im Deutschen Reich 1902. Von Emanuel Bunn. — Die Spaltung in der bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Von Santo Salafski (Sofia). — Literarische Rundschau: Die Ergebnisse der amtlichen und der gemeinschaftlichen Streikstatistik für 1902. Von C. Wegler. Warner, Dr. Brainard D., Die Organisation und Bedeutung der freien öffentlichen Arbeiternachweiser in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Dr. Hugo Goldmann. Die Hygiene des Bergmanns. Von O. H. Das Soziale Museum in Frankfurt a. M., seine Aufgaben und seine Organisation. Von W. Kotzger. Die Zunahme der Sparkasseneinlagen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Grobenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb Verlag), ist im 14. Jahrgange erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kultur der Generalcommission. — Aufruf der Vertrauenspersonen. — Jubiläum des Genossen Lehner. — Damenbedienungs- u. E. G. — Schille (Hortung). — Aus der Bewegung. — Genossin: Zukunft Gedicht von Otto Strike. — Der Stof. Von Otto Strike. — Notizen: Der Zeitungsstreik der Textilarbeiter in Grimmitzschau. — Soziale Gesetzgebung. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Die hygienische Notwendigkeit verkürzter Arbeitszeit. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Annalen des Deutschen Reiches 1904. Nr. 1. München. H. Schweizer Verlag (Arthur Sellier). Inhalt: I. Die amtlichen Erhebungen über das deutsche Kartellwesen. Referat, erstattet vom Staatsrat Dr. Robert v. Landmann in München. II. Die Banken der Welt und ihre Beziehungen zur Weltindustrie von Dr. Emil Herz in Ludwigshafen a. Rh. III. Zur literarischen Chronologiefrage. Von Conrad Bornhak, Professor in Berlin. IV. Die württembergische Steuerreform, insbesondere das Einkommensteuergesetz vom 8. August 1903 von Dr. Eichmann, Finanz-Rat in Württemberg. V. Skizzen und Notizen. Die Unterfangung letzterer Benutzung gewerblicher Anlagen nach Reichs-Gewerbe-Ordnung § 51. Reform der Stempel-Gesetzgebung im Reich. Neue Vorschläge auf dem Gebiete der Privatversicherung. VI. Aus den Gesetzblättern. VII. Miscellen. Die Edelmetallproduktion der Erde. Das statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs für 1903.

Zu einem Grimmitzschau-Gedenkbuch hat der „Wahre Jacob“ die beiden erschienenen zweite Nummer seines 21. Jahrganges gestaltet. Dem denkwürdigen Kassenkampf der sächsischen Weber sind folgende Beiträge gewidmet: Die ganzseitigen Bilder „Kassendienst“ (Wie in Habel, so in Grimmitzschau!) und „Einfach unterm Belagerungszustand“, die Forderung „Aus Grimmitzschau“ (Die Verfassung des Reiches dargestellt), sowie die Gedichte „Grimmitzschau“, „Das Christkind lag nach Grimmitzschau“, das Reulleton „Aus einer Weichmachungs- u. Holzschneider Werkstatt aus

Mollenburg im Verein für innere Mission in Grimmitzschau“ und mehrere kleinere Beiträge. Als historisches Dokument aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist außerdem der Originaltext des „Lied der Weber in Peterwalden und Langenbleich“, wie er im „Deutschen Bürgerbuch für 1845“ zur Veröffentlichung gelangte, wiedergegeben. — Außerdem bringt die Nummer noch die beiden farbigen Bilder „Deutsch-russische Handelsvertrags-Verhandlungen“, „Aus den Zimmern des Liberalismus“, die Fortsetzung der Serie „Bourgeois-Typen“, die Illustrationen „Zur Finanzlage im Reich“, „Kühlers Freude“, „Die Jagd auf den Vogel Baloum“ und das ganzseitige Bild „Die Verteilung von Baloums Nerven“. Der textliche Teil enthält die Gedichte „Am Vorort“ von Maria Müller, „Das Gespenst auf dem Armenball“, „Baloums Rede“, die Reulletons „Die Ursachen der Teufelsucht“, „Eine wahre Geschichte“ und zahlreiche kleinere Beiträge. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

R. 23. **Hochachtung.** Es ist wohl angebracht, daß Sie Ihre Sache zunächst dem Vorstand der Kasse vortragen, eventuell auch der Generalversammlung. — G. 6. 17. Der Komplex des Bureau Wagenschütz bei der 1892 erfolgten Ernennung der Posthofsbesitzerin Manzel liegt Neumann.

J. **Wulf-Wulf.** Ihrer Angabe nach dürfte es sich um Braunschweigische 20 Halber-Lose von 1868 handeln, deren Kurs zur Zeit auf 151 liegt. Betreffs der Bedingungen (Sie finden am 1/2, 1/5, 1/8, und 1/11. Satz), der Auszahlung etc. erfahren Sie Näheres in jedem Bankgeschäft.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

C. 3. 4. 1. Ja, aber nur gegen Arbeitskarte. 2. Polizeibehörde oder Magistrat ist zuständig. — S. 100. 1. So lange nicht durch einen vom Vormund geschlossenen und vom Vormundschaftsgericht bestätigten Vergleich der Inhalt des vollstreckbaren Alimentenurteils geändert ist, kann Vollstreckung wegen aller noch nicht gezahlten Alimentenbeiträge erfolgen. Das Vermögen Ihrer Frau und Ihrer Frau halber nicht für Ihre Schulden. Verträge, die Zweck Benachteiligung des Gläubigers Ihr Vermögen auf Ihre Frau oder Ihre Frau übertragen, sind unzulässig. — A. 3. Nein.

J. 3. 1. Leider ja. — Eugen G. Wenn nicht etwa aus Ihrem nicht mitgeteilten Betrage sich Gegenteiliges ergibt, würden die von Ihnen angeführten Gründe nicht ausreichen, um eine Aufhebung der Gesellschaft vor dem vertraglich vereinbarten Termin im Wege der Klage durchzusetzen. — Hermann A. 1. Sonett ohne Einbild in den Vertrag sich beizustellen läßt, könnten Sie Schadenersatz beanspruchen. 2. Die Adressen finden Sie im Dreifachsender. — Karl 57. Sie sind zur Begleichung der Schulden Ihrer Frau nicht verpflichtet. — S. 2. 1. Wir lehnen es grundsätzlich ab, bestimmte Personen, als Zeuge, Rechtsanwälte, Patentanwälte usw. zu empfehlen. 2. Ja.

J. 2. 2. **Weisheit.** Inwieweit Auslieferung des Passes und Erteilung von Urlaub auf etwa zwei Jahre müssen Sie sich zunächst an die Militärbehörde wenden. — S. 6. 73. Eine Verleumdungsgelasse gegen Sie hätte keine Aussicht auf Erfolg. Sie würden gut thun, das Letztere ändern zu lassen. — R. 22. Ja, wenngleichs könnte das Begehre des Mandats gestellt werden. — G. 8. 29. 1. Einlohnfrage. 2. Parität der Bahnhöfe.

— **Widener.** S. 6. 16. G. b. **Recht.** — **Hahn.** Erst nach vollendetem 70. Lebensjahr ist die Altersrente fällig. Es wird aber nicht Alters- und Invalidenrente zusammen gezahlt. Ob es vorteilhafter ist, die Alters- oder Invalidenrente zu erhalten, hängt von der Anzahl der gelebten Renten ab.

— **Staubermann 1000.** Die Gebäre der Gebärmutter ist keineswegs eine höhere, wenn das Kind außer der Ehe geboren ist. Als angemessen wird, je nach Art der Entbindung und den Vermögensverhältnissen des Verpflichteten ein Satz von 6 bis 20 M. für die Entbindung und 1 bis 3 M. für jeden Besuch erachtet. — C. W. Welche Kündigungsdreit für Ihr Arbeitsverhältnis gilt, hängt davon ab, was Sie sind (gewerblicher Arbeiter? Werkmüller? Handlungsgehilfe? Gesinde?). Die Angabe hierüber fehlt.

Ihrer Anfrage. — **Robert.** Leider ist der Anspruch Ihres Bekannten auf Unfallrente verjährt. — P. 23. 33. Betragt der Vertrag nicht — in Berlin ist das die Regel — das Gegenseitig, so braucht sich der Mieter banale Veränderungen nicht bieten zu lassen. — G. 3. — S. W. Nach Artikel 72 des Handels-Gesetzbuches berechtigt eine Verhinderung eines Handlungsgehilfen an der Verrichtung seiner Dienste durch eine die Zeit von acht Wochen übersteigende militärische Dienstleistung zur Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Die Vergütung während der achtwöchentlichen Dienstzeit zu zahlen, ist üblich. Ob im Einzelfall der Gehalt einen Anspruch auf Zahlung besitzt, hängt davon ab, ob die Leistungszeit als „eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ erachtet wird. Länge der Stellung, Kündigungsfrist und Ortsüblichkeit spielen bei der Beantwortung eine Rolle. Ihr Fall scheidet sich nicht zur Veröffentlichung, fragen Sie ihn Ihrer Gewerkschaft vor. — **Albert Neumann.** Beantworten Sie bei dem Gericht eine vollstreckbare Ausfertigung oder wenden Sie sich an Ihren Anwalt. — B. 19. Verlangen Sie vom Arbeitgeber die zu viel erhobenen Beiträge erlassen, eventuell klagen Sie auf Zahlung, als Teil Ihrer Lohnforderung beim Gewerbegericht.

Briefkasten der Expedition.

Bertrand. Ja.

Marktpreise von Berlin am 11. Januar 1904

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut D.-Gr.	16,35	16,31	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
mittel	16,27	16,23	Rindfleisch, Steufe 1 kg	1,80	1,20
gering	16,19	16,15	do. Band	1,50	1,10
Roggen, gut	12,90	—	Schweinefleisch	1,69	1,00
mittel	—	—	Kalbfleisch	1,80	1,20
gering	—	—	Lammfleisch	1,80	1,10
Gerste, gut	14,00	12,90	Butter	2,80	2,00
mittel	12,80	11,80	Eier	60 Stück	5,00
gering	11,70	10,70	Käse	1 kg	2,40
Hefe, gut	15,50	14,60	Hale	—	2,80
mittel	14,50	13,60	Hander	—	2,80
gering	13,50	12,60	Seife	—	2,40
Risikostroh	—	—	Barche	—	1,80
Heu	—	—	Schleie	—	3,00
Erbsen	40,00	38,00	Hefe	—	1,40
Speiseerbsen	50,00	48,00	Krebst	per Schof	15,00
Linse	60,00	58,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 12. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand nom.	Wind- richtung	Sichtweite	Wetter	Temp. u. G. p. G. = 4° C.	Stationen	Barometer hand nom.	Wind- richtung	Sichtweite	Wetter	Temp. u. G. p. G. = 4° C.
Emmende.	757	SW	4	bedeckt	-1	Daxaranda	750	SW	4	bedeckt	0
Damburg	756	SW	4	bedeckt	-2	Petersburg	764	SW	2	bedeckt	7
Berlin	759	SW	3	bedeckt	-1	Lort	762	SW	2	Dunkel	9
Frankf. a. M.	762	SW	3	bedeckt	-2	Wien	762	SW	4	bedeckt	5
München	762	SW	3	bedeckt	-2						
Wien	767	SW	1	wolfig	-8						

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 13. Januar 1904.
Ein wenig wärmer, vorherrschend wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Lachmann & Scholz

Turmstrasse 76.

Warenhaus Moabit.

Ottostrasse 1.

In allen Abteilungen aussergewöhnlich billige Extra-Preise.

Kurzwaren. Pryms Tailen-Verschluß, mode, sonst 8 Pf., jetzt 28 Pf. Schweissblätter, jetzt 12, 5 Pf. Perlmutterknöpfe, gröss. Nummern (defekt) jetzt 10 Pf. Perlbesätze, sonst Meter bis 28 Pf., jetzt 8 Pf.	Kurzwaren. Rockaufhänger, sonst Stück 1 Pf., jetzt 10 Stück 5 Pf. Plüschstreifen, sonst Meter 25 Pf., jetzt 12 Pf. Far-Posament-Garnituren, sonst Stück bis 1,10, jetzt 48 Pf. Perl- und seidene schwarze Posament-Garnituren, St. bis 2,85, jetzt 95 Pf.	Weisswaren. Spachtel-Kragen in allen Formen und Qualitäten, 55, 48, 28 Pf. Chiffon-Stola, bisher bis 15 M., jetzt 5.85 Lavalliers, Wert bis 1.45 jetzt 48 Pf. Chiffon-Schleifen, bisher Stück bis 2.65, jetzt 48 Pf. Schwarze Stoffgürtel 38 Pf. Diverse Leder- und Phantasie-Gürtel 48 Pf.	Handarbeiten. Gestickte Stubenhandtücher 55, 48 Pf. Tischläufer, gezeichnet 85, 78 Pf. Serviertischdecken, gezeichnet 85, 65 Pf. Auf alle andern Artikel 10 % extra. Ein grosser Posten Kartenständer, Aschbecher, Markenklästen, Photographierahmen sehr billig.
Damen-Konfektion. Blusen in Barchent und Baumwollstoffen 2,35, 1.65 M. Blusen, Pa.-Wollstoffe 5.85, 4.45 M. Unterröcke, Tuch mit Volant u. Bordengarnierung 2.45 M. Kostüme bedeutend unter Preis. Jacketts, schwarz u. coul., 9.85, 7.65 M. Kleiderröcke in grauen Stoffen m. schwarz Besatz 2.85 M.	Kleiderstoffe. Schwarze Diag.-Cheviots, extra schwere Qualität, 110 cm breit, Meter 1.85 M. Hauskleiderstoffe, ca. 90 cm breit, Meter 95 Pf. Ballstoffe in glatt und gemustert, Meter 1.10, 95, 80 Pf. Cheviots und Krepps, schwere Qualität, in allen Farben, 90-100 cm breit, Meter 2.95, 88 Pf.	Möbelstoffe. Gardinen, weiss oder crème, Meter 45, 28 Pf. Gardinen, abgepasst, weiss oder crème, 2 Shawls 2.65, 1.25 M. Läuferstoffe Meter 70, 48, 95 Pf. Wachstuche, Pa. Qualität 100 cm breit, Meter 1.30, 1.15 M. Küchentischdecke 23 Pf. Ein grosser Posten Holländische Teppiche Wert bis 28 M., jetzt 10.50, 8.35 M.	Herren-Artikel. Ein Posten Filzhüte, steif und weich, schwarz und farbig mit Ohrklappen 1.95 M. Ein Posten Mützen 35 Pf. Ein Posten coul. Oberhemden 1.95 M. Herren-Kragen, Pa., 4fach, jede Facon 35 Pf. Herren-Manschetten Pa. 4fach mit Kette 40 Pf. Ein Posten eleg. Krawatten, Regattes, Pastrons, Schleifen, Binden, Stück 40 Pf.

Verkauf der bei der Inventur zurückgesetzten Waren und andrer besonders preiswerter Gelegenheits-Posten bis Mittwoch, den 20. Januar.

Ein grosser Posten Negligé-Wäsche, Hemden, Hosen, Nachtjacken (vom Dekorieren) durchweg Stück 95 Pf. Bunte Barchent-Beinkleider 85 Pf. Bunte Velourröcke 1.60.	Sämtliche noch vorrätigen Pelzwaren bedeutend im Preise herabgesetzt. Collier, Astrachan imit. bisher 4.85, jetzt 1.45.	Seidene Posamenten. Kragen bisher Stück bis 2.85 jetzt 1.85, 1.35, 95. Seiden-Band u. Spitzen-Reste.	In der Galanterie-Abteilung gewähren wir auf alle Artikel 10 % extra.	Lebensmittel. Kohlrabi Dose ca. 2 Pfd. 27 Pf. Pfefferlinge " " " 45 " " Gem. Gemüse " " " 53 " " Schoten und Karotten " " " 45 " " Suppen-Erbsen " " " 35 " " Rum 1/2 Flasche 1.25 M. Rum 1/2 Fl. 65 Pf. Bonbons Pfd. 35 Pf.
Schuhwaren. Kinder-Filzschuhe mit Filz- und Ledersohlen, Gr. 1-7, Paar 68 Pf. Damen-Filzschuhe mit starken Filzsohlen, Paar 1.25 Weisses Leder-Tanzschuhe, eleg. Wiener Ausführung, Paar 2.60 Schwarze Leder-Tanzschuhe, leicht und sehr haltbar, Paar 2.45 Ein Posten Baby-Filzschuhe mit Filzsohlen, Paar 48 Pf.	Wirtschafts-Artikel. Fischbestecke 25 Pf. Esslöffel 10 Pf. Theelöffel 8, 5 Pf. Blechbüchsen, blau 22 Pf. Reibemaschinen 1.35 Heizrohre 92 Pf.	Glas. Kompottieren 28, 12, 10 Pf. Butterbüchsen 20 Pf. Zuckerschalen 15 Pf. Glasteller 5 Pf. Bierbecher mit Spruch 8 Pf.	Steingut. Tassen, bl. Zwiebelmuster 14 Pf. Salz- und Mehlmesten 42 Pf. Essig- und Oelflaschen 42 Pf. Salznäpfe, vierteilig 38 Pf.	Handschuhe. Damen-Tricot-Handschuhe mit gewirkter Handfläche 28 Pf. Damen-Tricot-Handschuhe, warm gefüttert 18 Pf.
Gummischeuhe. Ein grosser Posten Broschen Wert bis 1.50 65 Pf. Muffketten bisher 38 und 48 jetzt 28 Pf.	Parfümerie & Seifen. Feine Blumen-Seife Stück 9 Pf. Mandel-Seife 8 Pf. Abfall-Seife Riegel 21 Pf. Extrafine Haarpemado Tube 23 Pf. Bayrum Flasche 45 Pf.	Kämme & Haarpfeile zum Ausschneiden Stück 9 Pf. (hochmodern) Stück 24 Pf.	Strümpfe. Echtschwarz gestrickte Damen-Strümpfe 30 Pf. Echtschwarz Wolle gestrickt 60 Pf. Extra stark gestrickte Vigogne-Socken 15 Pf.	Ein grosser Posten Damen-u. Herren-Portemonnaies 35 u. 65 Pf.
Knaben-Leibchen-Hosen Paar 78 Pf. Herren-Tricot-Turner-Hosen, Paar 95 Pf.	Ein Posten Normal-Hemden 95 Pf. Ein Posten Normal-Beinkleider 95 Pf. Kinder-Vigogne-Tricots, gestrickt, für 1-2 3-4 5-6 7-8 9-10 11-12 Jahre Paar 20 30 40 50 60 70 Pf.	Familien-Papier, 50 Bogen 38 Pf. 50 Couverts Toilette-Papier Paket 10 Pf.	Reinleiniene Taschentücher, weiss, jetzt 1/2 Dutzend 2.65 M. Bunte Taschentücher für Herren, Stück 14 Pf.	

Verlangen Sie Rabatmarken. **LACHMANN & SCHOLZ.** Verlangen Sie ein Sparbuch.
 Berantw. Redakteur: Julius Kallisi, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.